



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

„Deutschland braucht Neuwahlen“

In Kloster Seon kam die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu ihrer traditionellen Jahresauftaktklausur zusammen. Unter dem Motto „Deutschland braucht Neuwahlen: Für Wohlstand, Wachstum, Wiederbelebung“ diskutierten hochkarätige Gäste über die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. „Wir brauchen ein Jahr der Hoffnung statt der Sorge“, betonte Ministerpräsident und Parteivorsitzender Dr. Markus Söder. Auch der Vorsitzende der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt unterstrich: „Die Ampel hat schlichtweg fertig. Deutschland braucht Chancen statt Scholz.“

„Was wir zurzeit erleben an Polarisierung in der Gesellschaft, an wirtschaftlichem Abschwung, an Migrationskrise, an ungelösten Energiefragen, an Unordnung, ist engstens mit der Respektlos-Politik der Ampel verbunden“, stellte Dobrindt fest. Deutschland sei ein starkes Land, das jedoch schlecht regiert werde. Nach zwei Jahren Ampel stehe Deutschland vor einem politischen Scherbenhaufen. Die selbsternannte Fortschrittskoalition habe sich als Rückschrittsbündnis herausgestellt. Deutschland weise das geringste Wachstum in der OECD auf, die höchsten Energiepreise in der Welt und die höchsten Zahlen an illegaler Migration in Europa. Unternehmen trafen vermehrt Entscheidungen zur Produktionsverlagerung ins Ausland, die Basis des Wohlstands drohe zu erodieren.

„Ampel-Ideologienprojekte“

„Die Ampel macht Deutschland ärmer. Wohlstandsverlust ist das Programm der Ampel. Deswegen werden wir ideologische Ampelprojekte rückabwickeln“, machte Dobrindt deutlich. Laut einem Beschlusspapier sollen „Ampel-Ideologienprojekte“ wie Habecks Heizungsverbots-gesetz, das Bürgergeld, geplante Kürzungen im Agrarbereich, die Abschaltung der Kernkraftwerke, 5.000 neue Verwaltungsstellen für die Kindergrundsicherung, die Ampel-Expresseinbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft, Pull-Effekte bei der illegalen Migration, das Selbst-

bestimmungsgesetz, die Cannabis-Legalisierung, sowie das Ampel-Wahlrecht wieder abgeschafft werden.

Im Falle einer Regierungsübernahme sei geplant, folgende bürgerliche „Wohlstands-Projekte“ wieder umzusetzen:

(Fortsetzung auf Seite 4)

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Weiteres Dringen auf Soforthilfen

Vor einer „bedrohlichen Insolvenzwelle“, wenn die Bundesregierung nicht kurzfristig zusätzliche Milliardensummen für die Kliniken bereitstellt, hat die Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Tamara Bischof, bei der Mitgliederversammlung ihres Verbandes in München gewarnt. Allein in Bayern würden sich die Defizite dieses Jahr auf rund 1,4 Milliarden summieren, erläuterte die Kitzinger Landrätin.

„Schon seit Jahren weisen wir auf die finanziellen Lücken in der stationären Versorgung hin und haben uns fast daran gewöhnt. Wir haben uns auch daran gewöhnt, dass öffentliche Krankenhausträger regelmäßig Defizite in den Betriebskosten ausgleichen müssen. Doch wir sind an einem Wendepunkt angekommen“, machte Bischof deutlich: „Wenn acht von zehn Krankenhäusern 2023 einen Defizit ausgleich von ihrem Träger erhalten müssen, die Finanzierung nach dem Auslaufen des Inflations-Hilfsfonds im April 2024 ohne Folgeregelung noch dramatischer wird und eine aus-



Mit zahlreichen Terminen begann das neue Jahr für Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Zwischen den üblichen Verpflichtungen in der Staatskanzlei und diversen Neujahresempfängen tagten die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in Kloster Seon und die CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz (Bericht folgt in der nächsten Ausgabe). Im vollbesetzten Saal des Internationalen Presseclubs München beantwortete der CSU-Parteivorsitzende alle Fragen der Journalisten zu den aktuellen Themen. Unser Bild zeigt Dr. Söder im Kreis des Clubvorstands. V.l.: Max von Rossek und Nelli Hennig, beide stellvertretende Vorsitzende sowie Dr. Uwe Brückner, Vorsitzender des Internationalen Presseclubs München.

Bild: Michael Lucan (Bayern Pixel)

Kommunalverbände zum FAG 2024:

Gedämpfte Erwartungen trotz Spitzenergebnis

„Trotz angespannter Haushaltslage erreicht der kommunale Finanzausgleich 2024 mit 11,4 Milliarden Euro wieder einen neuen Spitzenstand“, verkündete Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München. „Es bedeutet ein Plus von 212,8 Millionen Euro für Bayerns Kommunen im Vergleich zu 2023.“ Diese Einigung unterstreiche eindrucksvoll die Solidarität und Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen, betonte Füracker. „Die Kommunen sind der entscheidende Partner, um Politik vor Ort umzusetzen und zu gestalten. Dabei unterstützen wir sie mit voller Kraft.“

„Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und seinen Kommunen funktioniert verlässlich auch in schwierigen Zeiten“, stellte Kommunalminister Joachim Herrmann fest. „Dennoch gilt: Die ausbleibende Unterstützung durch den Bund, beispielsweise bei einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung oder im Asyl- und Ausländerwesen, kann nicht allein vom Freistaat aufgefangen werden. Ich appelliere hier ausdrücklich an den Bund, endlich seiner Verantwortung nachzukommen, Länder und Kommunen hier angemessen finanziell zu unterstützen.“

Schlüsselzuweisungen 4,44 Milliarden Euro

Laut Füracker betragen die Schlüsselzuweisungen als größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich 2024 rund 4,44 Mrd. Euro und erreichen damit einen neuen Höchststand (2023: 4,3 Mrd. Euro). Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen heuer auf insgesamt 885 Mio. Euro – eine Steigerung um 4,1 Prozent. Die kreisfreien Städte bekommen für die von ihnen im übertragenen Wirkungskreis übernommenen staatlichen Aufgaben erstmals eine ergänzende Finanzzuweisung in Höhe von 7,9 Mio. Euro, die Landkreise 2024 und 2025 jeweils zusätzlich 71 neue Stellen. „Auch in den darauffolgenden Jahren wird auf eine ausreichende personelle Ausstattung der Landkreise geachtet werden, mit dem Ziel, bis 2028 insgesamt 532,5 neue Stellen zu schaffen.“

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs insbesondere bei Schulen, Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern wurde ein Schwerpunkt bei den Investitionen gesetzt. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wächst nächstes Jahr um 70 Mio. Euro und damit auf einen neuen

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Anliegen der Bauern, Handwerker und Spediteure seien klar nachvollziehbar, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. „Symbolisch“, so der Rathauskater Pino, „stehen die derzeitigen Protestbewegungen auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satt haben, ständig von ersteren belehrt zu werden.“ Seite 19



Vereint gegen weitere Ampel-Zwangsmaßnahmen

Große Solidarität erfahren Deutschlands Landwirte, ebenso wie Traktor- und LKW-Fahrer bei ihren derzeitigen Demonstrationen. Viele Menschen unterstützen die Aktionen aktiv weil das Berliner Regierungshandeln in vielen Themenfeldern massiv missbilligt wird. Unser Bild entstand auf der Münchner Theresienwiese bei der Kundgebung des LBT (Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen) gegen die Politik der Ampel-Koalition. An der Veranstaltung nahmen unter anderem als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie teil. Unterstützt wurde die Aktion von folgenden Organisationen: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Wirtschaftsbeirat Bayern, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., Bayerischer Bauindustrieverband e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. Mehr als 2.000 Trucker waren mit ihren Fahrzeugen zur Wies'n gekommen, unterstützt von tausenden Sympathisanten. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
DStGB: Deutschland zukunftssicher aufstellen	2
BdSt: Die Bauern nicht im Regen stehen lassen	2
DLT: Klarer Kompass bei Staatsausgaben!	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne	3
dbb: Starker Staat – wehrhafte Demokratie	4
Kommunale Energiethemen	7 - 10
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen	11 - 13
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	14 - 15
GaLaBau · Bestattungswesen · Kommunaltechnik	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

DStGB-Jahrespressekonferenz:

Deutschland zukunftssicher aufstellen

Städte und Gemeinden verweilen im Krisenmodus. Die Infrastruktur bröckelt, die Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage, als einzige große Volkswirtschaft befindet sich Deutschland in der Rezession. Der immense Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene wird sich in den nächsten Jahren auf knapp eine Billion Euro belaufen. „Diesen Bedarf werden die Kommunen, erst recht in Zeiten knapper Kassen, nicht einmal im Ansatz bewältigen können“, betonten DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und der neue Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger in Berlin und stellten klar: „Ohne ein bezahres Eingreifen der Politik kann es keine Kehrtwende geben.“

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet von Bund und Ländern, die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Kommunalverbands plädierten Brandl und Berghegger dafür, umzusteuern und mehr Geld in die Investitionen zu lenken. Dazu sei ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, etwa ein Moratorium bei neuen Leistungsversprechen und eine Neuausrichtung der Förderprogramme des Bundes. Neben dem Erhalt der bestehenden Infrastrukturen würden auch für Klimaschutz, Klimaanpassung und den Umbau der Energieversorgung hohe Milliardensummen benötigt. Dabei handle es sich um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen aller föderaler Ebenen, die vor Ort umgesetzt, aber nicht allein vor Ort finanziert werden könnten.

Verdoppelte Sozialausgaben

Mittlerweile geben die Städte und Gemeinden mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für soziale Leistungen aus. Damit haben sich diese Ausgaben seit dem Jahr 2005 verdoppelt und es ist zu erwarten, dass sie weiter steigen. „In Zeiten knapper Kassen müssen diese steigenden Kosten mit dem Verzicht auf Investitionen teuer erkauft werden. Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen. Es muss gelingen, den dringend notwendigen Investitionen Vorrang einzuräumen“, forderten die DStGB-Repräsentanten.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pensel
95473 Creußen
am 28.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Martin Schertl
92246 Vilseck
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Storath
96250 Ebensfeld
am 21.1.

Bürgermeister Michael Klampff
94532 Außernzell
am 22.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Dobmeier
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg
am 19.1.

Bürgermeister
Andreas Bruckmeier
86735 Forheim
am 29.1.

Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
97070 Würzburg
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Löwl
85221 Dachau
am 18.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Dazu sei es notwendig, über alle staatlichen Ebenen hinweg die Ausgaben zu konsolidieren, Sparpotenziale auszuschöpfen und keine neuen Leistungsversprechen abzugeben. „Wir müssen den Menschen klar signalisieren, dass nicht alles, was wünschenswert ist, kurzfristig oder auch nur mittelfristig finanzierbar sein wird. Der Staat kann nur das verteilen, was er vorher an Steuern eingenommen hat“, erklärten Brandl und Berghegger. Die Kommunen fordern daher, das Konnexitätsprinzip nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ im Grundgesetz zu verankern. „Das wäre ein klares Stoppschild für neue und höhere soziale Leistungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Zurzeit haben wir vielfach die Situation, dass der Bund Leistungen beschließt, die durch die Kommunen dann zu finanzieren sind. Das schnürt den Kommunen die Luft ab und es sind für Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung keine Mittel mehr verfügbar. Das muss ein Ende haben“, forderten die Verbandsvertreter.

Förderprogramme neu ausrichten

Gleichzeitig sei es notwendig, die bestehenden Förderprogramme des Bundes neu auszurichten und für Städte und Gemeinden besser und unbürokratischer nutzbar zu gestalten. Derzeit existieren mehr als 100 kommunalrelevante Förderprogramme des Bundes, die zum Teil sehr komplex in ihrer Anwendung sind. Erheblicher Aufwand bei der Beantragung parallel zu immer weiter anwachsendem Fachkräftemangel auch vor Ort in den Verwaltungen führen dazu, dass jene Kommunen, die Unterstützung besonders dringend benötigen, am wenigsten von den Fördertöpfen profitieren können. „Der Förderdschungel muss gelichtet werden. Wir erwarten daher, dass die bestehenden Förderprogramme neu ausgerichtet und leichter zugänglich gemacht, aufeinander abgestimmt und besser verzahnt werden. Ideal wäre eine integrierte Förderung im Sinne eines Pauschalprogrammes. Dann können die Gelder schneller fließen und auch kleinere Kommunen werden nicht von zu viel Bürokratie überfordert“, unterstrichen Brandl und Berghegger. Erst kürzlich habe die Bundesregierung wichtige Akzente zum Bürokratieabbau beim Fördermittelverfahren gesetzt, etwa bei der Festbetragsförderung sowie in Richtung vereinfachte Nachweis- und Prüfverfahren. Hier gelte es, flächendeckend und zeitnah mehr Vertrauen in die Kommunen zu wagen und überbordende Bürokratie durch zusätzliche Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden zu ersetzen.

Zusätzliche Finanzmittel

Neben den notwendigen Erhaltungsinvestitionen würden dringend zusätzliche Finanzmittel für Klimaschutz, Klimaanpassung, den Umbau der Energieversorgung, die Mobilitätswege und die digitale Transformation gebraucht. Ein Großteil der dafür notwendigen Maßnahmen muss nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vor Ort in den Kommunen auf den Weg gebracht werden. Um diese Aufgaben dauerhaft und nachhaltig zu finanzieren, schlägt der Verband eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Unser Grundgesetz kennt dieses Instrument bereits, etwa zur Finanzierung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Wir sollten diesen Katalog erweitern, denn bei Klimaschutz und Klimaanpassung handelt es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von Bund und Ländern gemeinsam zu finanzieren sind.“

Migrationspolitik ordnen

Städte und Gemeinden sind auch bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden ebenso in den kommenden Jahren enorm gefordert sein. Laut Brandl und Berghegger haben die wachsenden Herausforderungen rund um die konstant hohe Zahl zu versorgender und zu integrierender Personen in den vergangenen Jahren sehr deutlich gezeigt, dass Deutschland Menschen nicht unbegrenzt aufnehmen kann. Deshalb sei sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ein Umsteuern in der Migrationspolitik dringend geboten. Notwendig sei zudem eine neue Finanzierungsgrundlage, um die Kommunen dauerhaft von den Flüchtlingskosten zu entlasten.

Deutschland habe in den vergangenen zwei Jahren eine sehr hohe Zahl von Asylsuchenden

und Kriegsflüchtlingen zu verzeichnen. Im Jahr 2022 sind mehr als eine Million Menschen vor dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflohen. Mit über 300.000 nach Deutschland gekommenen Menschen war im Jahr 2023 zudem der höchste Wert von Asylsuchenden seit dem Jahr 2016 zu verzeichnen. „In sehr vielen Kommunen stehen keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung, die Situation in vielen Kitas und Schulen ist höchst angespannt und die Integrationskurse sind überlastet“, stellten die DStGB-Repräsentanten fest. Von besonderer Bedeutung sei daher, dass sich Bund und Länder im November 2023 auf Entlastungen für Städte und Gemeinden verständigt haben. „Es ist anzuerkennen, dass Bund und Länder erste Anstrengungen unternommen haben, um Migrationspolitik zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen. Das allein wird allerdings nicht reichen.“

Gemeinschaftsaufgabe Migration

Neben einer Steuerung und Reduzierung des Zuzugs nach Deutschland sei vor allem die finanzielle Entlastung der Kommunen der Schlüssel für eine funktionierende Integration überall in Deutschland. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt zu diesem Zweck die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Migration in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Wir müssen neue, langfristig tragfähige Wege gehen. Dazu gehört, die Migrationspolitik im Grundgesetz als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu etablieren. Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen müssen auch gesamtgesellschaftlich getragen und finanziert werden“, stellten Brandl und Berghegger klar und forderten „ein Ende des ‚Zuständigkeitsbingos‘ zwischen Bund und Ländern, wenn es um diese wichtigen Fragen und deren Finanzierung geht. Dafür haben weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Kommunen Verständnis.“

Unterstützung der Bürger

Eine Neuausrichtung der Migrationspolitik sei auf europäischer und auf nationaler Ebene unverzichtbar, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gefährdet werden soll. Damit Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen gelingen, sei die Unterstützung der Bürger unumgänglich. Seit vielen Jahren sei zwar ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement für die nach Deutschland geflüchteten Menschen zu beobachten, jedoch müsse man feststellen, dass die Unzufriedenheit wächst. Vor diesem Hintergrund müsse es gelingen, die zahlreichen Anstrengungen auf die Menschen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, zu konzentrieren und Asylsuchende ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsländer zurückzuführen oder die freiwillige Rückkehr zu gestalten.

Kommunale Ebene als Konjunkturmotor nutzen

Fazit: Es gilt, die kommunale Ebene als Konjunkturmotor zu nutzen und sie entsprechend auszustatten. „Die Menschen erleben ihren Staat vor Ort in den Städten und Gemeinden. Nur wenn es gelingt, dort handlungsfähig zu sein und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, werden wir Vertrauen zurückgewinnen und die Demokratie dauerhaft stärken. Gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs steht fest: Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen, bemerkten Brandl und Berghegger abschließend. DK

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention

6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Arbeitszeiterfassung und -flexibilisierung:

Scharf fordert Verbesserungen

Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf fordert in der Neufassung des Arbeitszeitgesetzes neben der Arbeitszeiterfassung auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Ministerin erklärt: „Es herrscht absoluter Stillstand! ... Diese Untätigkeit können wir uns in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche und grassierendem Fachkräftemangel nicht leisten! Es muss gehandelt werden.“ Die Menschen sollen flexibler und entsprechend ihrer Lebensrealität arbeiten können. Der Gesundheitsschutz steht für Scharf dabei nicht zur Disposition. Im neuen Gesetz müsse die Erfassung und Flexibilisierung der Arbeitszeit ganzheitlich gedacht werden. Die Dokumentation soll unbürokratisch mit möglichst viel Freiraum erfolgen. „Wir brauchen hier keinen neuen Bürokratie-Teufel. Noch mehr Belastungen für unsere Betriebe müssen zwingend vermieden werden.“ Vollkommen aus der Zeit gefallen seien Pläne des Bundesarbeitsministers mit einer ‚Vertrauensarbeitszeit‘. „Das Bundesarbeitsgericht habe großen Spielraum bei der Neugestaltung der Arbeitszeiterfassung gegeben. Dieser muss genutzt und darf nicht ignoriert werden.“

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern

Jetzt bis zum 13. März 2024 bewerben

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, gibt für 2024 den Startschuss für die Förderung von Ehrenamtsprojekten: „Bayern ist Ehrenamtsland! Unsere ehrenamtlich Aktiven setzen sich fürs Miteinander ein, halten die Gesellschaft zusammen und engagieren sich in ihrer Freizeit für Andere – im ländlichen Raum genauso wie in der Stadt.“

Sie seien wichtige Impulsgeberinnen und Impulsgeber und wollen Bayern mit ihren Ideen voranbringen. „Wir unterstützen innovative Ideen und Ehrenamtsprojekte dieses wertvollen Engagements. Bayern ist gemeinsam stark, da es so viele Ehrenamtliche gibt, die mit Herz helfen“, so die Ministerin.

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt neue Initiativen, Projekte und Ideen im Bereich Ehrenamt. Seit dem 15. Januar 2024 sind neue Bewerbungen möglich. Die Pro-

jekte können eine Fördersumme von bis zu 10.000 Euro erhalten. Das Motto im Jahr 2024 lautet: „(Re)-Vitalisierung der Dörfer und Stadtviertel: Ehrenamt belebt Stadt- und Dorfgemeinschaften“. Bis zum 13. März 2024 können Anträge bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern eingereicht werden.

Informationen:

www.ehrenamtsstiftung.bayern.de/foerderung/projektausschreibung/index.php

Demografieproblem verschärft sich:

Babyboomer werden 60

Brossardt: „Fachkräftesicherung priorisieren und Finanzierbarkeit der Rente erhalten“

Der Geburtsjahrgang 1964 ist mit 1,35 Millionen Personen der geburtenstärkste Jahrgang der Bundesrepublik. Im Jahr 2024 werden diese „Babyboomer“ 60 Jahre alt. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. verweist anlässlich dieser Marke auf die großen Herausforderungen, die die demografische Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringt.

„Die breiteste Stelle der Geburtenpyramide verschiebt sich unaufhörlich nach oben. Bis zum Jahr 2030 werden neun Millionen Menschen in Rente gehen, aber nur sechs Millionen Personen als Ersatz für die Babyboomer in den Arbeitsmarkt eintreten. Auch die durchschnittliche Rentenbezugsdauer ist in den letzten zwei Jahrzehnten von ca. 16 auf über 20 Jahre gestiegen. Das ist gesellschaftspolitisch zu begrüßen. Die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente ist aber eine Herausforderung, denn wir müssen die Verfügbarkeit von Fachkräften erhalten. Daher müssen wir das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren konsequent umsetzen. Wir müssen alles dafür tun, dass Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben. Die Idee einer Flexibilisierung durch einen Renteneintrittskorridor, der an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst wird, begrüßen wir und fordern eine zeitnahe Umsetzung“, so vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Die vbw fordert, das Rentenmodell „Rente mit 63“ auslaufen

zu lassen und Frühverrentungsanreize deutlich zu reduzieren. „Zuletzt bezogen etwa 30 Prozent der Neurentner die Rente mit 63. Das bedeutet einen Verlust von über 200.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Hält dieser Trend an, entstehen für die Rentenversicherung bis 2035 Zusatzkosten von fast 140 Milliarden Euro. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung würde auf 22,7 Prozent im Jahr 2045 steigen.“

Die vbw wirbt für die Hebung von Arbeitspotenzialen der Babyboomer: „Wir müssen dafür werben, ältere Beschäftigte länger im Beruf zu halten. Unsere Unternehmen sind angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels auf qualifiziertes, erfahrenes Personal angewiesen. Daher hat die vbw gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Projekt „Talente in Rente“ ins Leben gerufen“, so Brossardt.

Link zur Plattform „Talente in Rente“: <https://www.talente-in-rente.bayern>

Deutscher Landkreistag:

Klarer Kompass bei Staatsausgaben!

Die Themen Staatsausgaben, Bürokratie und Krankenhäuser standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Diepholz. Laut DLT-Präsident Reinhard Sager hat das Haushaltsrecht des Bundesverfassungsgerichts dem Bund vor Augen geführt, dass er mehr darauf achten muss, wofür Steuermittel ausgegeben werden. „Vor diesem Hintergrund sollte er einem klaren Kompass folgen, anstatt kostenintensive Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen, die man nach heutigem Kenntnisstand nicht mehr oder anders angehen würde.“

„Die beschworene Zeitenwende muss auch beinhalten, die Staatsausgaben und öffentlichen Ausgaben neu zu sortieren“, unterstrich Sager. Als Beispiel nannte er die Schaffung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, die einer kritischen Prüfung unterzogen werden müsse. „Würde man dieses Projekt mit den aktuellen Erkenntnissen zu Umsetzbarkeit, Kosten und Fallstricken noch einmal von Anfang an diskutieren, müsste man es auch ohne Nachhilfe aus Karlsruhe schnell verworfen: kein Mehrwert für bedürftige Familien, zu teuer durch den Aufbau neuer Bürokratie und die Schaffung paralleler Behördenstrukturen. Am Ende werden viele Familien die Kindergrundsicherung sogar als Belastung empfinden, weil eine ohnehin bisweilen umständliche Verwaltung noch undurchsichtiger wird.“

Nichts ist zu Ende gedacht

Auch das Deutschlandticket sei nicht zu Ende gedacht, obwohl die Landkreise und die anderen kommunalen Aufgabenträger von Anfang an die dauerhaft nicht belastbare Finanzierung kritisiert hätten. „Auch hier hat der Bund von verschiedener Seite vorgebrachte Vorbehalte in den Wind geschlagen. Nun droht Heulen und Zähneklappern, weil – wenig überraschend – 49 Euro im Monat nicht ausreichen, um einen bedarfsgerechten Nahverkehr zu bezahlen, und Bund und Länder das Ticket offenbar nicht ausfinanzieren wollen oder können.“

Eigentlich müsste der ÖPNV modernisiert und ausgebaut werden, allerdings streiche der Bund parallel auch noch die Regionalisierungsmittel für die Länder um 350 Mio. Euro, obwohl diese bereits zugesagt gewesen seien. „Diese Sprunghaftigkeit der Bundespolitik“, so der Verbandspräsident, „ist ein Graus für die Verkehrsträger vor Ort und den Menschen ebenso wenig vermittelbar. In gewisser Weise ist das auch eine Verkehrswende, allerdings in die falsche Richtung mit Investitionsstau und Rückbau von Angeboten und Netzen.“

Sager zufolge bedarf es einer ehrlichen Bestandsaufnahme, was sich der Staat leisten könne und was nicht. „Dabei sollte vom Status quo ausgegangen werden, also von den Dingen, die derzeit verpflichtend finanziert werden müssen. Dazu gehört es, Bund, Ländern und Kommunen diejenigen Steueranteile zuzuteilen, die sie für die Erledigung ihrer jeweiligen Aufgaben benötigen. Erst dann können weitere Vorhaben angegangen werden. Das ist eine Binsenweisheit – und doch erscheint es notwendig, dies in Erinnerung zu rufen. Schuldenberge treffen schließlich vor allem unsere Kinder und Enkel. Dabei verfügt der Staat über sprudelnde Steuereinnahmen.“

Aus Sicht der Landkreise bedeute das, kommunale Strukturen mit dem Nötigen auszustatten. „Die Finanzsituation vor Ort wird immer schwieriger. Wir haben auf absehbare Zeit keinen Spielraum für neue Aufgaben und haben immer mehr Probleme, die vielen bestehenden Aufgaben zu finanzieren und zu administrieren. Uns geht es deshalb seit vielen Jahren um eine

aufgabenangemessene Finanzausstattung, aus der auch Investitionen eigenfinanziert werden können. Wir wollen wegkommen von den leidigen Anschubfinanzierungen über Förderprogramme, die die Kommunen dann nach ein paar Jahren mit einer begonnenen Aufgabe finanziell allein lassen.“

Schieflage korrigieren

Die Kommunen trügen mehr als 25 Prozent der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts, bekämen aber nur 14 Prozent des Steueraufkommens, erläuterte Sager. „Diese Schieflage muss deutlich korrigiert werden. Gerade in der aktuellen Situation zeigt sich erneut die fehlende Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte. Die Kommunen sind schon in Normalzeiten unterfinanziert und können sich nicht gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben wie z. B. die Kulturförderung, die Tourismusentwicklung oder die Wirtschaftsförderung immer weniger leisten. Wir fordern deshalb eine Aufstockung des kommunalen Umsatzsteueranteils. Dieses zusätzliche Geld sollte nach Einwohnern verteilt werden, um die kommunale Steuerbasis gerade auch in der Fläche zu stärken.“

Überall bestünden erhebliche Investitionsbedarfe, zum Beispiel bei den Schulen, den Straßen und im Nahverkehr, die durch die Energiewende noch verstärkt würden. Außerdem beteilige sich der Bund nach wie vor nicht hinreichend an der Flüchtlingsfinanzierung. Das seien die Aufgaben, die oben auf die Prioritätenliste gehörten. „Stattdessen leben wir einerseits immer mehr von der Substanz, tun aber andererseits so, als ob für jedwedes politische Projekt Geld da wäre. Man muss dem Bundesverfassungsgericht danken, dass es verbindlich geltendes Recht richtig ausgelegt und damit dafür gesorgt hat, dass sich der Bund endlich ernsthaft mit grundlegenden Finanzierungsfragen auseinandersetzen muss“, hob Sager hervor.

Schwierige Planungsprozesse

Mit Blick auf die Schwerfälligkeit von Planungsprozessen und den damit verbundenen bürokratischen Vorgaben machte der DLT-Chef deutlich: „Wir müssen beim Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Aufgabenstandards wesentliche Schritte vorankommen. Wir können es uns schon allein wegen des Personalmanagements nicht erlauben, immer aufwändigere Anforderungen festzulegen. Jede Gesetzesnovelle macht die behördlichen Abläufe komplizierter, die Digitalisierung kommt zu langsam voran, immer mehr Stellen in der Verwaltung bleiben unbesetzt.“ Das betreffe nicht nur den weit ausgebauten und komplexen Sozialstaat, sondern vor allem Planungsprozesse im Baubereich.

Das politische Mantra des Bürokratieabbaus müsse endlich so konkret werden, dass vor Ort eine Entlastung spürbar werde. „Die Landkreise fordern eine Verschlankeung und Vereinfachung von Abläufen. So sollten zum Beispiel baurechtliche Verfahren substanziell vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt werden. Vor diesem Hintergrund sind einfachere Geneh-

migungen, zum Beispiel über den Gebäudetyp E oder in serieller Bauweise zu begrüßen. Damit kann von kostenintensiven Standards abgewichen werden.“ Die zahllosen Vorgaben in Form von DIN- oder sonstigen Normen müssten auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Dies betreffe beispielsweise Vorschriften bei Stellplätzen, bei der Barrierefreiheit oder bei Aufzugsanlagen.

Wohnraum schaffen

Das sei auch der richtige Weg in der Wohnungsfrage, die neben dem Neubau vor allem die Ertüchtigung von leerstehenden Gebäuden im Blick haben müsse. „Gerade in der Fläche verfügen wir über viel ungenutztes Potenzial. Diesem Gedanken folgend geht es um die Umnutzung und Aufstockung von Bauten, die Nachverdichtung und den Umbau funktionslos gewordener Gebäude“, erklärte Sager.

Auch die Digitalisierung würde erhebliche Mehrwerte bieten. „Ziel muss es sein, dass digitale Anträge eingereicht, digital von allen Beteiligten bearbeitet und in den Behörden durchgängig digital beschieden werden.“ Dafür wäre der gesetzliche Rahmen anzupassen, denn Ursachen für lange Verwaltungsverfahren seien die hohen rechtlichen Voraussetzungen und oft schlechte oder unvollständige Antragsunterlagen. „Bauherrn haben es zusehends schwer, prüfungsreife Anträge einzureichen. Das liegt an den komplizierten rechtlichen Vorschriften.“

Prozesse beschleunigen

Vor diesem Hintergrund sei es richtig, dass sich Bund und Länder Regelungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen verständigt haben, so Sager. So soll ein Bau-Turbo-Pakt dafür sorgen, dass für eine befristete Zeit in Orten mit hohem Bedarf schneller Bauvorhaben geplant und umgesetzt werden können.

Ein weiterer Bereich sei die Planung und Umsetzung von Klimamaßnahmen. „Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen November den Entwurf für ein Bundes-Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Damit werden auch die Kommunen zur Erarbeitung von integrierten Klimaanpassungskonzepten verpflichtet.“ Allerdings denke der Bund hierbei zu wenig an die finanziellen und personellen Notwendigkeiten: „Allein für die Konzeptionen werden Kosten von bis zu 2 Milliarden Euro prognostiziert. Und darin sind noch keineswegs die Ausgaben für die Anpassungsmaßnahmen selbst enthalten.“

Zumindest brauche es ein gemeinsames Verständnis von Bund, Ländern und Kommunen darüber, wie sich diese Lasten stemmen lassen, und zwar ohne Förderprogramme. „Wir wollen eine Finanzierungszusage der Länder, in deren Verantwortunglichkeit die Umsetzung fällt und die deshalb gegenüber den Landkreisen und Städten in der Finanzierungspflicht stehen.“ Die Landkreise würden stets die kommunale Schlüsselfunktion bei der Klimaanpassung unterstreichen, allerdings müssten sie auch personell und finanziell in der Lage sein, die mit der Klimafolgenanpassung verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, bemerkte der Präsident.

Vor einem wirtschaftlichen Flächenbrand warnt der Deutsche Landkreistag beim Thema Krankenhäuser. „Die finanzielle

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat bereits begonnen. Werfen wir noch einen kurzen Blick zurück auf das vergangene Jahr. 2023 war geprägt von alten und neuen Konfliktthemen in der Welt, vielfältigen und komplexen Herausforderungen für unsere Gesellschaft und deren direkten und indirekten Auswirkungen auf unsere bayerischen Kommunen. Steigende Migrationszahlen, massiver Fachkräftemangel, fortlaufende Kostenexplosionen und viele weitere Brennpunkthemen haben in 2023 unsere bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke vor große Aufgaben gestellt.

Das letzte Jahr war aber auch geprägt vom unermüdeten Einsatz unserer ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker für die Bür-

KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne

ger vor Ort sowie von bemerkenswerten Leistungen unserer bayerischen Kommunen und das unter schwierigeren Rahmenbedingungen als in den Vorjahren. So darf ich ihnen meinen tiefen Dank für ihren beherzten und engagierten Einsatz in 2023 aussprechen. Die bayerischen Kommunen haben wieder mal bewiesen, dass sie wahre Krisenmanager sind und sich um die The-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

men der Menschen vor Ort bestens kümmern. Wir konnten auch trotz all der Krisen und Herausforderungen zahlreiche Erfolge verzeichnen und können mit neuem Mut und frischer Zuversicht in das Jahr 2024 gehen, auch wenn uns zahlreiche Themen aus 2023 auch in 2024 begleiten werden.

Wichtige Punkte für die kommunalpolitische Arbeit der KPVB in 2024 sind die dauerhafte finanzielle Stabilität der bayerischen Kommunen, der zukunftsfähige Erhalt der flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung in ganz Bayern, die kontinuierliche Entbürokratisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen, neue Mobilitätskonzepte für Stadt und Land sowie die Stärkung der Kinderbetreuung im Freistaat.

Die KPVB als Vertreter aller kommunalpolitischen Ebenen in Bayern ist überzeugt, dass wir die Herausforderungen, die das Jahr 2024 mit sich bringen wird, nur gemeinsam meistern können. Dafür braucht es weiterhin entschlossene und handlungsfähige Kommunalpolitiker vor Ort, die gemeinsam mit den anderen politischen Ebenen die bayerischen Kommunen zukunftsfähig und krisenfest machen. Lassen sie uns also gemeinsam anpacken und das neue Jahr aktiv kommunalpolitisch gestalten und den Menschen vor Ort Lösungen und Zuversicht für das neue Jahr anbieten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerischer Integrationspreis 2024 – Jetzt bewerben:

„Integration – Frauen im Fokus“

Der Bayerische Landtag, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vergeben auch 2024 wieder gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Integration – Frauen im Fokus“. Bis zum 19. Februar 2024 können sich Vereine und Institutionen sowie auch Einzelpersonen beteiligen, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben.

Frauen haben im Integrationsprozess eine wichtige Schlüsselfunktion. Besonders Mütter sind Vorbilder und Wegbereiterinnen für ihre Kinder. Zugewanderte Frauen, die ausreichend Deutsch sprechen und mit unseren Werten vertraut sind, können sich im Alltag gesellschaftlich einbringen und selbst für ihre Belange und die Interessen ihrer Familie eintreten. Besonders wichtig für die Integration ist auch die Teilnahme am Berufsleben, denn Ausbildung und Erwerbstätigkeit sichern eigenes Einkommen, sorgen für Begegnung und Austausch und steigern die eigene Handlungsfähigkeit. Frauenspezifische Integration berührt noch viele weitere Themen, unter anderem das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen, das zum kulturellen Verständnis in vielen Herkunftsländern und der gleichberechtigten Gesellschaftsform hierzulande.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Das Motto der diesjährigen Ausschreibung zum Bayerischen Integrationspreis liegt mir sehr am Herzen. Denn Integration von Familien kann nur mit und über die Frauen gelingen. Gerade Mütter üben großen Einfluss auf ihre Kinder aus und geben ihre Erfahrungen und Werte an diese weiter. Dabei haben es zugewanderte Frauen in vieler Hinsicht schwerer: Oft übernehmen sie einen Großteil der Haushalts- und Kinderbetreuungspflichten und haben weniger Möglichkeiten, sich über die Arbeit zu integrieren – gleichzeitig müssen sie in einem Umfeld mit meist fremder Sprache, anderer Kultur und ei-

nem neuen Bildungs- und Erziehungssystem zurechtfinden.“

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann sagt: „Solidarisches Engagement ist einer der Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Viele Menschen in Bayern, die sich für die gelungene Integration von Zugewanderten einsetzen, leben das in beispielhafter Art und Weise vor. In unserer Zeit ist das entschiedene Eintreten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger denn je. Denn genau dieser Zusammenhalt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft stark und widerstandsfähig gegen Extremismus und Spaltung macht. Dabei sollten wir auch immer die Bedürfnisse von Frauen im Blick behalten.“

Gleichberechtigtes Leben

Der neue Integrationsbeauftragte Karl Straub ist schon jetzt auf die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger gespannt: „Frauen, ihre Kraft und ihre Leistungen, werden häufig unterschätzt und nicht ausreichend gewürdigt. Mich freut es, dass gleich bei meiner ersten Bayerischen Integrationspreisverleihung Projekte ausgezeichnet werden, die zugewanderte Frauen darin unterstützen, ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu führen.“

Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Preisträger trifft eine unabhängige Jury des Bayerischen Integrationsrates.

Bewerbungsformulare und Informationen: <https://integrationsbeauftragter.bayern.de/integrationspreis-2024/>. □

Der kommunale Finanzausgleich 2024:

Belastungsgrenze erreicht

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Jedes Jahr aufs Neue ringen Staatsregierung und die Spitzen von Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag und Bezirkstag um den kommunalen Finanzausgleich. Kurz vor dem Jahreswechsel gelang die Einigung für das Jahr 2024: Heuer bekommen Gemeinden, Landkreise und Bezirke vom Freistaat 11,4 Milliarden Euro. Die Steigerung um 212,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr verschafft den Kommunen Luft, zumindest etwas. Beim kommunalen Hochbau ebenso wie bei der Krankenhausfinanzierung oder bei Abwasser- und Wasserversorgung sowie beim Straßenbau und im Sozialbereich.

Erneut hat der kommunale Finanzausgleich 2024 summenmäßig ein Spitzenniveau erreicht, einen Rekordwert. Für verbale Schönfärberei bleibt dennoch kein Platz. Realistisch betrachtet ist das Verhandlungsergebnis maximal das, als was es der Bayerische Landkreistag bezeichnet: „Ein schmerzhafter Kompromiss in herausfordernder Zeit.“ Aber selbst, um zu diesem Befund zu gelangen, ist einiges an politischem Wohlwollen notwendig. Das wird spätestens dann klar, wenn man sich das fiskalische Ziel des kommunalen Finanzausgleichs in Erinnerung ruft. Danach „soll die Aufstockung der Finanzen durch die Leistungen des Staates die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen“ – so das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in einer aktuellen Veröffentlichung.

Im Bewusstsein dessen ist das Minenspiel aller Beteiligten bei der Pressekonferenz zu den Verhandlungsergebnissen bezeichnend. So richtig wohl scheint sich offenbar mit dem Resultat keiner

zu fühlen. Mit Recht. Den Kommunen hat die politische Großwetterlage erhebliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlingen und Energie sowie Klimaschutz beschert. Da ist der Zuwachs im Finanzausgleich um 1,9 Prozent zwar immer noch mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber den (aufgehalsten) Ausgabensteigerungen der Kommunen wird er dennoch nicht gerecht. Ihre Belastungsgrenze ist erreicht, mitunter überschritten. In ersten Kommunen drohen Haushaltschieflogen. Den Finanzminister selbst zwickt das Korsett des Staatshaushaltes. Angesichts einer stagnierenden Wirtschaft sinken seine Steuereinnahmen. Gekürzte Bundesmittel, steigende Energie- und Personalkosten sowie Inflation verringern seinen finanziellen Gestaltungsspielraum erheblich. Jede zusätzliche Ausgabe tut ihm weh. Gemeinsam wissen alle Verhandlungspartner, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Die finanziellen Mittel des Freistaats sind begrenzt und die Leistungskraft der Kommunen erschöpft.

Der Präsident des Landkreistages und Fürstfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin liegt richtig, wenn er fordert, dass der Freistaat die Kommunen – und in der Konsequenz die Bürgerinnen und Bürger – in Berlin besser schützen muss, wenn es um Aufgaben- und Mittelverteilung im föderalen System geht. Eine Forderung, die im Übrigen für alle Länder gilt und Mahnung an den Bund ist. Wer bestellt, der bezahlt. Das ist ein bewährter Grundsatz. Der Bund hat in den letzten Jahren bei den Kommunen viel bestellt. Über manches lässt sich streiten, manches ist bei den Kommunen richtig aufgehoben, wie z.B. die Wärme-



Dr. Jürgen Gros. Bild: B. Obermaier

planung. Aber auch da gilt: Mit der Finanzierung des Jahrhundertprojektes bleiben die Kommunen weitgehend alleine – mit der Gefahr, dass die Kosten am Ende bei den Bürgerinnen und Bürgern landen. Verdruss ist vorprogrammiert – wenn denn nichts geschieht.

Dass Handlungsbedarf besteht, haben die Verhandlungspartner des kommunalen Finanzausgleichs erkannt. Wie ernst sie es letztendlich damit meinen, wenn sie dringend eine Strukturdebatte über Ausgaben, Förderwesen, Bürokratie und zu hohe Standards einfordern, werden die nächste Monate zeigen. Hoffentlich. Denn ansonsten wird es zur realen Gefahr, dass Gemeinden, Landkreise und Bezirke zwischen den Selbstverwaltungsangelegenheiten einerseits und den Auftragsangelegenheiten von Bund und Land andererseits zermalmt werden. Das kann freilich keiner wollen – und darf auch nicht passieren. Schließlich sind die Kommunen die Herzkammer der Demokratie. Hier wird Demokratie unmittelbar erlebbar und erlernbar. Starke Kommunen sind Staatsräson. Nicht von ungefähr würdigt die bayerische Verfassung deren Demokratieverzahn in Artikel 11 Absatz 4 in besonderer Weise: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben.“ Vielleicht ein guter Leitsatz für die notwendige Strukturdebatte.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

wältigenden Aufgaben von einem anerkanntswerten Bemühen gekennzeichnet, aber nicht zufriedenstellend. Die aktuelle Lage birgt andererseits die Chance zur Neujustierung, De-regulierung und Priorisierung. Für die dafür notwendigen und überfälligen systemischen Korrekturen zeichnen alle Staatsebenen, auch die Kommunen, mit verantwortlich. Es steht zu hoffen, dass der Freistaat Bayern ohne ideologische Scheuklappen in Land und Bund die dafür erforderlichen Maßnahmen schnell auf den Weg bringt.

„Die generelle Prüfung, was sinnstiftend ist, eine schonungslose Aufgaben- und Ausgabenkritik, ein sofortiger Stopp von Anreizförderungen im freiwilligen Leistungsbereich ist auf allen Staatsebenen ebenso geboten wie die strikte Beachtung der Konnexität“, fuhr Brandl fort. Die Bürger müssten darauf eingestellt werden, dass nicht alles Wünschenswerte machbar ist. Vielmehr sei eine Konzentration auf den Pflichtbereich für volkswirtschaftlich wichtige Investitionen, wie Bau und Infrastruktur, zwingend. Nur so könne Wohlstand gesichert werden.

Steigende Sozialausgaben

Nach den Worten von Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, nehmen die bayerischen Bezirke das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 2024 durchaus mit Sorge zur Kenntnis. Starke und leistungsfähige Kommunen benötigten eine solide finanzielle Basis. Die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sei zwar ein erster Schritt zur Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte,

wartungen zurück und es überwiegt beim Bayerischen Städtetag die Enttäuschung“, merkte Markus Pantermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, an. Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung kommunaler Haushalte verschärften sich für das nächste Haushaltsjahr dramatisch. Kommunale Haushalte rutschten vereinzelt bereits in bedrohliche Schieflogen. Für die vielfältigen Problemlagen der bayerischen Kommunen bringe der kommunale Finanzausgleich leider zu wenig Unterstützung. Die weiter steigenden Ausgaben könnten nicht aufgefangen werden. „Dies schlägt mit zunehmender Wucht auf die kommunale Ebene durch, was bald auch Bürgerinnen und Bürger und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen.“

Beschränkte Handlungsspielräume

Vielfältige Krisen wirkten sich auf die Kommunen aus, so Pantermayr weiter. „Die Handlungsspielräume sind sehr beschränkt, hier hätten vor allem noch höhere Schlüsselzuweisungen geholfen. In einer unsicheren Zeit mit vielen Herausforderungen versäumt es der Freistaat leider, mit einer Erhöhung des kommunalen Verbundanteils den Kommunen mehr Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Dies hat die Folge, dass Städte und Gemeinden eigentlich dringende Investitionen strecken, schieben oder streichen müssen. Notwendig ist zudem eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik. Hier ist neben dem Bund auch der Freistaat gefordert. Deshalb begrüßen wir die getroffene Vereinbarung, dass die Bayerische Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden in eine Strukturdebatte einsteigt.“

Laut Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, „ist dieser Finanzausgleich das Ergebnis einer problematischen Entwicklung des Standortes Deutschland. Er ist gemessen an den von den Kommunen zu be-

Deutschland braucht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Entlastungen für den Mittelstand, „weil Deutschland 20 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, wenn wir ein Wirtschaftswachstum im Eurozonen-Durchschnitt hätten“.
2. Eine Haushaltspolitik, die bei ideologischen Ampel-Projekten spart und nicht Steuern erhöht.
3. Steueranreize für mehr Leistung, indem Überstunden steuerfrei gestellt werden.
4. Eine Arbeitsmarktpolitik, die fördert und fordert und die Leistungssteigerungen so lange vornimmt, wie ein Bürgergeldempfänger sich weigert, zumutbare Arbeit anzunehmen.
5. Eine Energiepolitik, die keine Energieform ideologisch ausschließt und die Deutschland an der Spitze hält bei Forschung, Entwicklung und Einsatz von Kernenergie und Kernfusion.
6. Eine Steuerpolitik, die den Klimaschutz fördert, indem die energetische Sanierung von Immobilien in voller Höhe von der Erbschaftsteuer abziehbar gemacht wird.
7. Ein Zukunftskonto, mit dem das Engagement junger Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und anderer Freiwilligendienste gestärkt wird und mit 5.000 Euro einen Anreiz bietet.
8. Ein Drittstaatenmodell, bei dem Asylverfahren und anschließender Schutz außerhalb Deutschlands stattfinden.
9. Eine Innenpolitik, die sicherstellt, dass aggressive Antisemiten entweder ausgebürgert,

abgeschoben oder eingesperrt werden.

10. Eine Ausstattung der Bundeswehr, die Russland glaubwürdig von weiteren Aggressionen abschrecken kann.

Begrenzung der Migration

Prominent wurde mit der Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen das Thema Migration beraten. Sie bekannte sich zu einer Begrenzung der Migration. „Wir müssen uns zusammmentun, um Schlepper und Schleuser zu bekämpfen“, forderte von der Leyen. Die bulgarische Außenministerin Mariya Gabriel und der dänische Minister für Einwanderung und Integration Kaare Dybvad Bek zeigten auf, wie sie in ihren Ländern illegale Migration erfolgreich begrenzen und Integration fördern. Als Maßnahmen stellten sie heraus: konsequenter Grenzschutz, Reduktion von Pullfaktoren und strikte Integrationsanforderungen.

Weitere Gäste der dreitägigen Klausurtagung waren Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, der EVP-Vorsitzende Manfred Weber, der Vorsitzende der Munich Re, Dr. Joachim Wenning, Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, sowie die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats Prof. Dr. Alena Buux. **DK**

Medizinische Versorgungszentren:

MVZ vor Einfluss fachfremder Finanzinvestoren schützen

Treffen von Gesundheitsministerin Judith Gerlach mit Bundesärztekammer-Präsident Dr. Reinhardt in Berlin

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat in Berlin mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Klaus Reinhardt, über wichtige aktuelle Themen gesprochen. Dabei ging es auch um investorengetragene medizinische Versorgungszentren (iMVZ). Gerlach betonte: „Wir sehen hier übereinstimmend ein klares Risiko von regionalen Monopolstellungen einzelner Träger von medizinischen Versorgungszentren. Es besteht die Gefahr, dass sich die ambulante ärztliche Versorgung in den Ballungsräumen konzentriert und im ländlichen Raum schlechter wird.“

Gerlach erklärte: „Das muss im Sinne der Patientinnen und Patienten verhindert werden. Bayern hat deshalb im Mai vergangenen Jahres die Bundesregierung mit einer Bundesratsinitiative aufgefordert, medizinische Versorgungszentren stärker zu regulieren. Passiert ist leider bislang nichts.“

BÄK-Präsident Reinhardt sagte: „MVZ sind eine wichtige und sinnvolle Ergänzung der ambulanten Versorgung, sie müssen vor Fehlentwicklungen durch

den Einfluss fachfremder Finanzinvestoren geschützt werden. Die Bundesratsinitiative unter Federführung Bayerns sieht hierfür sachgerechte Regelungen vor. Der Antrag greift viele der Punkte auf, die die Bundesärztekammer in einem Positionspapier Anfang dieses Jahres unterbreitet hat. Jetzt ist das Bundesgesundheitsministerium am Zug, die angekündigte bundesgesetzliche Regelung endlich umzusetzen.“

Bayern verlangt Nachbesserungen

Gerlach unterstrich: „Die Ärzteschaft und der Freistaat Bayern haben viele gemeinsame Interessen und Ziele. Ich bedanke mich für die Signale der Unterstützung, die BÄK-Präsident Reinhardt in unserem Gespräch gesendet hat. Wir haben unter anderem unsere Standpunkte zum aktuell wichtigen Thema der Krankenhausreform abgeglichen. Bayern dringt hierbei entschieden auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfs, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegt hat.“

ebenso die Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke. Jedoch werde trotz aller Bemühungen des Freistaats, insbesondere des Finanzministers, der diesjährige Finanzausgleich den Anforderungen an einen auskömmlichen Finanzausgleich nicht gerecht, da die verpflichtenden Sozialausgaben deutlich stärker ansteigen als es die Steuer- bzw. Umlagekraft abbildet.

Mit Blick auf die kommenden Jahre mahnte Löffler: „Eine grundlegende Strukturdebatte ist jetzt unumgänglich. Gerade in schwierigeren Zeiten wie jetzt dürfen wir Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen nicht allein lassen. Damit die bayerischen Kommunen die soziale Daseinsvorsorge trotz Fachkräftemangel und Kostensteigerungen weiter gewährleisten können, brauchen wir realistische und erfüllbare Qualitätsvorgaben und zudem eine ausreichende Finanzierung.“ **DK**

Gedämpfte Erwartungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Rekordwert von 1,1 Mrd. Euro.

Auch die Finanzierung von Krankenhäusern steht heuer im Fokus. Die Mittel für Krankenhausinvestitionen erhöhen sich um rund 24,3 Prozent und erreichen ebenfalls ein neues Spitzenniveau von 800 Mio. Euro. Die Krankenhausinvestitionsmittel werden über die Krankenhausumlage zur Hälfte von den Kommunen getragen. Die Investitionspauschale (446 Mio. Euro) wird auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. Um Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung noch stärker zu unterstützen, wird der Demografiezuschlag bei der Investitionspauschale verbessert.

Härtefallförderung

Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen legen erneut um 15 Mio. Euro auf nun 165 Mio. Euro zu. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum. Für die Straßenausbau-pauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2024 insgesamt 115 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können über den regulären Etat (85 Mio. Euro) hinaus weitere 30 Mio. Euro an die Gemeinden verteilt werden.

Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen und konsolidierungswilligen Gemeinden stehen 2024 100 Mio. Euro für Bedarfzuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Verfügung. Die Zuweisungen an die Bezirke werden im nächsten Jahr um 10 Mio. Euro auf 716,5 Mio. Euro erhöht.

Die Grundsteuerreform wird sich ab dem Jahr 2027 auch auf den kommunalen Finanzausgleich auswirken. Der sich hieraus ergebende konkrete Änderungsbedarf wird Füracker zu Folge im Rahmen einer Arbeits-

gruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. „In diesem Zusammenhang wird auch überprüft werden, ob darüber hinaus weitere Änderungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich sind.“

Nüchtern fiel die Bewertung von Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags und diesjähriger Verhandlungsführer der kommunalen Spitzenverbände, aus: „Die Kommunen sind mit erheblichen Ausgabensteigerungen in nahezu allen Aufgabenbereichen konfrontiert, insbesondere in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlinge und Energie. Der Anstieg der Finanzausgleichsleistungen auf 11,4 Milliarden Euro kann diese finanziellen Mehrbelastungen nicht ausgleichen. Wir müssen daher dringend die Aufgaben und Standards hinterfragen, die den Kommunen auferlegt werden.“

Rekorddefizite bei Krankenhäusern

Die Anhebung der Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser werde zu 50 Prozent von den Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. „Für uns ist dies angesichts von Rekorddefiziten in den Häusern ein erheblicher Kraftakt“, stellte Karmasin klar. „Die Mittelaufstockung ist daher ein klares Signal an den Bund, dass wir unsere Hausaufgaben machen und nun der Bund dringend dazu aufgefordert ist, seiner Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bürger nachzukommen und eine ausreichende Betriebskostenfinanzierung sicherzustellen.“

„Trotz geringer Spielräume konnten noch punktuelle Verbesserungen in einer Summe von etwa 100 Mio. Euro erreicht werden. Dies erkennen wir an. Dennoch bleibt das Ergebnis der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2024 deutlich hinter den Er-

Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion:

Starker Staat – wehrhafte Demokratie

Geopolitische Spannungen, schwindendes Vertrauen in die Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Staates: Mit diesen Herausforderungen befasste sich die dbb Jahrestagung in Köln mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft. dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach forderte umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Dienst. Ein schwacher Staat gefährde die Demokratie.

Laut Umfragen gehen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Silberbach machte deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten!“

Alle Ausgaben müssen auf den Tisch

Zur Finanzierung müssten alle Staatsausgaben auf den Tisch. „Ob darüber hinaus die Schuldenbremse neu justiert oder neue Sondervermögen auf den Weg gebracht werden müssen, sei dahingestellt. Klar ist für mich: Es muss investiert werden.“ Beispielhaft nannte Silberbach mehr Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur. Seit der Gründung der Bundesrepublik habe es noch nie einen so großen Investitionsstau gegeben.

Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des dbb habe gezeigt, dass die Bürgerferne der Politik für 64 Prozent der Bevölkerung eine der größten Gefahren für die Demokratie ist. Um das Vertrauen sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch gerade der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Staat wiederherzustellen, sei daher auch ein Wandel in der politischen Kultur notwendig. Silberbach: „Zur Wahrheit über den Vertrauensverlust gehört für mich näm-

lich auch, dass es oft gar nicht die konkreten Entscheidungen in Sachfragen sind, die die Menschen erschüttern, sondern das Gefühl, dass es viele Verantwortliche nicht allzu genau nehmen mit der Achtung vor dem Rechtsstaat. Verfassungswidrige Besoldung, verfassungswidrige Haushalte, immer mehr von Karlsruhe kassierte Gesetze... jede Nachwuchskraft im öffentlichen Dienst fragt sich doch, ob sie in der Ausbildung etwas verpasst hat, was da lautet ‚kreativer Umgang mit dem Recht‘.“

Mangelhafte Digitalisierung

Auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung ist für den dbb Chef eine Ursache für den verbreiteten Frust in der Bevölkerung: „Menschen, die mit digitalen Verwaltungsangeboten zufrieden sind, bewerten auch die Leistungsfähigkeit des Staates höher – da sind wir wieder beim Punkt ‚Vertrauen‘. Allerdings halten Deutschland aktuell nur drei Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung für gut aufgestellt.“ Hier erwartet der dbb-Chef endlich Fortschritte, denn die Probleme seien alle längst bekannt. „An den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird es jedenfalls nicht scheitern“, stellt Silberbach klar. „Ganz im Gegenteil: Die Kolleginnen und Kollegen sehen in erster Linie die Chancen für ihre Arbeit. Digitalisierung ist natürlich nicht per-

se besser, wenn sie schlecht umgesetzt wird. Sie ist aber ein Gewinn, wenn sie für die Beschäftigten wirklich zu einer Arbeitserleichterung führt und damit Personalressourcen für andere Aufgaben frei werden.“

Enorm viele neue Stellen

Bernd Krösser, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, würdigte die Leistung des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Auch wies er darauf hin, dass im Bereich des Bundes zuletzt enorm viele Stellen geschaffen worden seien, gerade im Bereich der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Arbeit für den Staat sei auch weiterhin für Nachwuchs- und Fachkräfte attraktiv, zeigte sich Krösser überzeugt. Trotzdem wolle der Bund bei Aus- und Fortbildung sowie Digitalisierung noch mehr tun und besser werden. Eine Absage erteilte der Staatssekretär dagegen der Forderung nach der generellen Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes, weil diese die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschränken würde.

Permanente Aufgabenkritik

Die Frage „Braucht Deutschland eine Staatsreform zur Stärkung der Kommunen?“ stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion. Nach Auffassung von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger ist permanente Aufgabenkritik ein Bestandteil gelingender kommunaler Planung. Dezentralisierung und Föderalismus müssten mit Leben gefüllt werden.

Auf dem Weg zum Immateriellen Kulturerbe:

Die Kunst der Fahnenstickerei

In einer schnelllebigen Welt, geprägt von Technologie und Fortschritt, sind traditionelle Handwerkskünste oft bedroht, in Vergessenheit zu geraten. Ein solches Handwerk, die Fahnenstickerei, verkörpert nicht nur Geschichte, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur kulturellen Vielfalt.

Die Fahnen Kössinger GmbH aus Schierling hat gemeinsam mit der Textilgestalterin die Bewerbung für die Eintragung des Handwerks in das im-

höchster Qualität, die nicht nur ästhetisch ansprechend sind, sondern auch die Tradition eines Vereins oder einer Gemeinde repräsentieren und gewissermaßen auch deren Selbstverständnis widerspiegeln.

Die Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl

Vereine spielen eine bedeutende Rolle im sozialen Gefüge. Sie sind nicht nur Treffpunkte für Begegnungen und Austausch, sondern tragen maßgeblich zum

sozialen Zusammenhalt bei. Die Fahnenstickerei knüpft enge Verbindungen zum Vereinsleben, da Fahnen als Identifikationssymbole dienen und die Werte sowie Ziele eines Vereins repräsentieren. Dabei sind sie weit mehr als nur Stoff und Farben; sie dienen vielmehr als Ausdruck einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Zwecks.

Die Symbolkraft der Fahnen

Ob Sportvereine, Kulturvereine oder gemeinnützige Organisationen, Vereine gestalten das soziale Gefüge und fördern das Gemeinschaftsgefühl. Die Fahnen Kössinger GmbH erkennt die zentrale Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl und setzt sich dafür ein, dass das Engagement der Bürger in diesen

Vereinen die verdiente Anerkennung erfährt.

Fahnen repräsentieren nicht nur die lokale Geschichte, sondern auch die Vielfalt jeder Gemeinschaft. Ob bei Festumzügen, Sportveranstaltungen oder offiziellen Anlässen – Fahnen sind unverzichtbare Begleiter, die eine visuelle Verbindung zwischen Menschen und Werten schaffen. Die Fahnenstickerei spielt dabei eine entscheidende Rolle, indem sie nicht nur alte Fahnen restauriert, sondern auch neue Fahnen herstellt, handwerkliche Präzision und künstlerisches Geschick vereint.

Die Bewerbung

Die Bewerbung um die Anerkennung als immaterielles Kulturerbe würdigt nicht nur die handwerkliche Meisterschaft der Fahnenstickerrinnen, sondern betont auch die Fahnenstickerei als bedeutenden kulturellen Beitrag. Diese Anerkennung würde eine Verpflichtung bedeuten, die Kunst und das Wissen um die Fahnenstickerei zu bewahren und an kommende Generationen weiterzugeben.

Unterstützung durch Kommunen

Die Unterstützung durch Kommunen ist entscheidend, um Traditionen zu bewahren und Identitäten zu stärken. Gemeinden sollten Vereinen beratend und unterstützend zur Seite stehen, insbesondere bei Veranstaltungen wie Fahnenweihen oder Jubiläumsfesten. So tragen Vereine dazu bei, das kulturelle Erbe zu bewahren und das Gemeinschaftsgefühl vor Ort zu stärken. □

Dazu bedürfe es keiner perfektionistischen Überregulierung, sondern praktischer Lösungen vor Ort sowie einer leistungsfähigen Verwaltung mit ausreichender Personal- und Finanzausstattung.

Fairer Finanzausgleich

Hinterfragt werden müsse in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Beispiel Kinderbetreuung: Trotz Mehreinstellungen fehle es vielen Kommunen an allen Ecken und Enden an Personal für diesen Bereich, weil auch dort immer neue Aufgaben geschultert werden müssten. „Für eine faire Verteilung im Finanzausgleich müssen die Kommunen wieder stärker einbezogen werden, denn ein Großteil politischer Entscheidungen wird dort umgesetzt.“

Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Komba gewerkschaft, verwies darauf, dass kommunale Aufgaben angesichts des Personalmangels nicht gestemmt werden könnten. Beispiel Gelsenkirchen: „Da gab es in den letzten Jahren aufgrund von Flucht und Migration 3.000 zusätzliche Kinder in der frühkindlichen Bildung, dabei war das Personal eh schon knapp. Das führt bei Bürgerinnen und Bürgern zu Frust.“ Abschließend stellte er die Frage der Verhältnismäßigkeit: „Die Kommunen tätigen 25 Prozent der staatlichen Ausgaben, bekommen aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen.“ Dies sei nicht hinnehmbar.

Vollzugsdefizite

Bundesverfassungsrichtera.D. Peter Müller zeigte sich überzeugt, dass es in den meisten Politikbereichen in Deutschland kein Regelungs-, sondern ein Vollzugsdefizit gibt. „Wir brauchen keine neuen Regelungen – im Gegenteil, teilweise haben wir eher zu viele“, erklärte Müller. Wichtig sei aber, dass die Regelungen auch für alle gelten würden. „Das Gewaltmonopol des Staats etwa ist nur glaubwürdig, wenn Recht auch durchgesetzt wird.“

Gegen das derzeitige Vollzugsdefizit helfe nur eine angemessene Personalausstattung sowie ordentliche Bezahlung im öffentlichen Dienst. „Das Bundesverfassungsgericht hat unter seinem ehemaligen Präsidenten Andreas Voßkuhle klare Regeln für die amtsangemessene Alimentation aufgestellt. Trotzdem liegen in Karlsruhe 40 Vorlagen zum Thema“, betonte Müller und forderte, dass sich Politik hier und etwa auch in Haushaltsfragen an das geltende Recht hält. „Auch der Ge-

Förderrichtlinie Landesentwicklung III

Das Bayerische Wirtschaftsministerium setzt sich auch künftig für die innovative Regionale Entwicklung in Bayern ein. Mit der neuen Förderrichtlinie Landesentwicklung werden innovative Projekte in den Regionen unterstützt und so wird ein wichtiger Beitrag zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern geleistet. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken und diese zukunftsfähig aufstellen. Deshalb schreiben wir die von den Landkreisen stark nachgefragte Regionalmanagementförderung fort – und das mit verbesserten Bedingungen.“

Die Förderung umfasst derzeit rund 200 Einzelprojekte zu den Themen Wettbewerbsfähigkeit, Siedlungsentwicklung, Klimawandel, demographischer Wandel und regionale Identität, die von rund 65 regionalen Initiativen vorwiegend auf Landkreisebene mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 11 Millionen Euro pro Jahr umgesetzt werden. Die Projektideen stammen stets aus der Region und greifen die Herausforderungen vor Ort auf. Die maximale jährliche Fördersumme liegt bei 175.000 Euro pro Jahr für regionale Initiativen und bis zu 300.000 Euro pro Jahr für Metropolregionen.

Die neue Förderrichtlinie Landesentwicklung III trat am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Konditionen wurden optimiert durch Einführung eines zusätzlichen Förderbetrags für größere regionale Initiativen, die neue Sonderförderung „Zielbildungsprozess“ zur Erarbeitung einer regionalen Entwicklungsstrategie sowie die Möglichkeit zur Verlängerung der Sonderförderung Transformationsprozesse. <https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/instrumente/regionalmanagement/> □

setzgeber muss sich an die Verfassung halten“, mahnte er. Mit Blick auf die zuletzt zahlreichen Demonstrationen ergänzte Müller: „Die Meinungsfreiheit und das Versammlungswesen müssen der Demokratie heilig sein. Aber auch hier muss Recht und Gesetz konsequent Anwendung finden, das gilt natürlich ebenso für die ‚Letzte Generation‘ wie für die Bauern.“

Allgemeine Dienstpflicht

Um die Identifikation gerade junger Menschen mit dem Staat zu stärken, kann sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter eine allgemeine Dienstpflicht vorstellen: „Ich halte das für durchaus attraktiv, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So könne Heranwachsenden auch vermittelt werden, dass das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Bemühen um ihren Erhalt erfordert.

Rahmenbedingungen für KI

Künstliche Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst revolutionieren. Welche Rahmenbedingungen notwendig sind, diskutierten renommierte Fachleute wie Carsten Köppl, Geschäftsführer der Beratungsagentur Next:Public. Er skizzierte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Sektor nach umfassender Modernisierung verlangen und bereit seien, den digitalen Wandel voranzutreiben. „Der Digitalisierungsdruck kommt nicht mehr nur von außen – er kommt zunehmend von innen. Wie attraktiv die Beschäftigten den öffentlichen Dienst dabei als Arbeitge-

ber einschätzen, welche Erwartungshaltung sie gegenüber der Verwaltungsdigitalisierung hegen und inwiefern sie sich im Bereich IT-Sicherheit auskennen, hat die im Dezember 2023 veröffentlichte Studie ‚Barometer Digitale Verwaltung‘ der Next:Public gezeigt. Demnach sind Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen keine Bremser digitaler Prozesse und Innovationen, sie sind vielmehr Treiber.“ Im Umkehrschluss müsse sich die Verwaltung als moderner, digitaler Arbeitgeber präsentieren, um die erforderlichen Fachkräfte zu binden, hob Köppl hervor.

Fehlende Entwicklungsmöglichkeiten

Paradoxe Weise sei die grundsätzliche Bindung der Beschäftigten zum öffentlichen Dienst hoch, während gleichzeitig die Strahlkraft des öffentlichen Dienstes abnehme. So würden nur noch 15 Prozent der Befragten ihren aktuellen Arbeitgeber weiterempfehlen. Obwohl der Staat in besonderem Maße auf qualifiziertes Personal angewiesen sei, nehme die Zufriedenheit der Beschäftigten mit den vorhandenen Rahmenbedingungen ab. Vor allem fehlende individuelle Entwicklungsmöglichkeiten würden kritisiert.

Wie weit der öffentliche Sektor in Sachen IT-Implementierung zurückliege, zeige sich am Fehlen einer öffentlichen Verwaltungs-Cloud. „Bis heute darf die Verwaltung keine Cloudlösung rechtssicher einsetzen. Sie soll jetzt nach 14-jähriger Diskussion entwickelt werden. Das darf uns bei der KI auf keinen Fall passieren!“, kritisierte Köppl. **DK**



In wertvollster Handarbeit entstehen kostbare Kulturgüter. Bild: Fahnen Kössinger

materielle Kulturerbe Bayerns gestellt, um diesem Handwerk die verdiente öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die Geschichte der Fahnenstickerei

Die Geschichte der Fahnenstickerei reicht Jahrhunderte zurück und symbolisiert Gemeinschaft, Identität und Zusammenhalt. Schon in der Antike dienten Fahnen als Symbole der Zugehörigkeit. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Fahnenstickerei zu einer Kunstform mit praktischem Geschick und tiefgreifender kultureller Bedeutung. Firmen wie die Fahnen Kössinger GmbH, ein mittelständisches Unternehmen mit langer Tradition, haben sich der Fahnenstickerei verschrieben. Präzise Handarbeit verwandelt sich in Fahnen

Alles für Städte und Gemeinden
Für den perfekten Auftritt ihrer Kommune

Am Gewerbering 23 • 84069 Schierling • Tel.: 09451 9313-0
info@fahnen-koessinger.de • www.fahnen-koessinger.de

Allergrößte Sorge um medizinische Versorgung!

„Ich wünsche uns allen alles Gute im neuen Jahr und der Bundesregierung die Einsicht, dass die 10 Mrd. € der fehlenden Krankenkassenbeiträge der Bürgergeldempfänger jährlich an die Krankenhäuser bezahlt werden, da andernfalls mangels Krankenhäusern eine Krankenhausreform nicht mehr nötig ist“, schrieb Josef Lamperstorfer an die Bayerische Gemeindezeitung. Der langjährige Erste Bürgermeister von Wegscheid macht sich als Mitglied des Verwaltungsrates der Gesundheitseinrichtungen im Landkreis Passau allergrößte Sorgen um die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung.

Die Ampelregierung hat zum 1.1.2023 und zum 1.1.2024 das Bürgergeld um insgesamt 25,3 % (449 € auf 563 €) erhöht. Zusätzlich erhalten die Bürgergeldempfänger u.a. die gesamten Miet- und Heizungskosten erstattet. Kein Arbeitnehmer oder Rentner erhält eine solche Erhöhung in diesem Zeitraum.

Ebenso zahlen die Bürgergeldempfänger keine Krankenversicherungsbeiträge, da diese vom Bund übernommen werden. Allerdings zahlt der Bund je Bürgergeldempfänger wesentlich weniger, als tatsächlich bei den Krankenkassen an Kosten anfallen, wie aus dem IGES-Gutachten ersichtlich ist. https://www.iges.com/sites/igesgroup/iges.de/myzms/content/e6/e1621/e10211/e15829/e22149/e22151/e22153/attr_objjs23127/IGES-GKV-Beitraege_Dez2017_ger.pdf

Laut Mail-Antwort des GKV-Spitzenverbandes wird dieses Defizit der Krankenkassen durch die Bürgergeldempfänger vom Bund bis heute nicht ausgeglichen. Allerdings dürften die Zahlen (nicht gedeckten Kosten der Krankenkassen je Bürgergeldempfänger 147 € je Monat) laut damaligem IGES-Gutachten inzwischen bei Weitem höher sein.

Aber selbst mit dem damals festgestellten Wert von 147 € je Hartz-IV-Empfänger ergibt sich folgende Berechnung:

Aktuelle Zahlen der Bürgergeldempfänger laut Internet:

- Nicht arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 1,56 Mio.
 - Arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 3,9 Mio.
 - => insgesamt 5,46 Mio. x 147 € x 12 = 9,6 Mrd. €
- Damit finanzieren die Krankenkassenbeitragszahler rund 10 Mrd. € jährlich für die nicht gedeckten Kosten der Bürgergeldempfänger. Was wiederum zur Finanznot der Krankenkassen führt.

Somit stehen auch den Krankenkassen keine Mittel zur Verfügung, dass die Landesbasisfallwerte entsprechend der Inflationsrate und den Steigerungen der Personalkosten erhöht werden können:

Erhöhung der Fallpauschalenerlöse der Krankenhäuser

- 2022 um 2,3 % – Inflation 8 %
 - 2023 um 4,4 % – Inflation 7 %
- wobei in den Krankenhäusern rund 90 - 95 %



16,2 Mrd. € in 2024 gekürzt = 33,6 %, obwohl zusätzliche Mittel für die Krankenhausreform erforderlich sind.

Werden bewusst Insolvenzen und Schließungen von Krankenhäusern in Kauf genommen? Offensichtlich ja!

Laut einem Interview mit Gerald Gaß dem Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 19.07.2023: Karl Lauterbach hat selbst gesagt: „Wir stehen am Vorabend eines Kliniksterbens. Dabei werden auch Krankenhäuser wegfallen, die wir zukünftig brauchen.“ Das sind seine Worte

Auch wenn Herr Lauterbach zwischenzeitlich in der Tagesschau am 13.11.2023 das Gegenteil behauptet, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krankenhausreform-laender-lauterbach-100.html>

- Bericht in der Passauer Neuen Presse vom 20.12.2023: 22 Klinikschließungen im Jahr 2023
- Unmengen von Berichten, in welchen dargestellt wird, dass die meisten kommunalen Krankenhäuser 2023 und 2024 nur noch mit Millionenunterstützung durch die Kommunen vor der Insolvenz gerettet werden können.

Wie lange können die Kommunen dies noch leisten?

Nachdem die Bundesregierung trotz der hohen Zahl der Bürgergeldempfänger bewusst keinen Ausgleich für den nicht gedeckten Betrag der Krankenhausleistungen an die Krankenkassen leistet, nimmt sie bewusst in Kauf, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verschlechtert wird. Wobei die Gesundheit unser wichtigstes Gut ist! Wenn jemand gesund ist, hat er viele Wünsche, wenn er krank ist, nur einen!

der Erlöse allein für Personal- und Materialkosten aufgewendet werden müssen.

Gesundheitsminister Lauterbach hat groß 6 Mrd. € an Inflationsausgleich angekündigt; nur ein Teil ist bisher tatsächlich geflossen, da Förderrichtlinien so eng gefasst wurden. Weitere Zahlungen sollen erst Ende 2023 und 2024 fließen.

Im Haushaltsentwurf wurde der Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums um 25,4 Mrd. im Jahr 2023 auf



V.l.: Dr. Josef Rampl, Bayerischer Müllerbund; Rudolf Sagberger, Bayerischer Müllerbund; Lars Bubnick, Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Staatssekretär Tobias Gotthardt MdL, Svenia Fries; Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Daniela Sauer, Konditoren-Innung Bayern, Josef Schwalber, Konditoren-Innung Bayern; Stefan Stand, Private Brauereien Bayern.

Bild: STMWI / A. Gottardi

„Handwerk ist eine verlässliche Stütze der Wirtschaft!“

Bayerische Lebensmittelhandwerke treffen Staatssekretär Tobias Gotthardt

Die Landesverbände der bayerischen Fleischer, Müller, Konditoren und Brauer trafen im Rahmen eines Antrittsbesuchs den neuen Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Tobias Gotthardt, MdL.

Gotthardt, der sich die Sorgen aufmerksam anhörte, machte gleich zu Beginn deutlich: „Das Handwerk ist eine verlässliche Stütze der Wirtschaft, und Bayern steht zu euch, zu den Ernährungshandwerken.“

keinen kalten Strukturwandel geben!“ Ende 2023 verzeichneten die bundesdeutschen Kliniken ein Defizit von rund 10 Milliarden Euro.

Nachbesserungen bei der Krankenhausreform

Die Ministerin forderte zugleich erneut Nachbesserungen bei der geplanten Krankenhausreform. Sie unterstrich: „Wir sind weiterhin bereit, unseren Beitrag zum Gelingen der Reform zu leisten, aber nicht um jeden Preis. So darf es keinen Eingriff in die Planungshoheit der Länder geben. Wir brauchen die nötige Beifreiheit, um eine flächendeckende Versorgung sichern zu können. Es muss durch hinreichende Ausnahmemöglichkeiten sichergestellt sein, dass die Länder Versorgungsprobleme verhindern und bei der Prüfung von Strukturvoraussetzungen für Leistungsgruppen beispielsweise auch Kooperationen zulassen können. Zudem brauchen wir praktikable Lösungen für Fachkrankenhäuser, um diese hochspezialisierten Einrichtungen weiter für die Patientinnen und Patienten am Netz zu halten.“

Kein Mehrwert beim Transparenzverzeichnis

Zudem bereite das sogenannte Krankenhaustransparenzgesetz den meisten Ländern erhebliche Bauchschmerzen, fügte Gerlach hinzu. Aus ihrer Sicht sollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die im Bundesrat gegen das Gesetz vorgebrachten Bedenken nicht einfach vom Tisch wischen. Das Vorhaben gaulke Transparenz nur vor, denn das vorgesehene Transparenzverzeichnis zur Krankenhauslandschaft in Deutschland biete in der geplanten Form keinen echten Mehrwert für die Menschen im Land. Es drohe viel mehr Unklarheit als Nutzen zu stiften.

Laut Gerlach war es ein wichtiger Schritt, dass die Länder im Bundesrat einen Schulterabschluss erzielen konnten, den Vermittlungsausschuss anzurufen. „Damit haben wir doch noch die Chance auf Verbesserungen – im Interesse der Länder, der Krankenhäuser und vor allem der Patientinnen und Patienten.“ **DK**

Und dies, obwohl noch bis vor wenigen Wochen eine Verlängerung der Preisbremsen von der Bundesregierung fest zugesagt wurde. „Diese Streichungen sind ein Wortbruch der Ampel, genauso wie der Wegfall des verminderten Mehrwertsteuersatzes für Gastronomieleistungen, dessen Entfristung vom Bundeskanzler persönlich versprochen wurde. Wir hoffen, dass nun wenigstens die Senkung der Stromsteuer bleibt und diese nicht auch noch den Sparmaßnahmen zum Opfer fällt“, so Josef Schwalber, Obermeister der Konditoren-Innung Bayern.

Bürgerfeindliche Politik

Staatssekretär Gotthardt fasste unterstützend zusammen: „Die Ampel in Berlin betreibt eine wirtschaftsfeindliche und damit auch bürgerfeindliche Politik. Dagegen wird man weiter angehen und die Forderungen der Gewerke entsprechend unterstützen.“

Ampel-Beschlüsse bedeuten massive Belastungen

Die Geschäftsführer der Verbände erläuterten detailliert, welche Belastungen konkret auf die Betriebe zukommen. Die Mauterhöhungen werden Auswirkungen auf Lieferantenkosten in allen Branchen haben. Der Wegfall der Energiepreisbremsen sowie die zusätzliche Streichung der Netzentgelte-Zuschüsse bedeuten massive Mehrbelastungen bei den Energiekosten in allen Gewerken.

Gerlach zu Ärzten mit ausländischer Ausbildung:

Anerkennungsverfahren beschleunigen

Pilotprojekt zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz gestartet Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Anerkennungsverfahren von Ärztinnen und Ärzten mit ausländischer Ausbildung beschleunigen. Deshalb wurde am 1. Januar ein entsprechendes Pilotprojekt gestartet. Gerlach betonte: „Bei unserem Pilotprojekt sollen die Möglichkeiten eines Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in den Anerkennungsverfahren ermittelt und erste technische Lösungen erarbeitet werden. Wir setzen wegen des Fachkräftemangels darauf, dass auf diese Weise die Anerkennungsverfahren beschleunigt werden und Ärztinnen und Ärzte mit ausländischer Ausbildung schneller bei uns arbeiten können.“

Gerlach erläuterte: „Die Anerkennungsverfahren sind notwendig, damit Ärztinnen und Ärzte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, in Deutschland die staatliche Berufszulassung erhalten können. Das ist wiederum Voraussetzung für die ärztliche Berufsausübung in Deutschland.“

„Im Gesundheitsbereich haben wir mit einem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Leider fehlen auch immer mehr Ärztinnen und Ärzte – vor allem in ländlichen Regionen. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen wir inländische Potenziale steigern, daneben aber auch vermehrt Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland gewinnen. Dafür brauchen wir auch eine zügige Durchführung der Anerkennungsverfahren durch die zuständigen Bezirksregierungen“, sagte die Ministerin.

„Im Jahr 2023 wurde bereits ein Verfahren zur Online-Antragstellung in Bayern eingerichtet. Nun sollen Möglichkeiten eines KI-Einsatzes ermittelt werden, die an den Online-Antrag anknüpfen können.“

Einen besonderen Nutzen des KI-Einsatzes erhofft man sich bei der Prüfung von eingereichten Unterlagen. KI könnte künftig beispielsweise prüfen, ob ein im Feld ‚Diplom‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Diplom und ein im Feld ‚Identitätsnachweis‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Nachweis über die Identität des Antragstellers ist.

Landarztquote und Landarztprämie

Die Ministerin ergänzte: „Klar ist: Um eine hochwertige medizinische Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir natürlich auch mehr inländische junge Medizinerinnen und Mediziner – und zwar dort, wo sie besonders gebraucht werden. Dafür setzt sich Bayern seit Jahren ein. Dabei sind das bayerische Stipendienprogramm, die Landarztquote und auch die Landarztprämie wichtige Instrumente.“

Informationen:

<https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/>

Weiteres Dringen auf ...

(Fortsetzung von Seite 1) vertrag festgeschrieben wurde. Bayern würde damit als erstes Land nach den jährlichen Kalkulationsberechnungen seine Investitionsverpflichtungen vollständig erfüllen können. Wir hoffen im Schulterschluss mit den Kommunen auf eine rasche Umsetzung!“

Erhöhung der Pauschalmittel

„Im ersten Schritt wäre für 2024 eine deutliche Erhöhung der Pauschalmittel aus unserer Sicht erforderlich, um den Kliniken schnell zu helfen“, erklärte Bischof. Zudem habe die Bayerische Staatsregierung im Koalitionsvertrag angekündigt, die Kliniken im ländlichen Raum mit 100 Mio. Euro für die Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen. „Diese Mittel werden notwendig sein, denn auch uns Klinik-Verantwortlichen ist klar: Die Dynamik der Konzentrationen wird weiter zunehmen.“

In vielen Regionen Bayerns habe man sich bereits auf den Weg gemacht, diesen Reformprozess mitzugestalten. Bischof nannte etwa die jüngst öffentlich gewordene strategische Partnerschaft des Klinikums Würzburg Mitte mit der Theresienklinik Würzburg, die angekündigte Fusion des LAKUMED Klinikums mit dem Klinikum Landshut sowie das Schweinfurter Modell. Auch die Fusionen der Barmherzigen Brüder mit dem Dritten Orden, der ökumenische Zusammenschluss der bei-

den christlichen Krankenhäuser in Nürnberg, dem katholischen St. Theresien- und des evangelischen Martha-Maria-Krankenhauses sowie der Zusammenschluss des Deutschen Herzzentrums München mit dem Uniklinikum Rechts der Isar zeigten, wie dynamisch die Veränderungen bereits sind.

Durch das Krankenhauszukunftsgesetz, die Erweiterung des Katalogs für das ambulante Operieren und die Einführung der Hybrid-DRGs hat die Bundespolitik laut Bischof bereits Impulse gesetzt, die in Bayern künftig konstruktiv umgesetzt werden. Die BKG werde dies direkt und auch über die Beratungstochtergesellschaft BIK aktiv begleiten. Gleichwohl ließen die im Entwurf des Krankenhaustransparenzgesetzes und im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen noch viele Fragen offen. Nun drohe ein „Survival of the fittest“, d.h.: „Nur jene Kliniken, die sich am besten an die neuen bürokratischen Regelungen des Gesetzgebers – seien sie nun sinnvoll oder nicht – anpassen können, sollen offenbar überleben dürfen.“

Klare, realistische und verlässliche Spielregeln

Wie die BKG-Vorsitzende betonte, würden sich Bayerns Kliniken einer großen Reform, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, nicht verweigern. Voraus-

setzung dafür seien aber „klare, realistische und verlässliche Spielregeln“. Bislang seien aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft die Auswirkungen der Reformpläne aber „völlig unklar und riskant“.

Drohende Pleitewelle

Bischof begrüßte es, dass die Bundesregierung einen Transformationsfonds angekündigt hat, um Geld für Kosten durch die geplante Krankenhausreform bereitzustellen. Doch es sei zu spät, wenn der Fonds, wie derzeit geplant, erst im Jahr 2025 eingerichtet werde, kritisierte die BKG-Vorsitzende.

Auch Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach forderte die Bundesregierung auf, sich nicht länger einem Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser zu verweigern. „Wenn die Bundesregierung nicht rasch hilft, droht eine Pleitewelle durch die Kliniklandschaft zu rollen, noch bevor die Krankenhausreform Wirkung entfalten kann. Das kann niemand wollen, der ernsthaft das Wohl der Patientinnen und Patienten im Sinn hat.“

Bayern hatte am 24. November zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative eingebracht, mit der ein Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser von fünf Milliarden Euro gefordert wird. Gerlach zufolge „geht es dabei vor allem um die durch Tarifabschlüsse gestiegenen Lohnkosten und um die Folgen der hohen Inflation – also um die Betriebskosten. Dafür ist der Bund zuständig und muss endlich handeln. Es darf

Rückgang der gesicherten Stromerzeugungsleistung:

Bayern muss im Winter viel Strom importieren

Kernkraft wurde nicht adäquat ersetzt

In der Jahresbetrachtung konnte sich Bayern jahrzehntelang selbst durch eigene Kraftwerke mit Strom versorgen. Dieser aus Sicht der Versorgungssicherheit komfortable Zustand ist aber bereits seit einigen Jahren Geschichte. Durch den nunmehr vollständig vollzogenen Ausstieg aus der Kernkraft zum 15.04.2023 ist die gesicherte Leistung, also die Stromerzeugungsleistung, die rund um die Uhr verlässlich zur Verfügung steht, signifikant zurückgegangen. Gerade in den Wintermonaten, wenn Strom überall ein begehrtes Gut ist, muss Bayern erhebliche Strommengen importieren.

„Neben dem zweifelsfrei erforderlichen weiteren Zubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, geht es in den nächsten Jahren daher vor allem darum, die Netzeinbindung Bayerns weiter zu verbessern und den in unserem Bundesland erzeugten Wind- und Photovoltaikstrom insbesondere über Wasserstoff (H2) langfristig zu speichern und bei Bedarf wieder zu verstromen. Hierfür braucht es auch neue H2-ready-Gaskraftwerke“, fasst Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW, die anstehenden Aufgaben in der Stromversorgung zusammen.

Installierte Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung

Vor allem aufgrund des sehr erfolgreichen Photovoltaikneubaus steigt die installierte Leistung bayerischer Stromerzeugungsanlagen seit Jahren deutlich auf zuletzt 35,8 GW Nennleistung an. Doch der überwiegende Teil dieser Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung, sondern ist wetter- und jahreszeitlich bedingten Schwankungen unterworfen oder fällt im Falle der Photovoltaik in der Nacht komplett aus. Einschließlich Sicherheitsabschlag können nur 90 Prozent der Nennleistung aus thermischen Kraftwerken

und 40 Prozent aus den Laufwasserkraftwerken zu jeder Zeit eingeplant werden. Windkraft- und PV-Anlagen leisten bei Dunkelflaute gar keinen Beitrag, also 0 Prozent. Pumpspeicherkraftwerke und Batterien stehen nur für kurze Zeit zur Deckung der Spitzenlast zur Verfügung.

Keine Verbesserung in Sicht

Im Saldo ist für Bayern in den nächsten Jahren mit keiner entscheidenden Verbesserung bei der gesicherten Leistung zu rechnen. Das Kohlekraftwerk bei Zolling mit 472 MW wird voraussichtlich 2025 stillgelegt. Die in 2023 fertiggestellten „besonderen netztechnischen Betriebsmittel“ (Gaskraftwerke) in Leipzig und in Vohburg stehen lediglich in absoluten Notfällen zur Verfügung. Es erhöht sich damit auch die Abhängigkeit vom Energieträger Erdgas bei der Stromerzeugung gerade zu Spitzenlastzeiten weiter.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien:

Auf historischem Höchststand

Im Berichtsjahr 2022 werden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 68 524 GWh Strom erzeugt. Das sind 14,5 Prozent weniger als im Jahr 2021. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern liegt in Bayern im Berichtsjahr 2022 bei 28.315 GWh und sinkt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 32,1 Prozent. Hingegen steigt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 4,7 Prozent auf 40 209 GWh.

Der Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien resultiert hauptsächlich aus einer höheren Stromerzeugung aus Windenergie (+12,3 Prozent auf 4 574 GWh) und besonders aus Photovoltaik (+17,9 Prozent auf 15 520 GWh). Die Wasserkraft verzeichnet in Bayern im Jahr 2022 hingegen witterungsbedingt einen Rückgang auf 10 420 GWh (-8,8 Prozent). Die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern und Biomasse zeigen sich mit 519 GWh (-1,4 Prozent) und 9 177 GWh (-0,5 Prozent) nahezu unverändert.

Insgesamt werden 2022 1 798 GWh Strom mehr aus erneuerbaren Energien produziert als im Vorjahr. Deren Anteil am bayerischen Stromerzeugungsmix erhöht sich 2022 somit auf 58,7

Prozent. Wie in den Vorjahren ist der erzeugungsstärkste erneuerbare Energieträger die Photovoltaik, die im Jahr 2022 auch die Kernenergie als bisher erzeugungsstärksten Energieträger bei der Stromerzeugung in Bayern ablöst.

Deutlicher Rückgang bei der Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern im Berichtsjahr 2022 insgesamt um 13 386 GWh ab. Ausschlaggebend ist hier die Abschaltung des letzten Blocks des Kernkraftwerks Gundremmingen am 31.12.2021. Die Stromerzeugung aus Kernenergie sinkt dadurch um 11.223 GWh auf 12.274

GWh im Jahr 2022. Die Zuspitzung der geopolitischen Lage mit dem Ukrainekrieg und die steigenden Energiepreise, besonders beim Erdgas, spiegeln sich auch in der Stromerzeugung wieder. So nimmt die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern im Vergleich zum Vorjahr um 2 638 GWh ab und beträgt 11 599 GWh im Jahr 2022 (-18,5 Prozent).

Die rückläufige Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas wird im Jahr 2022 nur zu einem geringen Teil durch andere konventionelle Energieträger kompensiert. Zwar steigt die Stromerzeugung aus Steinkohle (+10,4 Prozent), sonstigen konventionellen Energieträgern (+12,6 Prozent) und Heizöl (+27,4 Prozent) relativ betrachtet deutlich, insgesamt aber erhöht sich die Bruttostromerzeugung aus diesen Energieträgern nur um 476 GWh im Vergleich zum Vorjahr.

Bayerischer Strommix 2022

58,7 Prozent aus erneuerbaren, 41,3 Prozent aus konventionellen Energieträgern 41,3 Prozent der bayerischen Stromerzeugung basieren im Jahr 2022 auf konventionellen Energieträgern. Die Kernenergie hat einen Anteil von 17,9 Prozent am bayerischen Strommix. Im Jahr 2021 waren es noch 29,3 Prozent. Darauf folgt die Stromerzeugung aus Erdgas mit einem Anteil von 16,9 Prozent. Rund 6,5 Prozent sind Heizöl und sonstige, nicht erneuerbare Energieträger.

Rückgang der CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung zu erwarten

Nach Einschätzung der Experten für die Treibhausgasbilanzierung im Bayerischen Landesamt für Statistik dürften im Jahr 2022 die CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung tendenziell sinken, da die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern rückläufig ist. Die statistischen Daten und Auswertungen hierzu werden voraussichtlich im Frühjahr 2024 zur Verfügung stehen. Die steigende Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern wie Steinkohle, die CO2-intensiver sind, wird an diesem Trend nichts ändern.

Sparkassenakademie Bayern platziert 1.400 qm Photovoltaik auf ihren Gebäuden

Die Sparkassenakademie Bayern in Landshut hat eine Großanlage zur Eigenstromversorgung in Betrieb genommen. Die monokristallinen Photovoltaik-Module erstrecken sich über die großen Flächen der nach Osten, Westen und Süden ausgerichteten Satteldächer. In Summe wird die Solarstromanlage den CO2-Abdruck der Akademie und des integrierten Tagungszentrums ta.la künftig deutlich reduzieren.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßte den Bau der Großanlage: „Die Sparkassenakademie übernimmt damit eine Vorreiterrolle in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern. Sie zeigt eindrucksvoll, dass sie der Theorie auch die Praxis folgen lässt. So wie die Pädagogik der Akademie schon vor einigen Jahren Nachhaltigkeit als Kernthema in ihr Lehrangebot aufgenommen hat, so wichtig ist es allen Beteiligten auch, das Thema aktiv vorzuleben.“

Insgesamt sind derzeit 748 Photovoltaik-Module mit einer Modulleistung von insgesamt 291 kWp auf einer Fläche von

1.370 qm montiert. Sie decken ein Fünftel des internen Strombedarfs der Akademie und des Tagungszentrums ta.la.

Dr. Franz Inderst, Leiter der Sparkassenakademie, hob hervor, wie der ökologische Fortschritt auch ökonomischen Nutzen mit sich bringt: „Grüne Investitionen machen sich bezahlt - durch den besonders hohen Nutzungsgrad der Eigenstromversorgungsanlage wird sie sich innerhalb der kommenden 8 Jahre amortisieren. Mit ihrer Größe und einem Nutzungsgrad von fast 90 Prozent gehört die Anlage sicherlich zu den nachhaltigen Schmuckstücken im Landshuter Raum.“

Mit der Außerbetriebnahme des letzten bayerischen Kernkraftwerks Isar 2 am 15. April 2023 hat sich die Situation nochmal weiter verschärft, da die gesicherte Leistung in Bayern dann auf nur noch 9,9 GW (mit Reservkraftwerken aller Art und besonderen netztechnischen Betriebsmitteln) zurückgegangen ist. Bei maximaler Leistungsanspruchnahme durch die Stromverbraucher in Höhe von ca. 13,5 GW erfordert die Differenz im zunehmenden Maße Stromimporte.

Der Bedarf an gesicherter elektrischer Leistung im bayerischen Stromversorgungssystem wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Wollen von den derzeit vorhandenen über 8 Millionen Pkw etwa 500.000 Elektro-Pkw gleichzeitig mit den üblichen 11 kW Leistung laden, muss eine zusätzliche Stromerzeugungsleistung von 5,5 GW aus dem Netz bereitgestellt werden. Hinzu kommt noch der Bedarf für die immer häufiger zum Einsatz kommenden elektrischen Wärmepumpen. 500.000 neue Wärmepumpen, die mit angenommenen 2 kW gleichzeitig betrieben werden, erfordern weitere 1 GW an gesicherter Leistung.

Ungutes Gefühl

„Es macht kein gutes Gefühl, dass unser Bundesland gerade im Winter, wenn es überall knapp wird, in erheblichem Umfang auf Stromimporte angewiesen ist. Und wir sollten uns auch nicht allzeit darauf verlassen, dass in den Nachbarländern freie Kapazitäten zum Export vorhanden sind. Das ist aber noch nicht in allen Köpfen drin,“ resümiert Detlef Fischer.

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2023“

Seit mittlerweile 25 Jahren verleiht der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse jährlich einen Umweltpreis. Im Rahmen einer Feierstunde in Aichach erhielten Projekte der GP JOULE Wärme GmbH & Co. KG, Buttenwiesen und der Technischen Hochschule Augsburg die begehrte Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt“.

Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe

In der Gemeinde Mertingen im Landkreis Donau-Ries/Bayerisch Schwaben wird aktuell ein deutschlandweit einzigartiges Projekt in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von GP JOULE und der Gemeinde umgesetzt. Dabei wird das bereits bestehende Nahwärmenetz vor Ort um Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe erweitert, die mit lokal produziertem und erneuerbarem Strom aus den benachbarten PV-Anlagen betrieben wird. Dadurch kann der Strom als thermische Energie gespeichert werden und ohne größere Verluste ins örtliche Wärmenetz eingespeist werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Mertingen können somit von einer günstigen und 100 Prozent erneuerbaren Wärmeversorgung profitieren. Die Wertschöpfung bleibt im Ort, frei nach dem Motto: Aus der Region, für die Region.

Abwasserdruckleitungen sind ein essenzieller Bestandteil der Abwasserinfrastruktur. Sie werden eingesetzt, wenn drucklose Freispiegelkanäle beispielsweise aufgrund von Steigungen nicht möglich sind. Zum Schutz von Boden und Grundwasser müssen Abwasserdruckleitungen – genau wie Freispiegelkanäle –

dicht betrieben werden. So fordert es auch die Eigenüberwachungsverordnung. Bisher gab es jedoch nur Prüfverfahren für neue Druckleitungen, die mit hohen Drücken geprüft werden.

Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen

Um die Lücke zu schließen, entwickelte die TH Augsburg im Rahmen eines Forschungsvorhabens ein angepasstes Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen im Bestand. Dieses sog. HSA-Normalverfahren ist mittlerweile im Freistaat als Prüfverfahren zu verwenden. Gefördert wurde das Projekt durch das Bayerische Landesamt für Umwelt und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

„Die diesjährig ausgezeichneten Leitprojekte zeigen einmal mehr, dass wichtige Fortschritte in der Energiewende und im Gewässerschutz auf langjähriger Expertise, Know-how und dem Mut der Preisträger zur Veränderung aufbauen. Das trifft insbesondere auf GP JOULE zu, die sich vom Startup im Umwelt-Technologischen Gründerzentrum zum weltweit anerkannten Vorreiter der Energiewende entwickelt haben“, unterstrich KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky. DK

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk





Baubeginn SuedOstLink mit u.a. TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens (3.v.l.), Ministerpräsident Dr. Markus Söder (4.v.l.) und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Bild: TenneT

Am Konverterstandort ISAR bei Landshut:

Baustart von SuedOstLink

Nach umfangreicher Planungs- und Genehmigungsphase startet TenneT mit dem Bau der 780 Kilometer langen Gleichstromleitung SuedOstLink. Dank der Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns durch die Bundesnetzagentur kann der SuedOstLink bereits vor Planfeststellungsbeschluss in Bau gehen.

Mit einer feierlichen Veranstaltung am Konverterstandort in ISAR bei Landshut läuteten TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger sowie der Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus Dieter Janecek den Bau ein. In Anwesenheit von über 100 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft führten sie die ersten beiden Erdkabelsegmente des SuedOstLink in einer Muffe zusammen und signierten diese anschließend.

Meilenstein

„SuedOstLink ist ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zu einer sicheren, unabhängigen und kosteneffizienten Stromversorgung in Bayern“, sagt TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens anlässlich des Baustarts am Konverterstandort ISAR. „Damit wir ab 2027 in Betrieb gehen können, arbeiten wir auch im Bau mit Hochdruck weiter – aber immer mit dem Fokus auf die Sicherheit aller Beteiligten.“

Kraftwerkskapazitäten vonnöten

Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit im Freistaat ergänzt Meyerjürgens: „SuedOstLink wird künftig Millionen bayerische Haushalte sowie Industrie und Gewerbe mit grünem Strom aus Nord- und Ostdeutschland versorgen. Für die Klimaneutralität Bayerns bis 2040 wird das aber nicht ausreichen. Ergänzend benötigen wir dringend Kraftwerkskapazitäten im Süden sowie weiteren Ausbau auf Übertragungs- und Verteilnetzebene.“

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich die energiepolitische Lage in Deutschland und Europa grundlegend geändert. Erdgas ist nicht länger die sicher verfügbare Brückentechnologie. Die Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung und ohne Atomkraft braucht deshalb eine leistungsfähige Infrastruktur für den Transport erneuerbarer Energien. Grüner Wasserstoff spielt dabei eine Hauptrolle. Auch dafür brauchen wir im Süden möglichst durchgehend genügend Strom. Ebenso nimmt der PV-Ausbau im Freistaat rasant zu. Über die neue Trasse kann Bayern diesen grü-

nen Strom für andere Regionen in Deutschland bereitstellen und auch zusätzliche Leistung beziehen. Für die Energiewende brauchen wir auch dringend mehr Gaskraftwerke im Süden die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden können. Dazu ist ein schneller Anschluss Bayerns an das nationale und europäische Wasserstoffnetz notwendig.“

Dieter Janecek, Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus: „Nun beginnt auch in Bayern der Bau des so wichtigen SuedOstLinks. Ich bedanke mich für das Engagement und das erfolgreiche Zusammenwirken des Vorhabenträgers TenneT, der Bundesnetzagentur und der Entscheidungsträger und Betroffenen vor Ort. Wir kommen schrittweise voran in der Klimaneutralität des Stromsektors! In den nächsten zwei Jahrzehnten brauchen wir Tausende weitere Netzkilometer. Sie müssen zügig geplant, genehmigt und gebaut werden. Um die ambitionierten Zeitpläne einzuhalten, ist es wichtig, dass alle am Netzausbau Beteiligten an einem Strang ziehen.“

Podiumsgespräch

Im Nachgang zum feierlichen Baustart erörterten Politik-, Behörden- und Wirtschaftsvertreter auf einem Podiumsgespräch was es über den SuedOstLink hinaus braucht, um eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung für den Industriestandort Bayern sicherzustellen. Neben Tim Meyerjürgens saßen Matthias Otte, Abteilungsleiter Netzausbau der BNetzA, Christine Völzow, Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Tim Holt, Mitglied des Vorstands Siemens Energy, sowie Stefan Kapferer CEO von 50Hertz auf dem Podium. Alle waren sich einig, dass der Netzausbau beschleunigt und mit einem parallelen Ausbau des Wasserstoffnetzes einhergehen muss.

SuedOstLink wird insgesamt 4 Gigawatt (GW) Strom aus dem Norden Deutschlands über mehr als 750 Kilometer Länge in den Süden zum Netzknotenpunkt Isar bei Landshut transportieren. Der Konverter am Standort ISAR, der von Siemens Energy schlüsselfertig an TenneT übergeben wird, wandelt den transportierten Gleichstrom in Wechselstrom um. Von dort aus wird der Strom weiter an die Haushalte

und Industrie verteilt. Die innovativen 525-Kilovolt-Erdkabel stellt der Weltmarktführer Prysmian her. Bereits 2024 werden die Planfeststellungsbeschlüsse für die bayerischen Planungsabschnitte erwartet, so dass im kommenden Jahr der regelhafte Bau entlang des gesamten Leitungsverlaufs beginnen wird. Ab 2027 wird das Vorhaben 5 des SuedOstLink die ersten 2 GW Windstrom aus Nord- und Ostdeutschland nach Bayern transportieren. 2030 geht das zweite SuedOstLink Vorhaben 5a mit weiteren 2 GW in Betrieb. □

Initiative Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“:

Neuer Schwung

Viele Gemeinden wollen die Energiewende mitgestalten und sind bereits auf der Suche nach geeigneten Flächen für die Windkraft. 432 bayerische Bürgermeister haben dies mit einem Bürgermeisterappell an die Staatsregierung zum Ausdruck gebracht (siehe GZ-Bericht 17/2023). Laut Mitinitiator Helmut Krämer, Alt-Bürgermeister Markt Heiligenstadt i. Of., hat die Initiative im vergangenen Jahr bereits viel erreicht: „Wir haben den Schulterschluss mit dem Gemeindegremium und Städtetag geschafft. Auch Verbände und sonstige Institutionen sehen unsere Aktion sehr positiv. So hat auch der Bayerische Bauernverband unseren Aufruf genutzt, um an seine Mitglieder zu appellieren.“

Im Anschluss an die Unterschriftenübergabe im August an Ministerpräsident Dr. Markus Söder fand Mitte September ein Fachgespräch in der Bayerischen Staatskanzlei in München statt. An diesem Termin nahmen neben den Initiatoren des Appells alle Regierungspräsidenten, die Amtschefin der Staatskanzlei mit ihrem Leitungsstab sowie Repräsentanten der Bayerischen Staatsforsten, des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindegremiums teil. Gegenstand des Treffens war die Beratung über konkrete Verbesserungen für die kommunale Energiewende und den schnellen Ausbau erneuerbarer Heimatenenergien. Zudem schrieb das Bündnis während der Koalitionsverhandlungen Vertreter der Regierungsparteien an, um auf sein Anliegen hinzuweisen. Außerdem fand ein Fachtreffen bei den Bayerischen Staatsforsten in Regensburg statt. „Um uns künftig noch effektiver abstimmen zu können, konnten wir gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindegremium die Arbeitsgruppe Energie ins Leben rufen“, erklärt Krämer.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen und Handlungsanweisungen habe die Energiewende neuen Schwung bekommen, betont der Altbürgermeister, versteht aber auch darauf, dass für deren Gelingen der massive Ausbau der Windkraft entscheidend sei. 2024 werde die Ausweisung von Windvorranggebieten durch die Regionalen Planungsverbände Fahrt aufnehmen, um die festgelegten Flächenziele zu erreichen. Bei der Ausweisung der Windgebiete sei die Unterstützung aller

Kapital für die Energiewende

Strategiepapier von VKU, BDEW, Deutscher Kreditwirtschaft und Deloitte

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt und der Investitionsbedarf immens: Um die ambitionierten Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2030 zu erreichen, sind Investitionen im Energiesektor von geschätzt 600 Milliarden Euro erforderlich. Bis 2045 wird der Bedarf sogar auf mindestens eine Billion Euro anwachsen. Der Großteil dieser Summe wird von der Energiewirtschaft aufgebracht – eine enorme Herausforderung, die die Finanzierungsmöglichkeiten der Branche nach eigenem Bekunden an ihre Grenzen bringt. Nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds rückte die Finanzierungsfrage zunehmend in den Mittelpunkt.

Vor diesem Hintergrund haben der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und Deloitte mit Unterstützung der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) das Positionspapier „Kapital für die Energiewende“ erarbeitet. Es skizziert konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung und Optimierung der Finanzierung der Energiewende sowie zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Dabei richtet es sich an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft und will einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Attraktive Energiewende-Projekte ermöglichen

Laut Strategiepapier muss künftig insbesondere auch privates Kapital für die Energiewende mobilisiert und die Finanzierung noch stärker auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Energiepolitik sei es daher, einen effizienten Investitionsrahmen zu schaffen, der wirtschaftlich attrak-

tive Energiewendeprojekte ermöglicht. Entscheidend seien die richtige Balance und ein Mix aus verschiedenen Instrumenten, die zusammenwirken und sich verstärken.

Zu den konkreten Handlungsfeldern zählten etwa gezielte Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Unternehmen, die Energiewendeprojekte stemmen und umsetzen. Dazu klare und signifikante steuerliche Investitionsanreize zur Stärkung der „Innenfinanzierungskraft“. Konkrete Möglichkeiten hierzu seien bereits benannt (beispielsweise „Superabschreibungen“ oder steuerbegünstigte Kapitalerträge aus Anleihen zur Finanzierung der Energiewende).

Lösungsansätze

Hinzu komme die Anpassung des regulatorischen Rahmens mit dem Ziel, die Finanzierung deutlich zu erleichtern. Für alle Energiewende-Investitionen sollten die Eigenkapitalvorgaben für Infrastrukturprojekte erleichtert werden. „Ein weiterer pragmatischer Lösungsansatz wäre hier etwa, be-

reits etablierte (Taxonomie-)Kennziffern auch auf noch nicht erfasste Unternehmen auszuweiten und anzuwenden“, heißt es.

„Mit Nachdruck Energiewende-Fonds auflagen, um staatliche Beteiligungsinvestitionen kombiniert mit Geldern aus der Privatwirtschaft oder von privaten Investoren zu ermöglichen und zu fördern“, lautet ein weiterer Vorschlag. Auch wird zu einer gezielten Förderung von Bürgerbeteiligung an Energiewendeprojekten geraten.

Neben einem konsequenten Bürokratieabbau etwa durch Übernahme standardisierter Nachhaltigkeits-Definitionen und –Kriterien (ESG) sollen zudem ein einfacherer Zugang zu Fördergeldern und ein stärkeres Engagement der Förderbanken ermöglicht werden. Auch gelte es, kreditfinanzierte Energiewende-Investitionen durch Garantien von Bund und Ländern bestmöglich absichern. Gleichzeitig werde für ein gutes Investitionsklima die breite Unterstützung und Beteiligung von Politik und Gesellschaft benötigt, um die Akzeptanz zu stärken und das Tempo der Energiewende weiter zu beschleunigen.

Beitrag der Stadtwerke

Nach Auffassung von VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing „wollen Deutschlands Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Dazu müssen sie ihr jährliches Investitionsvolumen um das Vier- bis Fünffache steigern. Neben verlässlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen und attraktiven Renditen für Investoren braucht es daneben flankierende Maßnahmen wie Energiewende-Fonds und weniger Papierkram. Energiewendeprojekte wie der Fernwärmeausbau sind Infrastrukturprojekte: Bevor überhaupt der erste Bagger bestellt ist und gebaggert wird, muss die Finanzierung stehen.“

Laut Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, „brauchen wir einen Investitions-Turbo, der die Erneuerbaren, den Netzausbau und die Wasserstoffwirtschaft anschiebt und für mehr Wertschöpfung in Deutschland sorgt. Der plötzliche Wegfall von 60 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht den Handlungsbedarf noch dringlicher: Wir können uns bei der Finanzierung der Energiewende nicht auf öffentliche Mittel verlassen. Mehr denn je gilt es, privates Kapital für die Energiewendeprojekte zu gewinnen.“

Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen

Wie Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und diesjährige Federführerin der Deutschen Kreditwirtschaft erläuterte, „geht es bei der Frage, ob wir die gesetzten Ziele bei der Energiewende erreichen können, auch maßgeblich darum, inwieweit Banken und Sparkassen noch stärker Kredite vergeben können. Dies hängt ganz wesentlich von den gesetzlichen Vorgaben ab, die Kreditinstitute zwingend anzuwenden haben. Deshalb sollte der Gesetzgeber dringend prüfen, inwieweit Erleichterungen ermöglichen kann, anstatt die Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen durch zusätzliche Kapitalpuffer weiter einzuengen.“ DK

die neuen EU-Vorgaben (RED III) könnte auch die Ausweisung bestimmter Windkraft-Vorranggebiete forciert werden. DK

Mehr Biogas ins Netz!

schwaben netz und Hof Burgösch arbeiten für Klimaschutz zusammen
Biogas-Einspeiseanlage und Verbindungsleitung zum Gasnetz Bad Wörishofen fertiggestellt

René Schoof, Geschäftsführer schwaben netz, betont: „Unsere Energiezukunft ist klimaneutral. Biogas hat das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen und damit zur Energiewende zu leisten.“ schwaben netz ist die 100-prozentige Tochter von energie schwaben.

schwaben netz arbeitet eng mit Hermann Specht und seinem Landwirtschaftsbetrieb Hof Burgösch für klimaschonende Energieversorgung zusammen. Nach der 5,6 Kilometer langen Verbindungsleitung vom Hof zum Gasverteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen ist jetzt auch die Biogas-Einspeiseanlage

auf Burgösch fertig geworden.

Hochwertiges Biogas aus Mist und Gülle

„In unserem Betrieb erzeugen wir aus dem Mist und der Gülle von unseren Tieren hochwertiges Biogas, das ohne speziellen Anbau von nachwach-

senden Rohstoffen wie zum Beispiel Mais erzeugt wird“, erklärt Specht.

Der Hof Burgösch von Hermann Specht verfügt über eine Biogasanlage und bald auch über eine neue Einspeiseanlage. Mit dem in der Rinderhaltung anfallenden Biogas wird zurzeit bereits Strom für den eigenen Betrieb erzeugt. Demnächst wird das Biogas direkt auf dem Hof aufbereitet und ins Netz eingespeist – im April 2024 soll auch die Aufbereitungsanlage fertig sein.

Biogasbranche verspricht günstigere Leistung als Wasserstoff und LNG

Die nationale und internationale Biogasbranche traf sich in Nürnberg auf der BIOGAS Convention & Trade Fair zur größten reinen Biogas-Veranstaltung der Welt. Rund 250 Aussteller präsentieren ihre Produkte und Dienstleistungen.

„Wir können mit unseren Anlagen einen wesentlichen Teil der von der Bundesregierung in der Kraftwerksstrategie vorgesehenen gesicherten Leistung liefern – und zwar schneller und zu günstigeren Preisen als die mit LNG oder Wasserstoff betriebenen Großkraftwerke“, versicherte Horst Seide, Präsident des Fachverband Biogas e.V., im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair. Diese Leistung müsse nur bestellt werden. „Wenn keine Bestellung eingeht, werde das Gegenteil geschehen und viele Betreiber, die demnächst nach 20 Jahren auf dem EEG fallen, werden ihre gut funktionierenden Anlagen stilllegen und keine neuen dazukommen“, warnt Seide.

Wie konkret diese Gefahr ist, haben die Ergebnisse der neuesten Biomasseausschreibung gezeigt: Nur 270 der 892 Gebote haben einen Zuschlag bekommen. Das heißt im Umkehrschluss, dass über 600 Betreiber keine Anschlussregelung für ihre Anlagen haben. Und dass, obwohl die Nachfrage nach klimafreundlicher, heimischer und preiswer-

ter Energie aus Biogas steigt – sowohl im Stromsektor als auch bei der Wärme und der Mobilität. „Statt Perspektiven zu schaffen, werden uns immer neue Steine in den Weg gelegt“, beklagt Seide – auch mit Blick auf fehlende politische Unterstützung für seine Branche.

Besonders unverständlich ist für den Verbandspräsidenten dabei die Diskrepanz zwischen dem europäischen und dem deutschen Weg. Während die Europäische Union mit ihrem RePowerEU-Plan eine Verdoppelung der Biogasproduktion bis 2030 anstrebt – von heute 18 auf 35 Mrd. Kubikmeter – stagniert hierzulande der Ausbau. Ausgerechnet im Mutterland der Biogasnutzung.

Biogas „Made in Germany“ weltweit gefragt

Aktuell ist Deutschland mit knapp 50 Prozent der größte Biogas-Produzent innerhalb der EU. Doch der Anteil sinkt kontinuierlich, da in vielen anderen EU-Ländern ein reger Anlagenzuzubau stattfindet. Dabei ist Bio-

gas „Made in Germany“ weltweit gefragt. Erst letzten Monat kam es auf Anfrage des indischen Minister of Petroleum & Natural Gas zu einem Round Table Gespräch zwischen der Minister-Delegation, dem Fachverband Biogas und Vertretern deutscher Biogasfirmen – inklusive Einladung zu einer Delegiertenreise nach Indien.

„Flexibilitätsoption“

Die Bedeutung von Biogas für den Strommarkt betonte auch Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), im Rahmen der Pressekonferenz: „Das speicherbare Biogas ist für die sichere Energieversorgung auf Basis heimischer Erneuerbarer Energien als Flexibilitätsoption unerlässlich.“ Das habe der BEE schon vor zwei Jahren in seiner Strommarktdesign-Studie gezeigt und damit eine neue moderne Rolle für die Bioenergie gefordert. Statt teure Wasserstoff-ready-Großkraftwerke mit ungewisser Zukunft und Wirtschaftlichkeit zu errichten, könnten Biogasanlagen schon heute systemdienliche Leistung oder Wärme bereitstellen, je nachdem, was benötigt werde. „Großkraftwerke sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kaum noch leistbar, steuerbares Biogas schon. Deshalb ist die Kraftwerksstrategie jetzt in eine Flexibilitätsstrategie umzuwandeln“, stellte Peter fest

Bundesweiter Gipfel gefordert

Theoretisch ist dieses Biogas-Potenzial vielen Politikern bekannt. Das haben nicht zuletzt die vom Fachverband initiierten Biogas-Gipfel auf Länderebene in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gezeigt. „Leider fehlen den guten Worten oft konkrete Taten“, bemängelte der Vize-Präsident des Fachverbandes Biogas, Christoph Spurk. Er forderte einen bundesweiten Biogas-Gipfel auf Initiative des Wirtschaftsministeriums.

Im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair erläuterte Horst Seide nochmal das große Potenzial von Biogas: „Wenn heute Bedarf an flexiblem Strom besteht, dann erzeugen wir diesen. Wenn Wärme gebraucht wird, können wir sie liefern. Wenn der Fokus auf klimafreundlichem Verkehr liegt, steht Biogas als Biomethan bereit. Wir sind flexibel – wir brauchen nur das klare Signal, das wir weiter machen sollen und dürfen.“

Kurz vor Weihnachten formulierte der Verbandspräsident abschließend seine drei größten Wünsche: ein klares Bekenntnis für Biogas aus Berlin, eine kluge und nachhaltige Planung der anstehenden Biomasse-Strategie und den Abbau der Bürokratie in der Biogasbranche. □

Maßgeschneiderte Lösungen für die klimaneutrale Energiezukunft

Als klimaschonendes Biomethan aus erneuerbaren Quellen speist schwaben netz das Gas anschließend direkt in das bestehende Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen ein. „Die Energiewende braucht klimaneutrale Gase. In unserer Region, die traditionell landwirtschaftlich geprägt ist, kann das vor allem auch Biogas sein. Mit schwaben netz arbeiten wir an maßgeschneiderten Lösungen für die Zukunft“, bestätigt Peter Humboldt, Werkleiter Stadtwerke Bad Wörishofen.

Biogas entsteht durch die Vergärung von Biomasse – auf Burgösch ist das Mist und Gülle. Das hierbei gewonnene Biogas ist nahezu klimaneutral und kann ins bestehende Gasnetz eingespeist werden.

Bau von Anlage und Netz

schwaben netz hat eine 5,6 Kilometer lange Verbindungsleitung zwischen der Einspeiseanlage bis hin zum Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen. Aufgrund der freien Fläche konnte hierbei auf ein umweltschonendes Verlegeverfahren mit Pflug zurückgegriffen werden.

Ab Frühjahr 2024 soll das Biogas nach insgesamt zwei Jahren Bauzeit von Leitungen, Einspeise- und Aufbereitungsanlage ins Verteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen eingespeist werden. Mehr als 9.000 Tonnen CO₂ werden dadurch eingespart. Rund drei Millionen Euro investiert Hermann Specht für die Aufbereitungsanlage, weitere drei Millionen investiert schwaben netz für Einspeisung und Anbindung ans Gasnetz. □



V.l.: Hermann und Susanne Specht, Hof Burgösch, Robert Böck, Kaufmännischer Leiter Stadtwerke Bad Wörishofen, Monika Forstner, Netzplanung schwaben netz, René Schoof, Technischer Geschäftsführer schwaben netz, und Iris Spielmann, 2. Bürgermeisterin Baisweil.

Bild: schwaben netz

Windenergie im Wald

Neue C.A.R.M.E.N.-Seite zu Tipps aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung

Windenergieanlagen können wertvolle Beiträge für den Klimaschutz und die heimische Energieversorgung leisten. Neben dem Offenland gibt es auch im Wald zahlreiche geeignete Standorte. Denn Windenergieanlagen können hier fernab von Siedlungsräumen errichtet und gut in die Landschaft integriert werden. Zusätzlich besitzen insbesondere Hügel oder Höhenzüge aufgrund höherer Windgeschwindigkeiten vielfach ein sehr gutes Standortpotenzial. Mit Windrädern kann somit auf sehr kleiner Fläche sehr viel Strom erzeugt werden.

Aber wie kann die Windenergie im Wald möglichst schonend und verträglich für Wald, Mensch und Natur umgesetzt werden? C.A.R.M.E.N. e.V. hat in Zusammenarbeit mit Planungsbüros und Waldbesitzenden Tipps und Anregungen aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung solcher Projekte gesammelt. Mitinitiator war das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Auf Basis der Experteninterviews wurde eine Reihe von Ansatzpunkten zusammenge-

stellt, wie Windräder im Wald mit möglichst geringen Zielkonflikten und wenn möglich sogar mit Synergieeffekten umgesetzt werden können – von der geschickten Standortwahl über innovative Technik bis zur Gestaltung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Vieles davon kann je nach Einzelfall insbesondere in der Frühphase zur Verbesserung der Planung und Förderung der Akzeptanz beitragen.

<https://www.carmen-ev.de/service/forschungsprojekte/wind-im-wald-best-practice-beispiele/>

Dringlichkeitsantrag der Landtags-Grünen zum Geothermie-Ausbau:

CSU-Fraktion sieht Bund in der Pflicht

In einem Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben – Sofortprogramm Geothermie umsetzen“ haben die Grünen im Bayerischen Landtag die Staatsregierung aufgefordert, den zum Erliegen gekommenen Geothermieausbau in Bayern wieder aus seinem Tiefschlaf zu wecken.

Dazu sollen neben einem Kreditprogramm für Kommunen eine Ausfallbürgschaft bei Tiefenbohrungen, eine landesweite Seismik-Kampagne und die Beiseitigung genehmigungstechnischer Hürden beitragen. Würden alle geothermischen Potenziale sowohl in geringer als auch größerer Tiefe genutzt, könnten diese laut Berechnung der Grünen bis zu 75 Prozent des Wärmebedarfs im Freistaat decken. „Genutzt werden aktuell aber nur jämmerliche 0,5 Prozent dieses Potenzials“, kritisiert Martin Stümpfig, Grünen-Sprecher für Energie.

Die CSU-Fraktion, vertreten von deren energiepolitischen Sprecherin Kerstin Schreyer, weist den Dringlichkeitsantrag mit Blick nach Berlin ab. Um die Geothermie in Bayern schnell weiter ausbauen zu können, müsse die Ampel im Bund die sogenannte Fündigkeitsrisikoversicherung schnell umsetzen und die Bundesförderung effizienter Wärmenetze (BEW) unverzüglich wieder aufnehmen. Nach Ansicht der Fraktion kann der Freistaat ohne diese Maß-

nahmen des Bundes keine zielgerichtete eigene Geothermieförderung aufsetzen und voranbringen.

Kerstin Schreyer zufolge „blockiert die Ampel im Bund den Ausbau der wichtigen Geothermie und macht ihre Hausaufgaben nicht. Dass die Grünen im Landtag jetzt ein bayrisches Sofortprogramm zur Geothermie fordern, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ein bayrisches Programm baut auf den Bundesprogrammen auf. Daher muss die Ampel jetzt liefern.“

Laut Parteikollege Martin Mittag, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, „ist Bayern führend beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei Geothermie sogar mit weitem Abstand vor den anderen Bundesländern. Hier brauchen wir sicher keine Belehrungen der Grünen.“ Die Grünen sollten für bezahlbare und sichere Energie sorgen. „Aktuell machen sie hier genau das Gegenteil, was das Energiepreis-Chaos und das ideologische Abschalten der Atomkraftwerke zeigen.“ DK



Biomasse-Heizkraftwerk und Fernwärmenetz Dillingen

Wärme und Strom aus heimischen Waldhackschnitzeln

energie schwaben

Sieben Spulen für ein stabileres Stromnetz

Ende November hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) die letzte von insgesamt sieben Spulen zur Stabilisierung des Stromnetzes in Betrieb genommen. Sie ist im Umspannwerk Etzenricht verbaut. Das Spezialgerät kompensiert Blindleistung im Hochspannungsnetz und sorgt so für eine sichere Stromversorgung. Mit der Inbetriebnahme der siebten Spule schließt das Bayernwerk ein Ausbau-Programm ab, in dem es Spulen in den Umspannwerken Etzenricht, Pleinting, Janahof, Schweinfurt, Redwitz, Oberbachern und Neufinsing errichtet hat. Die Kosten für ein Gerät liegen bei rund vier Millionen Euro.

Mit einem Gewicht von rund 180 Tonnen ist die Spule etwa so schwer wie 30 Elefanten und groß wie ein Eisenbahnwagen. Im Umspannwerk in Etzenricht ist der Technik-Riese nun mit dem Stromnetz verbunden worden und leistet fortan seinen Dienst. Die Spule reduziert Blindleistung, die bei der Übertragung von elektrischem Strom automatisch im Netz entsteht. Im Gegensatz zur Wirkleistung, die beim Verbraucher ankommt, kann Blindleistung aber nicht für die Stromversorgung genutzt werden. Vielmehr ist sie für den Spannungsaufbau des Stromnetzes wichtig.

Blindleistung: Das richtige Maß ist entscheidend

Damit Strom durch das Netz fließen kann, müssen die Leitungen unter Spannung stehen. Die Energie, die für den Aufbau

dieser Spannung zuständig ist, wird Blindleistung genannt. Jan Böhringer, der zuständige Projektleiter der Bayernwerk Netz GmbH, erklärt, dass für ein stabiles Stromnetz das richtige Maß an Blindleistung entscheidend ist: „Wir brauchen Blindleistung, damit die Spannung im Netz stabil bleibt. Aber wenn zu viel davon entsteht, behindert sie die Übertragung des Stroms, den wir als Wirkleistung an die Verbraucher verteilen wollen. Hier hilft uns die Kompensations-Spule, indem sie die Menge der Blindleistung im Netz reguliert.“

Anforderungen der Energiewende

Mit dem Umbau des Verteilnetzes im Zuge der Energiewende und wachsender dezentraler Stromerzeugung nimmt die Blindleistung immer weiter zu.

Wasserstoff-Innovationsprojekt abgeschlossen:

DVGW und Avacon ziehen positive Bilanz

Die im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes von Avacon und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) initiierte Beimischung von Wasserstoff in ein existierendes Gasverteilnetz in Sachsen-Anhalt ist erfolgreich abgeschlossen worden. Über einen Zeitraum von zwei Heizperioden wurden dem Erdgas stufenweise bis zu 20 Prozent Wasserstoff zugefügt. An den etwa 350 angeschlossenen Haushaltsgeräten wurde die Geräteeinstellung nicht verändert.

„Wir können mit Stolz sagen, dass wir das Projekt sehr erfolgreich abgeschlossen haben“, sagte Frank Schwermer, Geschäftsführer der Avacon Netz GmbH. „Mit unserem Gemeinschaftsprojekt haben wir den Nachweis erbracht, dass ohne Veränderungen an den Kundengeräten 20 Prozent Wasserstoff in bestehende Gasnetze eingespeist werden können“, erläutert er. Der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke erklärt: „Unser Gemeinschaftsprojekt hat eindrücklich bewiesen, dass der rasche Aufnahme erheblicher Wasserstoffmengen über die bestehende Gasinfrastruktur ebenso wie dem Be-

trieb von angeschlossenen Geräten Tür und Tor offenstehen. Die Einspeisung von Wasserstoff lässt sich somit im großen Maßstab skalieren, und Geräte im Bestand können en bloc auf Wasserstoff umgestellt werden.“ Er betont: „Dieses Ergebnis markiert einen Meilenstein in Richtung einer zügigen, technisch sicheren Wasserstoff-Transformation.“

Rechtssicherheit für Netzbetreiber

Das Projekt hat zudem grundlegende physikalische Erkenntnisse zur Ähnlichkeit von Erdgas und Wasserstoff erbracht. Sie fließen

Zwei Solarparks in Altdorf-Rieden fertiggestellt

Gemeinsam für die regionale Energiewende: In Altdorf bei Nürnberg, Stadtteil Rieden, sind zwei neue Solarparks mit einer Gesamtleistung von rund 21 Megawatt peak (MWp) entstanden. Bürgermeister Martin Tabor und Maik Render, Vorstandssprecher der N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg, haben das Projekt nahe der Autobahn A6 vorgestellt.

„Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, dass weitere erneuerbare Erzeugungsanlagen auch in das Stromnetz einspeisen können, so wie es bei diesen Solarparks der Fall ist“, betont Vorstand Maik Render. „Die N-ERGIE ist als kommunales Unternehmen ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden und damit der Menschen vor Ort.“

Sonnenstrom für rund 6.600 Haushalte

Nördlich des Altdorfer Stadtteils Rieden werden auf zwei Flächen mit insgesamt rund 21 Hektar voraussichtlich pro Jahr

rund 23 Millionen Kilowattstunden Ökostrom erzeugt. Dies entspricht dem Strombedarf von rund 6.600 Haushalten. Die N-ERGIE legt auch bei diesem Projekt einen besonderen Fokus auf Ökologie und Artenschutz. Der Solarpark ist naturbelassen angelegt, mit Blühstreifen und Strauchreihen entlang der Fläche. Darüber hinaus können Käfer, Insekten, Vögel und Kleintiere in Stein- und Totholzhaufen ein Zuhause finden.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich an den Anlagen beteiligen. Das Angebot N-ERGIE Bürgersolar richtet sich vorrangig an die Bewohner von Altdorf inklusive aller Stadtteile. □

Einer der Gründe ist auch ein steigender Anteil von Erdkabeln im Verteilnetz, die immer häufiger genutzt werden, um in die Jahre gekommene Freileitungen zu ersetzen. Bei Erdkabeln entsteht physikalisch bedingt jedoch mehr Blindleistung als bei Freileitungen. Für die zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energie baut das Bayernwerk das Stromnetz aus und ersetzt immer mehr Freileitungen im Mittelspannungsnetz durch leistungsfähigere Erdkabel. Der Verteilnetzbetreiber hat 2019 begonnen, Spulen zur Blindleistungskompensation im gesamten Netzgebiet verteilt aufzustellen. „Für die Einspeisung erneuerbarer Energie in allen Regionen Bayerns bauen wir nicht nur unser Netz aus, wir reagieren mit den neuen Spulen auch auf die veränderten Anforderungen, die die Energiewende an unser Netz stellt“, sagt Joachim Kabs, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH. Immer mehr Strom wird heute dezentral erzeugt, in vielen kleinen Anlagen, anstatt in großen Kraftwerken. Bisher wurde der Ausgleich von Blindleistung erzeugungsnah im Übertragungsnetz erledigt, das an große Kraftwerke anschließt. Mit der Energiewende verlagert sich nicht

nur die Stromerzeugung zunehmend in viele kleine Anlagen, sondern auch die Aufgabe der Blindleistungs-Kompensation zu den Verteilnetzbetreibern.

Sieben Spulen für die Versorgungssicherheit

In den vergangenen Jahren hat die Bayernwerk Netz mehrere Blindleistungs-Kompensationsspulen an den Umspannwerkstandorten Pleinting im Landkreis Passau, Janahof im Landkreis Cham, Schweinfurt, Redwitz im Landkreis Lichtenfels, Oberbachern im Landkreis Dachau und Neufinsing im Landkreis Erding errichtet. „Wir investieren mit den neuen Geräten in die Versorgungssicherheit und stellen sicher, dass sich die Menschen in unserem Netzgebiet weiterhin darauf verlassen können, dass jederzeit zuverlässig Strom aus der Steckdose kommt“, betont Joachim Kabs. Insgesamt hat das Bayernwerk für die sieben Spulen eine Summe von rund 28 Millionen Euro aufgewendet.

Gebündelte Lösung für regionale Netzbetreiber

Das Bayernwerk betreibt die Spulen nicht allein für sich. Viele angeschlossene Kunden und Weiterverteiler beteiligen sich an den Spulen und nutzen diese nun gemeinsam mit dem Bayernwerk. So kompensiert die Spule in Etzenricht die Blindleistung im Netz des Bayernwerks und in den Netzen von vier angeschlossenen Kunden, die die Region mit Strom versorgen. In ihrem Auftrag kümmert sich das Bayernwerk als Dienstleister um den Betrieb, Service und um die Instandhaltung der Geräte. „Durch vermeiden wir, dass jeder lokale Netzbetreiber selbst in seinem Gebiet eigene Lösungen entwickeln muss. Wir bündeln den Kompensationsbedarf und gehen diese Herausforderung miteinander viel effizienter an“, erläutert Joachim Kabs. Über die zentrale Leitstelle ermöglicht das Bayernwerk eine schnelle, effektive und sichere Steuerung. □

das ausgewählte Netzgebiet eine breite Gerätetechnik ab: Im Projektgebiet waren 352 Geräte von 30 Herstellern verbaut. Lediglich fünf Geräte wurden vor dem Start der Beimischung auf Wunsch der Hersteller getauscht. Bei der Laboruntersuchung der ausgebauten Geräte wurden jedoch keine sicherheitsrelevanten Mängel festgestellt, so dass auch diese im Netz hätten verbleiben können.

Deutliche Einsparungen

Zwischen allen Beimischphasen erfolgten Stichproben, die durchweg positiv waren. Zudem wiesen alle Geräte während der Beimischphasen weniger Kohlendioxid-Emissionen und auch weniger Kohlenstoff und Stickstoffoxide auf. So werden bei einem Gasgemisch von 20 Prozent Wasserstoff sieben Prozent CO₂ eingespart. Durch die Modernisierung eines Heizgerätes mit Brennwertechnik ist eine Reduktion von etwa 17 Prozent CO₂ möglich. Berücksichtigt man beide Faktoren, sind mit 23 Prozent fast ein Viertel an CO₂-Einsparungen möglich.

„Besonders stolz macht uns die Tatsache, dass alle betroffenen Haushalte im Untersuchungsgebiet am Projekt teilgenommen haben und wir bei einer abschließenden Kundenumfrage sehr gute Umfrageergebnisse erhielten“, freut sich Frank Schwermer. So befürworten nach Abschluss des Projektes mehr als 90 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Einsatz von Wasserstoff im Gasnetz oder haben ihre Vorbehalte abgebaut. □



Projektleiter Jan Böhringer freut sich, dass die Spule im Umspannwerk Etzenricht ans Netz gegangen ist. Im Container verbirgt sich Technik, die für die Versorgungssicherheit entscheidend ist.

Bild: Johanna Härtl, Bayernwerk Netz GmbH



Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler (l.), hat sich mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, zur Wärmewende ausgetauscht.

Bild: Markus Erdt

Bürgerbeauftragter MdL Wolfgang Fackler fordert:

Kühler Kopf bei der Wärmewende – mit dem Bürger und mit Augenmaß

Kaum eine politische Richtungsentscheidung hat in den vergangenen Jahren zu einer derartigen Verunsicherung der Bürger geführt wie die von der Bundesregierung eingeleitete Wärmewende. Denn die Bürger wollen wissen, kommt ein Wärmenetz oder wird das Gasnetz dekarbonisiert oder müssen sie sich selbst um die Umrüstung kümmern?

„Wir sollten kühlen Kopf bewahren, denn das generelle Verbot von Öl- und Gasheizungen sowie die direkte Verpflichtung zur Wärmepumpe wurden aufgegeben“, erklärt der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler. Er hatte sich dazu mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, ausgetauscht, der ihm die Wasserstoffstrategie des Unternehmens unter dem Motto „sicher, klimaschonend und bezahlbar“ vorstellte.

Den Bürger motivieren und begleiten

Einigkeit besteht bei Experten und Politik darüber, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zur CO₂-Reduktion ein wichtiger Beitrag ist, um den Klimawandel einzudämmen. „Es gibt aber nicht den einen Weg und mit Verboten und Vorschriften wird es nicht gelingen. Der Bürger darf nicht alleingelassen werden, sondern muss motiviert und begleitet werden. Deshalb braucht es die kommunale Wärmeplanung“, so MdL Fackler.

Ähnlich sieht es Energieexperte Kaumeier. Er steht derzeit im regen Austausch mit vielen Kommunen, die ihre Wärmeplanung vorantreiben wollen. „Die unterschiedlichen Ausgangslagen erfordern jeweils eigenständige Lösungen“, so Kaumeier. Es sollte auch nichts überstürzt werden, weil beispielsweise für bestehende Gasheizungen bis zum Jahr 2044 kein gesetzlicher Handlungsbedarf besteht.

Wenn eine bestehende Anlage ausgetauscht werden muss, dann rät Kaumeier sogar zum Einbau einer Gas-Brennwertechnik, die später auf 100 Prozent reinen Wasserstoffbetrieb umgestellt werden kann. Diese Anlagen kommen 2024 auf den Markt. „Wir wollen bis 2040 al-

le Gaskunden mit Wasserstoff oder Biomethan beliefern“, verspricht Kaumeier. Das bestehende Gasnetz könne nämlich dafür genutzt werden. In Gemeinden ohne bestehendes Gasnetz könnte sich ein kommunales Wärmenetz eignen. Falls nicht, müsse eine individuelle Lösung gefunden werden, beispielsweise mit Wärmepumpen, Holz, Pellets oder 100 Prozent Bio-Öl.

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung wird im Freistaat neben den Kommunen auch dem federführenden Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zukommen. „Hier fordere ich, dass man bei der Umsetzung der Vorgaben aus Berlin nicht über das Ziel hinausschießt, damit Wort und Tat im Sinne von Pragmatismus übereinstimmen“, so Bürgerbeauftragter Wolfgang Fackler. „Denn die Kommunen brauchen Planungssicherheit, wie das vereinfachte Verfahren bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern ausgestaltet ist, welche Energienutzungspläne als Vorarbeit anerkannt werden und wie auf notwendige Daten zurückgegriffen werden kann“, fordert Fackler.

Die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es in Bayern seit 2018. Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Fackler hat das Amt im November 2023 übernommen. Der Bürgerbeauftragte ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger; sein Einsatz ist immer kostenfrei. Er setzt sich als Lotse und Vermittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden ein und legt dabei großen Wert auf verständliche Kommunikation und ein respektvolles Miteinander. Der Bürgerbeauftragte fungiert als Berater der Bayerischen Staatsregierung. □

Umweltminister Glauber:

Keine neue Bürokratie für Kommunen!

Bayern lehnt das vom Bund verabschiedete Klimaanpassungsgesetz ab. Darin werden die Länder beauftragt, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen und umzusetzen. „Ein Gesetz, das neue Bürokratie schafft, brauchen wir nicht“, teilte Umweltminister Thorsten Glauber in München mit. Der Bund sollte gute Förderprogramme auflegen, statt Druck auf die Kommunen auszuüben. Einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos zufolge kommen auf Deutschland je nach Ausmaß der Erderwärmung bis zum Jahr 2050 Folgekosten des Klimawandels von bis zu 900 Milliarden Euro zu.

Aus Glaubers Sicht überfrachtet der Bund Länder und Kommunen nicht nur mit Pflichten, er lässt sie finanziell auch im Regen stehen. Dem Gesetz fehle es an Plänen, wie die notwendigen Maßnahmen vor Ort finanziert werden sollen. Statt in die Umsetzung von Maßnahmen soll das knappe Geld nach dem Willen des Bundes in teure Konzepte fließen, die der Bund ebenfalls nicht finanzieren kann. Mit dem verfassungswidrigen Bundeshaushalt der Ampel werde sich die Lage noch verschärfen.

Bayerische Klimaanpassungsstrategie

Um Bayern an die Folgen des Klimawandels anzupassen und die Kommunen auf diesem Weg zu unterstützen, hat der Freistaat Glauber zufolge eine eigene Klimaanpassungsstrategie erstellt. Diese Strategie wird jetzt durch ein neues Monitoring-Werkzeug ergänzt: Ein System mit 27 Indikatoren, das konkrete Daten liefert, wie die Umwelt auf den Klimawandel reagiert und welche Anpassungsmaßnahmen tatsächlich greifen.

Die Indikatoren reichen von den Handlungsfeldern Wasserwirtschaft über Landwirtschaft bis hin zu Stadt- und Raumplanung und zeigen zu einem, welche Aktivitäten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereits ergriffen werden – etwa, dass die Aufwendungen für Hochwasserschutzmaßnahmen im Zeitraum von 1999 bis 2020 von etwa 100 auf über 160 Millionen Euro jährlich gesteigert wurden. Zum anderen wird aufgezeigt, wie die Um-

welt bereits auf die Änderungen des Klimas reagiert. Die Indikatoren sind zusammengefasst in einem aktuellen Monitoringbericht. Dieser ist im Internet verfügbar unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_klima_020.htm.

Wiederherstellung von Mooren

Zudem wies der Minister darauf hin, dass Projekte zur Wiederherstellung von Mooren im Freistaat künftig mit bis zu 100 Prozent gefördert werden können. Durch die neue Förderung werde das Tempo bei der Umsetzung nochmals deutlich gesteigert. Als Kohlenstoff-Tresore seien Moore für den Klimaschutz unverzichtbar. Sie hielten das Wasser in der Landschaft zurück und seien ein großartiger Hotspot der Artenvielfalt. Im entwässerten Zustand setzten Moore jedoch schädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre frei.

Mit der jetzt in Kraft getretenen Änderung der Fördermöglichkeiten in den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien wirke das Umweltministerium dieser Entwicklung entgegen. Ziel sei, bis zum Jahr 2040 insgesamt 55.000 Hektar Moorböden in Bayern zu sanieren und wieder zu vernässen. In den vergangenen Jahren konnten bayernweit bereits rund 5.000 Hektar Moorböden wiedervernässt werden. Insgesamt über 4.000 Hektar sind aktuell in der Umsetzung oder geplant.

Daneben werden in der geänderten Richtlinie ab 2024 auch Landschaftspflegeverbände und Naturparke als wesentliche

Partner des Naturschutzes noch besser gefördert. So unterstützt das Umweltministerium die knapp 60 Naturpark-Ranger mit künftig 70.000 statt bisher 65.000 Euro pro Jahr und Ranger. Die Zuwendungen können bei den unteren Naturschutzbehörden beantragt werden. Dort können sich auch Kommunen beraten lassen.

Bayerischer Naturschutzfonds

Wie das Umweltministerium weiter mitteilte, wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern.

Insbesondere seien folgende Förderprojekte bewilligt worden:

- Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern: Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt zum Beispiel Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.
- Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der Glücksspirale 2024: Der Fokus liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Na-

turschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.

- Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart“: Das sehr erfolgreiche Projekt kann weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Das Augenmerk liegt auf der Wiederherstellung und dem Erhalt von naturschutzfachlich bedeutsamen Magerstandorten. Seit Projektbeginn konnten 23,5 Hektar naturschutzfachlich wertvolle Flächen in und außerhalb von Schutzgebieten erworben und über 64 Hektar Trittsteine geschaffen und optimiert werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Main-Spessart. Der Zuschuss wird um knapp 80.000 Euro aufgestockt.

- Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen“: Das Projekt wird bis Ende 2024 verlängert. Im Zentrum stehen u.a. die den Obstanbau betreffenden Beschreibungen von Nachzuchtarten und Pflanzennachlieferungen in der Nachzucht. Maßnahmenträger sind die Trägergemeinschaft der Landkreise Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Traunstein, Rosenheim (federführend), der Trägerverein Biosphärenregion Berchtesgaden Land e.V. und der Bezirksverband Oberbayern für Gartenkultur und Landespflege e.V. Der Zuschuss beträgt über 46.000 Euro.

- Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten“: Ziel ist die Verbesserung der Lebensräume von sehr seltenen Arten im Landkreis Unterallgäu. Im Mittelpunkt steht die Aufwertung der Lebensraumqualität der Auenzonen.

Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband Unterallgäu e.V. (LPV) in Kooperation mit dem Bund Naturschutz, Kreisgruppe Memmingen-Unterallgäu, und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Unterallgäu/Memmingen. Der Zuschuss wird um 106.000 Euro aufgestockt.

- BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth“: Hier wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.

- Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur“ durch das Bundesamt für Naturschutz; Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“, Projekt II: Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung ihrer Lebensräume im mittelfränkischen Altmühltal. Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der Zuschuss beträgt gut 748.000 Euro. **DK**



19. Müller-BBM Fachgespräche am 20./21. März 2024 in München:

Immissionschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionschutz und Luftreinhaltung etabliert. Auch 2024 berichten hochkarätige Referentinnen und Referenten aus der Verwaltung, der Industrie und der Beratung im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München von ihrem Arbeitsalltag und über aktuelle Praxisbeispiele. Das Grußwort spricht Andrea Wellhöfer, leitende Baudirektorin und Abteilungsleiterin Luft, Lärm, Anlagensicherheit am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg.

Der Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Branchen, der Austausch mit Vollzugsbehörden und die Nähe zu Expertinnen und Experten ist wesentlicher Bestandteil dieser Fachtagungsreihe. Bedienstete von Behörden erhalten einen Rabatt von 50 Prozent. **Informationen und Anmeldung unter www.MuellerBBM.de** **□**

Jahrestagung in Bad Griesbach:

VBS feierte 50-jähriges Jubiläum

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. in Bad Griesbach feierte der VBS sein 50-jähriges Bestehen. Zudem diskutieren Experten die zentralen Forderungen des Verbandes zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft.

Die konstituierende Sitzung des „Verband der Bayerischen Städtereinigungsbetriebe e.V. – VBS“ fand am 16. Juni 1973 im Münchner Pschorr-Keller statt. Dieser offizielle Name wurde bis zur Umbenennung in den 1990er Jahren beibehalten. Erster Präsident des neuen Verbandes war Rudolf Ernst. Wegen des Eintrags ins Münchner Vereinsregister gilt der 1. Juli 1973 als eigentlicher Gründungstermin des VBS.

Partnerschaft mit den Kommunen

Wie der aktuelle Präsident Stefan Böhme bei der Jahrestagung erläuterte, stehe der VBS heute mit seinen über 250 Mitgliedern für Innovation, Qualitätsstandards, fairen Wettbewerb, Partnerschaft mit den Kommunen und der Wirtschaft sowie für eine mittelständische und bayernisch geprägte DNA. „Wir kämpfen dafür, dass die Politik Kreislaufwirtschaft als einen entscheidenden Hebel versteht, damit Deutschland ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort bleiben und trotzdem ambitionierte Klimaziele erreichen kann.“

In Bad Griesbach zeigte sich erneut, wie sehr das Thema Brandgefahr durch falsch entsorgte Lithium-Akkus die Entsorgungsbranche beschäftigt. Die Sachschäden, die falsch ent-

sorgte Batterien und Akkus verursachen, sind schon jetzt gravierend und für die Mitarbeiter der Entsorgungswirtschaft potenziell lebensgefährlich.

Böhme zufolge können Altbatterien giftige Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium und Blei enthalten, in der Mülltonne stellen sie eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Besondere Probleme bereiten den Entsorgern Lithium-Ionen-Akkus, die falsch in Abfalltonnen entsorgt werden: Sie sorgten für eine hohe Brandgefahr in Sammelbehältern, LKW und Sortieranlagen.

Deutschlandweit werden jeden Tag etwa 30 Brände in Recycling- und Sortieranlagen, auf Betriebshöfen oder in Müllfahrzeugen registriert. „Die Brände sind zur regelrechten Plage der Entsorgungswirtschaft in Deutschland geworden“, heißt es dazu auf der Seite des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft.

Nach Auffassung des VBS muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Sammelquote deutlich erhöht wird. Dem Verbraucher müsse die richtige Entsorgung über entsprechende Batterierücknahme-Systeme beim Handel oder den Wertstoffhöfen der Kommunen erleichtert und besser bekannt gemacht werden. **DK**

Klimaschutzprojekte gesucht

Die Vorschlagsrunde für den vierten Bayerischen Klimaschutzpreis ist gestartet. Projekte können bis einschließlich 28. Februar 2024 eingereicht werden.

Der Bayerische Klimaschutzpreis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Der Betrag kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Neben dem Preisgeld wird ein Imagefilm über die ausgezeichnete Initiative gedreht, den die Preisträger für sich nutzen können.

Vorgeschlagen werden können sowohl Privatpersonen und private Initiativen als auch Vereine, Verbände, Kommunen und Unternehmen mit Bezug zu Bayern. Entweder haben die Vorge-

schlagenen ihren dauerhaften Hauptsitz oder Firmensitz im Freistaat oder sie engagieren sich in Bayern für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung. Die Initiative sollte bereits laufen und sichtbare Ergebnisse zeigen oder – wenn sie bereits abgeschlossen ist – in die Gegenwart wirken.

Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger des Wettbewerbs, der von der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) organisiert wird. **□**

Ökodesign-Verordnung:

BDE begrüßt Ausweitung um weitere Kriterien und Produkte

EU-Parlament und Rat legen strengere Nachhaltigkeitsvorschriften vor

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft sieht in der vorläufigen Einigung zur Ökodesign-Verordnung einen wichtigen Baustein für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Der vorliegende Kompromiss ist laut BDE ein Fortschritt für die Wirtschaft in ganz Europa. Die neue Verordnung betreffe jetzt nicht mehr nur die Energieeffizienz von Elektrogeräten, sondern erstreckt sich auf nahezu alle Produktgruppen und deren nachhaltiger Produktion, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes.

Europäisches Parlament und EU-Rat hatten sich bei ihren interinstitutionellen Trilogverhandlungen auf die Vorlage verständigt. Die Revision bestimmt nun unter anderem, dass zukünftig alle Waren langlebiger, reparierbar, sowie recyclebar sein müssen. Lediglich Lebens- und Futtermittel, Medizinprodukte, Kraftfahrzeuge sowie Produkte, die der nationalen Sicherheit oder der Verteidigung dienen, sind ausgenommen.

Zur Ausgestaltung der Ökodesignanforderungen wird die Kommission in den kommenden Monaten nach und nach delegierte Rechtsakte für die individuellen Produktgruppen initiieren, in denen die genauen Designkriterien aufgeschlüsselt werden sollen. In ihren Verhandlungen hatten sich Parlament und Rat auf eine Liste von Produkten geeinigt, für die die

Kommission prioritär Ökodesignanforderungen festlegen soll. Dazu zählen Eisen, Stahl, Aluminium, Textilien (insbesondere Bekleidung und Schuhe), Möbel, Reifen, Waschmittel, Farben, Schmiermittel und Chemikalien.

Digitaler Produktpass

Zudem trifft die Verordnung auch Festlegungen zur Einführung eines digitalen Produktpasses. Dafür ist eine Sammlung relevanter Produktinformationen vorgesehen, die Auskünfte zur Nachhaltigkeit, aber auch Reparier- und Recycelbarkeit von Produkten enthalten sollen. Der Produktpass soll künftig für alle sichtbar an den Produkten oder ihren Verpackungen angebracht sein. Rat und Parlament haben sich außerdem darauf geeinigt, zusätzlich öffentliches Webpor-

tal einzurichten, das es den Verbrauchern ermöglicht, die in den Pässen enthaltenen Informationen zu suchen und zu vergleichen.

Kritik an geplantem Warenvernichtungsverbot

Kritik übt der BDE an der mit der Revision der Verordnung geplanten Einführung eines Warenvernichtungsverbots. So ist ein konkretes Vernichtungsverbot von unverkaufen Textilien und Schuhen vorgesehen, das zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung gelten soll. Zudem kann die Kommission nach eigenem Ermessen das Verbot auf andere Produktgruppen durch delegierte Rechtsakte erweitern. Allerdings nimmt der Kompromiss Kleinunternehmen generell, sowie kleine und mittlere Unternehmen für die ersten sechs Jahre vom Warenvernichtungsverbot aus. Der BDE sieht hier die Gefahr einer Verantwortungsverschiebung vom Produzenten zum Entsorger, indem diesem die entsprechenden Waren zur weiteren „Verwendung“ überlassen werden. **□**

Zukunft des Wertstoffmanagements

Fachkonferenz Verpackungsrecycling von bvse, AGVU und BDE in Berlin

Die Grenzen und Potenziale von Ökobilanzierungen sowie Faktoren für erfolgreiche Erfassung und Sortierung standen unter anderem im Mittelpunkt einer Fachkonferenz von bvse, AGVU und BDE in Berlin unter dem Motto „Kreislauffähigkeit, Sekundärrohstoffersatz und die Zukunft des Wertstoffmanagements“. Dabei wurde deutlich, dass zur Qualitätssteigerung ökonomische Anreize entlang der gesamten Wertschöpfungskette gesetzt werden müssen.

Aufgrund der Explosion von Energie- und Lohnkosten, Fachkräftemangel und massiven Absatzproblemen im mechanischen Kunststoffrecycling ist die Branche in Bedrängnis. „Ich kann mich nicht erinnern, dass die Lage jemals so prekär war, wie in den letzten Wochen und Monaten“, betonte bvse-Vizepräsident Dr. Herbert Snell.

Skeptische Branche

In einer Umfrage unter den im bvse organisierten Kunststoffrecyclingunternehmen gaben 30 Prozent an, dass sie ihre wirtschaftliche Situation als mangelhaft oder ungenügend einschätzen. Auch das Jahr 2024 lässt Snell zufolge nichts Gutes erwarten, gingen doch 25 Prozent der Unternehmen von keiner Verbesserung ihrer Situation aus. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr, so Snell.

Aktuelle Recyclingbilanz:

Erfolge, Verfehlungen und Herausforderungen

Pressekonferenz von Umweltbundesamt und Zentrale Stelle Verpackungsregister

Immer mehr Verpackungen sind hochgradig recyclingfähig, die gesetzlichen Recyclingziele werden von den dualen Systemen überwiegend erreicht. Im Jahr 2022 kam es aber auch zu gravierenden Verfehlungen der gesetzlichen Quotenvorgaben. Was es noch braucht, welche Herausforderungen bestehen und wie diese zu meistern sind, haben die Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR) und das Umweltbundesamt (UBA) nach fünf Jahren Verpackungsgesetz auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin erläutert.

Im Jahr 2022 haben die dualen Systeme im Durchschnitt die sehr anspruchsvollen gesetzlichen Ziele für das Recycling von Verpackungen aus Papier/Pappe/Kartonagen, Weißblech, Aluminium und Kunststoff erreicht und teilweise sogar deutlich überschritten. Damit werden weiterhin erhebliche Mengen dieser Materialien einem Recycling zugeführt. So lag bei Kunststoffverpackungen die tatsächlich erreichte Zuführungsquote zur werkstofflichen Verwertung bei 67,5 Prozent und damit 4,5 Prozentpunkte über dem gesetzlich vorgegebenen Mindestanteil – vier Jahre zuvor waren es noch weit unter 50 Prozent.

Mülltrennung lohnt sich

Im Durchschnitt aller dualen Systeme wurden die gesetzlichen Recyclingvorgaben für Glasverpackungen, Getränkekartons und sonstige Verbundverpackungen teilweise deutlich verfehlt. Dennoch werden weiterhin über 50 Prozent der in der gelben Tonne gesammelten Abfälle einem Recycling zugeführt. Dazu sagt Bettina Rechenberg, Fachbereichsleiterin beim UBA: „Es stimmt weiterhin: Mülltrennung lohnt sich! Wir sind erfreut über die guten Recyclingergebnisse der dualen Systeme insbesondere bei Metall- und Kunststoffverpackungen. Große Sorgen bereiten uns aktuell vor allem die sonstigen Verbundverpackungen und die unzureichenden Sammelmengen bei Glasverpackungen. Verbraucherinnen und Verbraucher bringen leider noch zu wenig Altglas in die dafür vorgesehenen Sammelcontainer.“

Laut einer Studie des UBA sind Glasverpackungen in aller Regel hochgradig recyclingfähig, sofern es sich nicht um seltene Sondergestaltungen z. B.

die hohen Energiekosten sowie die Rezession und die damit verbundene Konsumzurückhaltung in Deutschland trafen die Recyclingbranche in starkem Maße.

Mit dem Rücken zur Wand

Snell zufolge „kämpfen wir auf der Absatzseite mit dem Problem, dass die Absatzpreise für Rezyklate massiv eingebrochen sind“. Auf die Frage, wann die Kunststoffrecycler damit rechnen, dass sich der Rezyklat-Absatz wieder bessert, hätten 37 Prozent geantwortet, dass sie 2024 keine Besserung erwarten.

„Das zeigt: Die Branche steht mit dem Rücken zur Wand. Der dauerhafte wirtschaftliche Betrieb der Recyclinganlagen ist kaum noch möglich. Wir sehen eine bedrohliche Situation, die das gesamte Recy-

cling gefährdet“, warnte der bvse-Vizepräsident.

Strukturelles Problem

Entscheidend für die prekäre Situation ist laut Herbert Snell jedoch ein strukturelles Problem, das angepackt werden muss. Die Jahre 2021 und 2022 hätten gezeigt, dass es nicht an der Qualität oder Verfügbarkeit von Rezyklaten liegen kann, denn in diesen Jahren konnten die Kunststoffverarbeiter alles gebrauchen und einsetzen. Die jahrelangen Beschwerden über die Qualität verstummten. Offensichtlich liegt das strukturelle Problem darin, dass Rezyklate nicht eingesetzt werden, wenn Neuware preisgünstiger ist.

Allein im zweiten Quartal dieses Jahres sei die Menge der in die EU eingeführten PETs gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen, weil PET-Neuware aus dem Ausland billiger ist. Dies habe damit zu tun, dass der klimaschädliche CO₂-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bei der Preisbildung völlig außen vor bleibt – erst recht bei der importierten Neuware,

werden oder es müssen Recyclingkapazitäten neu geschaffen werden. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Es gibt aber auch eine positive Entwicklung bei der Recyclingtechnik für die Getränkekartonverpackungen: Neuerdings können nicht nur die Papierfasern, sondern auch die Kunststoff- und Aluminiumschichten aus Getränkekartons einem Recycling zugeführt werden. Getränkekartons können durch diese neuen Technologien eine Recyclingfähigkeit von über 90 Prozent erreichen. Jetzt müssen noch die Kapazitäten erhöht und auch tatsächlich genutzt werden.

Recyclinggerechtes Design: Lösung für die meisten Verpackungen vorhanden

Eine gute Recyclingfähigkeit einer Verpackung ist Voraussetzung für ein hochwertiges Recycling. Die ZSVR veröffentlicht im Einvernehmen mit dem UBA jährlich einen aktualisierten Mindeststandard zur Bemessung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen, die typischerweise bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen. Dieser trägt Verpackungstrends und neuen Anlagentechnologien Rechnung.

ZSVR-Vorstand Gunda Rachut zeigt sich zufrieden: „Wir haben bereits erhebliche Meilensteine auf dem Weg zum hochwertigen Recycling erreicht. Kreislauffähige Lösungen existieren für den Großteil der Verpackungen auf dem Markt. In einigen Bereichen setzen sich die Beteiligten auch entschieden für die Entwicklung von Anlagentechnologien und -kapazitäten ein. Um Ressourcen zu schonen, sind effiziente Kreisläufe unerlässlich.“

Ganz oder gar nicht recyclingfähig – Diskrepanz trotz eindeutiger Vorgaben

Immer noch am Markt zu sehen sind Verpackungen, deren Material oder Gestaltung ein Recycling nicht ermöglichen. ZSVR-Vorstand Gunda Rachut

machte Herbert Snell deutlich.

Im Verhältnis zur Neuware sei der CO₂-Rucksack von Rezyklaten um 1,5 bis 3,2 Tonnen leichter pro Tonne Kunststoff, d.h. für die Herstellung von Rezyklaten werde nur die Hälfte an Energie genutzt wie für Neuware. Würde diese positive Klimabilanz eingerechnet werden, könnte eine Parität zwischen Rezyklaten und aus fossilen Rohstoffen gewonnenen Kunststoffen hergestellt werden. „Wir sind uns deshalb mit vielen Akteuren einig, dass eine angemessene CO₂-Bepreisung als wirksames marktwirtschaftliches Instrument das dringend benötigte Level-Playing Field schaffen kann“, machte der Vizepräsident deutlich und ergänzte: „Wenn mehr Rezyklate und weniger Kunststoffneuware eingesetzt werden, reduzieren sich die CO₂-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden.“

Anreize setzen

Letztlich sei der Gesetzgeber aufgefordert, das Ziel einer echten Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe beizubehalten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Märkte zu gefährden. Es sei erforderlich, die notwendigen Anreize zu setzen, die auf die gesamte Wertschöpfungskette abzielen, um Investitionen in Recyclingkapazitäten und technologische Entwicklungen voranzutreiben. Zu diesem Zweck müssten die Stärkung der Recycling- und Rezyklateinsatzziele, die Förderung von Design-for-Recycling und die Bewältigung verbleibender Herausforderungen in der Abfallwirtschaft, z. B. die Qualität der dem Recycling zur Verfügung gestellten Rohstoffe, wie etwa aus den dualen Systemen, ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Großes Engagement

Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen zeigt die Recyclingbranche laut vbs-Präsident Stefan Böhme viel Engagement, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Um hochwertiges mechanisches Recycling betreiben zu können, bedürfe es einer qualitativ hochwertigen Erfassung, zu der auch die Vermeidung von Fehlbefüllungen zählt. Dies gelinge nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen Entsorgern, Kommunen und dualen Systemen, aber auch Hausverwaltungen. Böhme forderte deshalb die Priorisierung einer qualitativ hochwertigen Erfassung vor den Quantitäten in den Ausschreibungerverträgen der dualen Systeme. **DK**

erklärt: „Auffällig ist die große Lücke zwischen den hochgradig recyclingfähigen Verpackungen und weiteren Verpackungen – diese sind entweder geringgradig oder gar nicht recyclingfähig. Seit 2018 ist transparent erkennbar, welche Verpackungslösungen nicht hochwertig recycelt werden können. Für diese Verpackungen gibt es ausreichend Alternativen. Warum diese nicht genutzt werden, ist unklar.“

Besonders problematisch

Die Gruppe der von den Systemen gesammelten Verpackungen, für die es keine Quotenvorgabe gibt, zum Beispiel Verpackungen aus Bambus, Holz, Jute, Keramik oder Kork, werden in der Praxis nicht recycelt. Sie sind somit besonders problematisch. **DK**

Für Klima und Geldbörse

Bayreuther Seniorenheime zeigen, wie die Verschwendung von Lebensmitteln erfolgreich vermieden werden kann

Zwei Bayreuther Seniorenheime haben im Rahmen eines Modellprojektes der Stadt Bayreuth gegen Lebensmittelverschwendung ein professionelles Abfallcoaching bekommen – und das mit großem Erfolg. Durch die Minimierung der Lebensmittelabfälle konnten nicht nur Ressourcen wie Energie, Wasser und Lebensmittel eingespart werden. Vielmehr hat es auch wirtschaftliche Vorteile, Essensreste so gering wie möglich zu halten.

Welche Chancen bietet die Minimierung von Lebensmittelabfällen für soziale Einrichtungen? Wie können sie sich nicht nur nachhaltig ausrichten, sondern dabei auch noch Geld sparen? Diesen Fragen widmete sich jetzt ein Kooperationsprojekt der Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis Bayreuth. Zwei Bayreuther Seniorenheime nutzten dabei die Chance, sich als Einrichtungen mit Vorbildfunktion zu engagieren und Speiseabfälle einzusparen.

Globale Herausforderung

Lebensmittelverschwendung ist eine globale Herausforderung. Jährlich landen Tonnen von Lebensmitteln auf dem Müll, während gleichzeitig Millionen von Menschen weltweit Hunger leiden. „Diese Diskrepanz ist sowohl ethisch als auch ökologisch bedenklich. Denn die Produktion und Entsorgung von Lebensmitteln verursacht auch einen erheblichen Ausstoß von Treibhausgasen und belastet damit Umwelt und Klima“, erklärte Bayreuths 2. Bürgermeister Dr. Andreas Zipfel, der den Projektabschluss begleitete.

Dieses Problembewusstsein zu

vermitteln und damit verbunden Abfälle und Kosten einsparen – das haben sich zwei Bayreuther Seniorenheime auf die Fahnen geschrieben. Mit dabei im Projekt ist das Caritas-Alten- und Pflegeheim St. Martin sowie das Mühlhofer St. Martin, die beide ein professionelles Abfall-Coaching durch den Lebensmittelgroßhändler Transgourmet Deutschland GmbH & Co. OHG erhielten.

Im Rahmen des Projekts wurden gezielt Maßnahmen zur Reduzierung von Speiseresteabfällen entwickelt, die eine Vielzahl von Aspekten umfassen: sei es die Anpassung der Portionsgrößen an den Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Optimierung von Abläufen in der Küche. Nach Analyse des Status quo wurden so Strategien ermittelt und umgesetzt, die das Ziel verfolgen, aufkommende Lebensmittelabfälle zu minimieren.

Die Ergebnisse zeigen: Die kritische Betrachtung von Lebensmittelabfällen birgt ein enormes Potential, um sich nicht nur nachhaltig aufzustellen, sondern auch die Qualität und Quantität der Lebensmittel zu verbessern und gleichzeitig Kosten einzusparen. **DK**



Verena Schusser begleitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Forschung, Entwicklung und Transfer das Projekt ROcycleTH. Bild: Adrian Krey

Technische Hochschule Rosenheim:

Projektstart für Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen

Plastikmüll reduzieren, Treibhausgas einsparen und Nachhaltigkeit fördern: Mit dem auf drei Jahre vom Bund geförderten Projekt „ROcycleTH“ baut die TH Rosenheim eine interne Kreislaufwirtschaft mit einem Recyclingcenter für Kunststoffe auf. Die Hochschule möchte damit beispielhaft vorangehen und die gewonnenen Erkenntnisse an andere Bildungseinrichtungen sowie an Unternehmen weitergeben.

Im Rahmen des Studiengangs Kunststofftechnik führen die Studierenden zahlreiche Praktika durch, in denen sie die verschiedenen Verfahren der Kunststoffverarbeitung kennenlernen und selbst ausprobieren dürfen. Dabei und bei Forschungsarbeiten fallen jährlich rund zehn Tonnen Kunststoffabfälle an der Hochschule an. Gerade bei einer Bildungseinrichtung, die auch auf dem Gebiet des Recyclings lehrt und forscht, ist die praktische Umsetzung des Recyclings vor Ort von großer Bedeutung.

Bei ROcycleTH werden die im Studiengang Kunststofftechnik verwendeten Kunststoffe in mehreren Lebenszyklen wiederverwendet und schließlich final zu Transportboxen beim Projektpartner Auer GmbH in Amerang verarbeitet. Bei der Entwicklung des Projekts werden alle Fachbereiche der Kunststofftechnik an der TH Rosenheim und Unternehmen aus der Region Ro-

senheim eingebunden. So soll eine ganzheitliche Lösung auch für die industrielle Anwendung erreicht werden. Ein Projektmonitoring stellt sicher, dass die gewonnenen Erkenntnisse auch außerhalb der Hochschule anwendbar sind.

„Während der Projektlaufzeit sollen an der TH Rosenheim etwa 90 Tonnen CO₂ eingespart werden. Durch die Weitergabe unserer Erkenntnisse könnten nach zehn Jahren bei Firmen in Südostbayern sowie an Hochschulen und Universitäten deutschlandweit mehr als 90.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid-Einsparung erreicht werden“, sagt Projektleiterin Professorin Nicole Strübbe von der Fakultät für Ingenieurwissenschaften. Projektträger ist die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH, Fördermittel kommen aus der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. **DK**

Studie zur Kreislaufwirtschaft in München

München verbraucht viermal mehr Ressourcen, als nachhaltig zur Verfügung stehen

Die Bewohnerinnen und Bewohner von München verbrauchen im Durchschnitt 32 Tonnen Rohstoffe pro Person und Jahr. Das sind elf Tonnen mehr als der deutsche Durchschnitt und das Vierfache des geschätzten „nachhaltigen“ Niveaus von acht Tonnen pro Jahr.* Dies sind einige der wichtigsten Ergebnisse des Circularity Gap Report Munich, der ersten Studie zur Messung der Kreislaufwirtschaft in einer Stadt, die u.a. den Materialverbrauch, den Materialkreislauf und den verbrauchsorientierten Treibhausgas-Fußabdruck Münchens untersucht. Dabei ließe sich etwa der Materialverbrauch durch Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft um 43 Prozent senken. Der Report wurde von CIRCULAR REPUBLIC, einer Initiative des Innovations- und Gründungszentrums UnternehmerTUM, initiiert.

Die Studie zeigt, dass München fast vollständig auf Importe angewiesen ist, um ihren Bedarf nach Rohstoffen zu decken. Wie viele andere Großstädte auch, bezieht die Stadt 48 Prozent ihrer Materialien aus Deutschland, 16 Prozent aus Europa und 36 Prozent von außerhalb Europas. Die Umweltbelastungen, die aus Gewinnung, Verarbeitung und dem Transport der lokal in München verbrauchten Ressourcen resultieren, sind entsprechend auch andernorts auf der Welt spürbar.

Hohe Treibhausgas-Bilanz für reiche Städte charakteristisch

Münchnerinnen und Münchner sind durchschnittlich für 23 Tonnen verbrauchsbedingte Treibhausgas-Emissionen pro Jahr verantwortlich. Das sind fast zwei Drittel mehr als der deutsche Durchschnitt und fast das 2,5-fache des Fußabdrucks eines durchschnittlichen EU-Bürgers. Ein so hoher Treibhausgas-Fußabdruck hängt mit dem übermäßigen Verbrauch von Rohstoffen zusammen, der für wohlhabende Städte wie München charakteristisch ist. Die Stadt ist beispielsweise für

ihre robuste Fertigungsindustrie und einen boomenden Dienstleistungssektor bekannt. Beide Branchen tragen zu einem hohen Materialverbrauch und folglich zu Treibhausgas-Emissionen bei. Eine Dienstleistungswirtschaft ermöglicht zwar eine Entkopplung der Wertschöpfung von der Verwendung von Rohstoffen, treibt aber dennoch den Materialverbrauch an, indem sie die notwendige Infrastruktur durch den Bau, die Nutzung und die Beheizung von Gebäuden aufbaut - Aktivitäten, die große Mengen an Material und Energie erfordern.

Nur 2,4 Prozent des verbrauchten Materials sind nachhaltig

Der Bericht schätzt, dass von allen Materialien, die von der lokalen Wirtschaft jährlich verbraucht werden, 2,4 Prozent recycelte Materialien sind, was im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt (7,2 Prozent) niedrig ist. Um diese und andere Schlüsselindikatoren für die Kreislaufwirtschaft zu verbessern, wird München empfohlen, Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft in Bereichen wie Bauwesen, Produktion, Verkehr, Lei-

bensmittel und individuellem Lebensstil zu fördern. Eine effektive Kreislaufwirtschaft kann dazu beitragen, die hohe Lebensqualität Münchens zu erhalten und gleichzeitig Klimawandel, Abholzung und Verlust der biologischen Vielfalt deutlich zu reduzieren.

Wirkungsvolle Maßnahmen

In wachsenden Städten wie München trägt der Bausektor mit einem Anteil von 21 Prozent am jährlichen Materialverbrauch am stärksten zum Gesamtverbrauch und zum Treibhausgas-Fußabdruck bei. Daher sind Maßnahmen, die diesen Sektor in den Fokus rücken, äußerst wirkungsvoll. Eine Möglichkeit wäre, die Zersiedelung der Landschaft zu begrenzen und stattdessen den Erhalt und die Wiederverwendung bestehender Gebäude zu fördern. Speziell die Förderung der Kreislaufwirtschaft in der Produktion könnte ebenfalls erhebliche Vorteile bringen.

Gleichzeitig hängt viel von den Münchnern ab: Indem sie ihren individuellen Lebensstil anpassen und weniger neue Gegenstände erwerben, diese dafür aber länger behalten, könnte der Materialverbrauch in der Stadt um etwa 10 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig könnten lokale Hersteller die Kreislaufwirtschaft vorantreiben, indem sie Produkte entwickeln, die leicht repariert und recycelt werden können. Die Umsetzung aller im Bericht genannten Empfehlungen könnte den Materialverbrauch in München um 43 Prozent senken und den Treibhausgas-Fußabdruck um 22 Prozent reduzieren.

Dr. Susanne Kadner, Co-Founder und Head of Ecosystem von CIRCULAR REPUBLIC sagt: „Die

alarmierenden Ergebnisse des Reports zeigen uns die Dringlichkeit auf, die Themen Materialverbrauch und Treibhausgas-Emissionen gemeinsam zu adressieren - auch auf Stadtebene. Wir freuen uns darauf, nun mit den Erkenntnissen mit den relevanten Akteuren in den Austausch zu gehen und darüber nachzudenken, wie die Kreislaufwirtschaft in München gestärkt werden kann.“

Der Circularity Gap Report Munich wurde von CIRCULAR REPUBLIC initiiert, mit Circle Economy erarbeitet und im Rahmen des CIRCULAR REPUBLIC FESTIVALS in München veröffentlicht. Der Report verwendet einen konsumbasierten Ansatz zur Berechnung von Emissionen, unabhängig von deren Entstehungsort. In Deutschland wird üblicherweise die gebietsbezogene Methodik des BSKO-Standards verwendet, um Treibhausgasbilanzen auf kommunaler Ebene zu erstellen. Daher sollte die Treibhausgasbilanz der Stadt München nach dem BSKO-Standard nicht direkt mit den Ergebnissen dieser Studie verglichen werden.

* Ein Schwellenwert, der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem International Resource Panel festgelegt wurde, um einen sicheren Lebensraum auf der Erde zu erhalten. Der vollständige Circularity Gap Report Munich ist hier zu finden: <https://www.circularity-gap.world/munich>

Die Circular Economy ist Basis für ein prosperierendes, resilientes und nachhaltiges Wirtschaften. Als Teil von UnternehmerTUM, Europas größtem Zentrum für Innovation und Gründung, befähigt CIRCULAR REPUBLIC Unternehmen und Start-ups dazu, Innovationen der Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Als Plattform vernetzt die Initiative relevante Akteurinnen und Akteure und will so systemverändernde Impulse entlang der gesamten Wertschöpfungskette setzen.

Fachtagung beim UBA:

Gesunde Böden sichern Lebensgrundlagen

Unter dem Motto „Bodengesundheit – Wo stehen wir, reicht der Therapieansatz aus?“ fand in Berlin eine Tagung der Kommission Bodenschutz (KBU) beim Umweltbundesamt (UBA) statt. Die über 150 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Forschung schauten in den Boden unter ihren Füßen und warfen einen Blick in seine Patientenakte. Ihre Diagnose zeigt einen Weg zur Bodengesundheit auf.

Gesunde Böden erreichen wir durch einen effektiven und integrierten Bodenschutz. Dazu betonte Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Bisher ging es beim Bodenschutz insbesondere um die Gefahrenabwehr und die Sanierung kontaminierter Böden. Aber ähnlich wie bei der Gesundheit von Menschen ist es absolut überfällig, auch bei Böden den Vorsorgegedanken zu stärken. Schädigungen des Bodens sollten möglichst gar nicht erst passieren.“

Boden als ökologisches Netzwerk

„Wir müssen den Boden als ökologisches Netzwerk begreifen“, ergänzt Dirk Messner, Präsident des UBA. „Ein gesunder Boden speichert und filtert unser Wasser für die Trinkwasserversorgung, schützt uns vor Hochwasser, stellt Nährstoffe bereit und lässt Nahrungsmittel wachsen. Er ist auch ein nachhaltiger CO₂-Speicher, was im Kampf gegen den Klimawandel mehr Aufmerksamkeit verdient.“

Bessere Anpassung an den Klimawandel

Bewusst werden die wich-

Nachhaltige Bauindustrie:

BDE begrüßt EU-Bauprodukteverordnung

Neue Regelungen fördern umweltfreundliche Beschaffung

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft hat die neue EU-Bauprodukte-Verordnung im Grundsatz als wichtigen Schritt für die Kreislaufwirtschaft begrüßt. Zugleich fordert der Verband, geplante Ausnahmeregelungen möglichst streng zu begrenzen.

„Das jetzt vorliegende Regelwerk ist eine wichtige Überholung der bestehenden Vorgaben. Es fördert die Nachhaltigkeit im Bausektor und stärkt so das Vorhaben, möglichst viele recycelte Materialien in Bauprodukten zu nutzen und so nachhaltiger und klimaschonender zu bauen. Insbesondere begrüßen wir das jetzt beschlossene Green-Public-Procurement, d.h. die Anforderungen an eine nachhaltige öffentliche Beschaffung im Bausektor. Nicht nur für diesen Bereich gehört das schon seit Jahren zu den zentralen Forderungen des Verbandes“, erklärt der Verband in einer Stellungnahme.

Neues Regelwerk im Visier

Vor kurzem hatten das Europaparlament und die Mitgliedstaaten ihre politische Einigung bei der Bauprodukteverordnung verkündet. Damit endete das seit Juli 2023 laufende Trilogverfahren.

Die jetzt überholte Verordnung legt den allgemeinen Rechtsrahmen fest, Details für die verschiedenen Produktgruppen werden nachfolgend in einzelnen Rechtsakten bestimmt. Die Neuerung verlangt, dass Bauprodukte zukünftig wiederverwendbar und recycelbar produziert werden müssen und die Verwendung von Recyclingmaterialien gefördert werden muss.

Zu diesem Zweck soll es beispielsweise ein neues Regelwerk für die öffentliche Auftragsver-

tigen Funktionen eines gesunden Bodens besonders dann, wenn der Boden kränkt. Bodenverdichtung, Erosion und der Verlust an organischer Substanz sind die „Infekte“ des Bodens. Gesunde Böden ermöglichen eine bessere Anpassung an den Klimawandel, schützen die Biodiversität, und sichern eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion. Der Verlust der Bodengesundheit ist gleichbedeutend mit dem Verlust einer unserer Lebensgrundlagen und ist damit für jeden Menschen relevant.

Nächste Schritte

Die Teilnehmer diskutierten nächste Schritte zu gesunden Böden in Deutschland und in der EU – mit besonderem Augenmerk auf den Entwurf einer EU-Richtlinie zur Bodenüberwachung mit Instrumenten für eine stärkere Bodenresilienz.

Mit den seit mehr als 15 Jahren durchgeführten Veranstaltungen zum Weltbodentag will die KBU die Öffentlichkeit auf die große Bedeutung der begrenzten Ressource Boden für unser Leben aufmerksam machen und die Politik mit Lösungsansätzen und wichtigen Botschaften unterstützen. □



V.l.: BioIN GmbH Geschäftsführer Peter Meißner, KEI-Vorstand Arthur Kraus sowie die beiden KEI-Verwaltungsräte Andreas Herrschmann und Reinhard Heinrich.

Bild: KEI

Hepberg im Landkreis Pfaffenhofen:

KEI-Verwaltungsrat besichtigt Biomüllvergärungsanlage

Zur weiteren Nutzbarmachung der gesammelten Biomüllmengen aus dem Landkreis Pfaffenhofen hat der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Energie und Infrastruktur (KEI) die BioIN GmbH in Hepberg besucht.

Die BioIN GmbH betreibt am Standort Hepberg eine Biomüllvergärungsanlage des Herstellers Kompogas. „Die Besonderheit der Anlage besteht darin, dass sie auch in der Lage ist, Speisereste und industrielle Bioabfallstoffe zu vergären“, so KEI-Vorstand Arthur Kraus. Im weiteren Produktionsprozess fallen neben dem über Vergärung gewonnenen Biogas auch flüssige und feste Gärreste an, die überwiegend als natürliche Dünger über die landwirtschaftliche Ausbringung wieder dem natürlichen Stoffkreislauf zugeführt werden. Das Biogas wird verstromt und über die Netzeinspeisung dem Markt angeboten. Die Anlage versorgt sich energetisch weitestgehend selbst. Es

werden auch CO₂ Gutschriften erwirtschaftet.

Der Geschäftsführer der BioIN GmbH Peter Meißner erläuterte auf seiner Führung alle Phasen des Produktionsprozesses und stellte heraus, dass sich die Anlage rentabel betreiben lässt.

„Ziel des Besuchs in Hepberg war es, dass sich die Mitglieder des Verwaltungsrats einen ersten Eindruck vor Ort über eine solche Anlage verschaffen. Wir müssen jetzt dann gemeinsam weiter überlegen, ob für den Landkreis Pfaffenhofen ein derartiges Konzept für die Verwertung des Biomülls in Frage kommt“, so Landrat Albert Gürtner, der bei dem Termin kurzfristig nicht dabei sein konnte. □

LENK:

Zweites Netzwerktreffen in Regensburg

Nach dem erfolgreichen Auftakt im vergangenen Jahr, lud die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im November 2023 erneut alle bayerischen Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager zu einem großen Netzwerktreffen ins Marinaforum in Regensburg ein. Unter dem Motto „Von der KOMMUNity für die KOMMUNity“ erwartete die rund 170 Teilnehmenden ein Tag mit spannenden Vorträgen aus den eigenen Reihen, Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten.

Die LENK KOMMUNity ist ein Veranstaltungsangebot der Landesagentur, das sich aus regelmäßigen Online-Fachvorträgen und jährlich stattfindenden Netzwerktreffen für unterschiedliche Zielgruppen zusammensetzt. Nachdem der Fokus im vergangenen Jahr auf dem Netzwerkaufbau und dem Austausch mit weiteren Akteuren aus dem Bereich Energiewende und Klimaschutz lag, konzentrierte sich das Programm dieses Jahr auf die Interaktion und den Wissensaustausch innerhalb der Gruppe. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten konnten die Klimaschutzmanagerinnen und -manager ihre alltagsrelevanten Themen in verschiedenen Formaten behandeln.

Impulsvorträge und Workshops

„Wir wollen ein Bewusstsein für das bestehende Wissen und die Erfahrung innerhalb der KOMMUNity schaffen und die Möglichkeit bieten, voneinander zu lernen“, so Diana Gäntzle, stellvertretende Leiterin der LENK. Die passenden Erfahrungsberichte steuerten Im-

pulsvorträge von drei Klimaschutzmanagern zu Beginn der Veranstaltung bei.

Workshops zu Themen wie „Klimakommunikation“ oder „Stakeholdermanagement“ boten zudem die Möglichkeit, gemeinsam mit Expertinnen und Experten anhand realer Szenarien einzelner Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager für den Beruf wichtige soziale Kompetenzen zu erarbeiten.

Thomas Leineweber, Leiter des Klimateams an der LENK und früher selbst Klimaschutzmanager, stellt heraus, wie wichtig es ist, zu verstehen, dass man kein Einzelkämpfer ist. Die LENK KOMMUNity bietet dafür die passende Plattform. „Hier können sich die Teilnehmenden als Gemeinschaft verstehen und die eigenen Erfolge und Lösungsansätze aber auch Misserfolge und Schwierigkeiten mit den Kolleginnen und Kollegen teilen, um im Gegenzug von deren Wissen zu profitieren.“, so Leineweber.

Zusammen fanden die Klimaschutzmanager zahlreiche Lösungsansätze und Tipps, die ihren Arbeitsalltag künftig erleichtern. □

Aktuelle Daten zeigen:

Pendeln fester Bestandteil des Alltags vieler Menschen

Neueste Ergebnisse der Pendlerrechnung sind ab sofort in Pendleratlas und Regionaldatenbank online verfügbar; sie zeigen das Pendelaufkommen 2021 und 2022 bis auf Gemeindeebene

Es zeigt sich: München ist 2022 wie bereits im Vorjahr Spitzenreiter in Deutschland hinsichtlich der Anzahl an Einpendlern. So legte München bei den Einpendlern im Jahr 2022 um 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu und blieb damit Pendlerhauptstadt Deutschlands. Die Pendelachse Nürnberg – Fürth lag deutschlandweit weiterhin an zweiter Stelle nach Berlin – Potsdam. Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Jahr 2021 eine Zunahme von 6,6 Prozent Einpendlern aus dem Nachbarland Tschechien.

Fürth. Die Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder erweitern das bisherige Datenangebot der amtlichen Statistik. „Die amtlichen statistischen Daten zeigen die Entwicklung bei den Pendlerströmen und unterstützen die Kommunen bei ihren Verkehrs- und Regionalplanungen“, sagt Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Pendlerrechnung und Pendleratlas stehen allen Interessierten online und kostenlos zur Verfügung unter: <https://pendleratlas.statistikportal.de>

Letztes Jahr veröffentlichten die Statistischen Ämter der Länder die deutschlandweiten Daten zu Pendlerströmen und -verflechtungen bis auf Gemeindeebene zum ersten Mal. Damit reagierten sie auf den steigenden

Bedarf an belastbaren Daten zu Pendlerströmen in tiefer regionaler Gliederung. Mithilfe der neuen Daten des Berichtsjahres 2022 werden nun auch Veränderungen der Pendlerströme im zeitlichen Verlauf sichtbar.

Neben klassischen Kennzahlen wie den Ein- und Auspendlern, Pendelquoten oder dem Pendelsaldo sind vor allem Pendelverflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden online abrufbar. Ausführlichere Tabellen sind in der Regionaldatenbank zu finden unter: <https://www.regional-statistik.de/genesis/online/statistik/19321>

Pendlermagnet München

Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV):

Erfolgreiches Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE läuft aus

Nachfolgesystem für alle MVV-Fahrgäste bereits in Vorbereitung

Vor über drei Jahren startete das Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE unter der Federführung der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) zusammen mit den Partnern Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), S-Bahn München, Bayerische Regiobahn GmbH (BRB), dem Freistaat Bayern, der Landeshauptstadt München und den MVV-Verbundlandkreisen. Im Dezember 2022 wurde das Projekt um die Modellregion Donau-Isar erweitert, dadurch wurden auch Fahrten in und nach Regensburg sowie im ganzen Regensburger Verkehrsverbund (RVV) mit SWIPE+RIDE möglich. Beide Projekte wurden durch den Freistaat Bayern gefördert.

Im Projektzeitraum konnten die Pilotkundinnen und -kunden mithilfe eines Smartphone-basierten Check-in/Check-out-Verfahrens einen neuen, elektronischen Tarif sowie eine neue Vertriebsmöglichkeit im MVV nutzen. Nach Ausstieg und Check-out wurde der Fahrpreis automatisch durch das Smartphone berechnet. Dieser setzte sich jeweils aus einem Grundpreis und einem Entfernungspreis nach der effektiv zurückgelegten Strecke zusammen. Als Kostenairbag diente dabei der „Tagesdeckel“, ein Höchstpreis pro Tag. So konnten vor allem Gelegenheitsfahrer sowie Neukunden den ÖPNV ganz einfach nutzen, mit bequemer Bezahlung über Kreditkarte oder Kontoabbuchung.

Positive Rückmeldung

Insgesamt haben sich über 12.000 Testpersonen an SWIPE+RIDE beteiligt und dabei mehr als 730.000 Fahrten zurückgelegt. Die Auswertungen der begleitenden Marktforschung ergaben, dass das Pilotprojekt von den Kundinnen und Kunden äußerst positiv angenommen wurde. Demnach lag die Zufriedenheitsrate bei ca. 96 Prozent, die Weiterempfehlungswerte bei über 90 Prozent.

„Das Pilotprojekt SWIPE+RIDE zeigt, dass Kundinnen und Kunden großen Wert auf eine flexible und einfache, aber auch eine digitale Fahrmöglichkeit im ÖPNV legen – ohne tiefgreifende Kenntnisse über den Tarif haben zu müssen“, sagt MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „So können wir in Zukunft noch mehr Menschen für

den ÖPNV begeistern, wir wollen die Einstiegshürden zur Nutzung von Bus und Bahn damit deutlich senken.“

Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise: „Das von den MVV-Landkreisen initiierte Pilotprojekt SWIPE+RIDE ist in jeder Hinsicht ein voller Erfolg, der Zuspruch der Nutzerinnen und Nutzer überwältigend. Rund 90 Prozent nennen die einfache Benutzung als wesentlichen Vorteil und würden SWIPE+RIDE weiterempfehlen – damit war zu Beginn der Pilotplanungen vor sechs Jahren nicht zu rechnen. Mit dem Start des Regelbetriebs im Laufe des Jahres 2024 gehen wir im MVV konsequent den nächsten wichtigen Schritt in Richtung modernster Tarif Europas – digital und einfach in der Nutzung, besser geht's gerade auch für Gelegenheitskunden nicht.“

Da das Pilotprojekt so erfolgreich war, laufen bereits die Vorbereitungen für ein Nachfolgesystem von SWIPE+RIDE. Es soll im Laufe des Jahres 2024 allen MVV-Fahrgästen zur Verfügung gestellt werden. Auch für Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter war das Pilotprojekt ein voller Erfolg: „Die positiven Rückmeldungen der Pilotkundinnen und -kunden bestärken uns darin, den Weg in Richtung eines bayernweiten digitalen Ticketings im ÖPNV weiterzugehen. Die Einführung im MVV im kommenden Jahr ist da ein weiterer wichtiger Schritt.“ Der Freistaat hat das Pilotprojekt SWIPE+RIDE im MVV und in der Modellregion Donau-Isar mit 2,9 Mio. Euro gefördert. □

weiter mitteilt, blieb München auch im Jahr 2022 mit über einer halben Million Einpendlern (514.601) die Stadt in Deutschland, die die meisten Einpendler anzog. Damit lag sie noch vor Frankfurt am Main mit 455.045 und Berlin mit 454.353 Einpendlern. Allerdings legte Berlin im Vergleich zum Vorjahr mit 6,9 Prozent deutlich stärker zu als München und Frankfurt mit jeweils 2,2 Prozent Zuwachs an Einpendlern.

Viele Einzelströme nach München

Die meisten Menschen, die im Jahr 2022 nach München einpendelten, wohnten in Augsburg (12.132 Personen). Die zehn am stärksten besetzten Einpendelströme in die bayerische Landeshauptstadt machten prozentual nur 16 Prozent (82.528 Personen) aus. Alle Einpendler Münchens zusammen kamen aus 6.049 unterschiedlichen Gemeinden. Aus fast jeder der 2.056 Gemeinden Bayerns pendelte mindestens eine Person nach München.

Die mittelfränkische Metropole Nürnberg weist insgesamt 195.367 Einpendler auf. Über ein Drittel (35,2 Prozent) dieser Einpendler stammten aus den zehn am stärksten besetzten Einpendelströmen.

Zunehmend Fernpendler zwischen München und Berlin

Im Jahr 2022 pendelten 11.735 Personen von Berlin nach München, in die umgekehrte Richtung waren es 7.209 Personen. Damit machte Berlin die zweitgrößte Gruppe der nach München Einpendelnden und die drittgrößte Gruppe der aus München Auspendelnden aus. Zwischen den beiden Städten, die etwa 500 km Luftlinie voneinander entfernt sind, pendelten im Jahr 2022 insgesamt 18.944 Personen, das sind gut 3.000 Pendler oder 18,9 Prozent mehr als im Jahr 2021.

Zu beachten ist dabei, dass in der Pendlerrechnung nicht täglich zurückgelegte Wege erfasst werden, sondern der registrierte Erstwohnsitz und der Arbeitsort. Gerade bei Fernpendlern ist davon auszugehen, dass die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz), verteilten Unternehmenssitzen (Hauptsitz, Zweigstellen) oder auch Arbeitsmodellen wie mobilem Arbeiten oder Homeoffice nicht täglich zurückgelegt wird.

Zweitstärkste Pendelachse Nürnberg und Fürth

Pendelachsen stellen die Summe der Pendler zwischen zwei Städten unabhängig von der Richtung, in die sie pendeln, dar. Sie dienen dazu das Pendelvolumen zwischen zwei Städten zu bestimmen. Die zahlenstärksten Pendelachsen finden sich zwischen beieinandergelegenen großen Städten. Nach Berlin und Potsdam sind zwischen den bayerischen Städten Nürnberg und Fürth deutschlandweit die meisten Pendler zu verzeichnen. Dort pendelten 41.831 Personen im Jahr 2022 und damit noch einmal 548 mehr als im Jahr 2021.

Mehr Einpendler aus Tschechien

Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von

1.601 Personen aus Tschechien, während die Zahl der Einpendler aus Österreich um 491 Personen zurückging und die Zahl der Einpendler aus der Schweiz gleich blieb.

Große Veränderungen bei kleinen Gemeinden

Gerade in kleineren Gemeinden wirken sich Veränderungen im regionalen Angebot von Arbeitsplätzen von einem Jahr auf das andere deutlich aus. Den stärksten prozentualen Zuwachs an Einpendlern im Vergleich zum Jahr 2021 gab es in der Gemeinde Gattendorf im Landkreis Hof. Dort führte die Eröffnung eines Logistikcenters zu einer Zunahme der Einpendler von 281 um das Sechsfache auf insgesamt 1.754 Personen.

Auch die Passionsfestspiele des Jahres 2022 in Oberammergau schlugen sich deutlich in den Pendlerzahlen nieder. Als erwachsene Darsteller der alle zehn

Jahre von Mai bis Oktober stattfindenden Aufführungen der Passionsgeschichte treten nur Personen auf, die seit Geburt oder mindestens 20 Jahren in Oberammergau wohnen. Daher kam es im Jahr 2022 zu einem Anstieg der innerörtlichen Pendler mit Wohn- und Arbeitsort Oberammergau um 802 Personen von 1.326 auf 2.128. Dazu kamen noch zusätzliche 122 Einpendler, während die Zahl der Auspendler um 136 abnahm.

Zur Methode

Die vorliegenden Daten ergeben sich aus der im Jahr 2022 zum ersten Mal veröffentlichten und nun um das Jahr 2022 erweiterten Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder, die tief regionalisierte Ergebnisse zu potenziellen Pendlern für alle Gemeinden Deutschlands bereitstellt. Die Ein-, Aus- und Innerörtlichen-Pendler werden anhand ihres Arbeits- und Wohnorts be-

stimmt. Die Wege zwischen registriertem Arbeits- und Wohnort werden unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz) oder auch aufgrund verschiedener Arbeitsmodelle, wie mobilem Arbeiten beziehungsweise Homeoffice, nicht von allen Personen tatsächlich beziehungsweise täglich zurückgelegt. Es handelt sich daher genauer gesagt um potenzielle Pendlerinnen und Pendler.

Neu an der Pendlerrechnung und dem Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder ist, dass sie nicht nur wie bisher die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sondern auch Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte umfassen. Die Pendlerrechnung erweitert somit die bisherige Datengrundlage zu Pendlern und liefert wichtige Informationen für die Kommunal-, Regional- und Landesplanung. □

Radwege und Parkraummanagement:

Schneller von der Planung in die Umsetzung

Neue vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für Agora Verkehrswende durchgeführte Studie zeigt, wie Kommunen den Ausbau von Radwegen sowie das Parkraummanagement beschleunigen können.

Berlin. Der Ausbau von Radwegen benötigt von der Planung bis zur Umsetzung bisher sehr viel Zeit. Dasselbe gilt für das Parkraummanagement in den Kommunen. Aus diesem Grund beauftragte Agora Verkehrswende das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Analyse typischer Verwaltungsabläufe, die für den Ausbau von Radwegen und die Einführung von Parkraumbewirtschaftungszonen praktiziert werden. Ziel war es zu ermitteln, welche Umsetzungshindernisse bestehen und warum einige Kommunen bereits zügig vorankommen.

Manche sind doppelt so schnell

Die nun veröffentlichte Difu-Analyse zeigt, dass die für vergleichbare Aufgaben benötigte Zeit von Kommune zu Kommune stark variiert. So gelingt es manchen Kommunen, mehr als doppelt so schnell in der Umsetzung zu sein, wie vergleichbare andere Städte. Als zentrale „Stellschrauben“, die das Tempo beeinflussen können, wurden folgende Aspekte identifiziert: kommunalpolitische Grundsatzbeschlüsse, engagierte Führungskräfte, spezialisiertes Projektmanagement,

effizienter Personaleinsatz und Digitalisierung.

Darüber hinaus zeigte die Difu-Studie, dass alle Städte mit demselben Hindernis zu kämpfen haben: Sie kämen deutlich schneller voran, wenn nicht der bundesrechtliche Rahmen aus Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrsordnung (StVO) den Kommunen bei diesen Aufgaben aufwändige Begründungspflichten vorschreiben würden. Die aktuelle Reform des Straßenverkehrsrechts könnte die Handlungsspielräume also deutlich verbessern.

Wichtiges Instrument: Grundsatzbeschlüsse

Ein wichtiges Instrument hat die Kommunalpolitik jedoch selbst in der Hand: Sie kann beispielsweise Grundsatzbeschlüsse zur Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in definierten Stadtgebieten oder durchgängigen Radverkehrsnetzen fällen. Diese geben der Verwaltung einen klaren Auftrag, Rückendeckung und ersparen wiederkehrende Diskussionen und Beschlüsse für jede neue Maßnahme.

Auch die Verwaltung kann durch die Bündelung von Aufgaben und Entscheidungskompe-

tenzen deutlich schneller werden. So hat die Stadt Bielefeld ihre Behörden für Verkehrsplanung und verkehrsrechtliche Anordnung unter dem Dach eines Mobilitätsamts zusammengefasst und das Arbeiten in Projektteams eingeführt, um die verwaltungstypischen Hierarchien aufzulösen und schnelle Entscheidungen herbeizuführen. In Hamburg übernimmt der Landesbetrieb Verkehr fast alle Aufgaben für die Einführung und den Betrieb neuer Parkzonen. Dieses Verfahren benötigt nur halb so viel Zeit wie in anderen Städten.

Zusätzliches Personal

Die durch den Fachkräftemangel unbesetzten Stellen verursachen einen weiteren Bearbeitungsstau. Die Difu-Analyse offenbarte hier, dass Personal mit Ingenieurs- oder Verkehrspersonalausbildung bisher auch Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung oder Koordinierung zwischen verschiedenen Abteilungen und Ämtern übernehmen muss. Aus diesem Grund steht ihnen oft nur ein Drittel ihrer Arbeitszeit für die tatsächliche Radverkehrsplanung zur Verfügung. Hier könnte zusätzliches Personal für die Kommunikation und Administration die Planerinnen und Planer entlasten und für eine effektivere Nutzung dieses Know-hows sorgen.

Viele Aufgaben der Kommunen sind ohne den Einsatz digitaler Tools kaum noch zu bewältigen. Die Kommunen sollten diese Tools intensiv einsetzen und die Vorteile der Digitalisierung nutzen. Cloud-basiertes Datenmanagement und Geoinformationssysteme verbessern das interne Wissensmanagement und die Transparenz nach außen. Sie entlasten die Ämter bei der großen Zahl von parlamentarischen Anfragen, sie können eingesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürger effizient zu informieren und auch zu beteiligen. Bei der Parkraumbewirtschaftung können die digitale Ausstellung von Bewohnerparkausweisen sowie digital unterstützte Kontrollen mithilfe sogenannter Scan-Cars – die derzeit in Deutschland rechtlich noch nicht erlaubt sind – Arbeitszeit und Personal sparen.

Die Studie „Vom Plan auf die Straße. Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur und Parkraummanagement beschleunigen können“ steht kostenfrei zum Download bereit: <https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/vom-plan-auf-die-strasse/> □

Blinken auch beim Fahrradfahren

DVR begrüßt Aufhebung des Verbots

Die Bundesregierung will Blinker für alle Fahrräder erlauben. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage, die der Rheinischen Post vorliegt, vor. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) begrüßt dieses Vorhaben. Dazu Manfred Wirsch, Präsident des DVR:

„Es ist Zeit, dass in der StVZO die Möglichkeit geschaffen wird, die Sichtbarkeit von Fahrradfahrenden mit Blinkern – oder Fahrtrichtungsanzeigern – zu verbessern. Denn Blinker können einen Beitrag für mehr Verkehrssicherheit und weniger Verletzte im Straßenverkehr leisten.“

Mit beiden Händen am Lenker

Abbiegevorgänge werden sicherer, weil beide Hände am Lenker bleiben, und insbesondere nachts ist die Abbiegeintention für andere Verkehrsteilnehmer besser sichtbar. Zusammenstöße mit linksabbiegenden Fahrradfahrenden ziehen oft schwerwiegende Verletzungen nach sich und könnten so reduziert werden. Ein Blick zurück zeigt, dass Blinker sich an motorisierten Zweirädern und auch an Elektrokleinstfahrzeugen bewährt haben und u.a. für mehrspurige Fahrräder und Fahrradanhänger bereits zugelassen sind.“

Der DVR hatte im Rahmen der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf „Neufassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und zur Änderung weiterer Vorschriften“ im Sommer 2023 den Vorschlag eingebracht, das Verbot von Fahrtrichtungsanzeigern für die meisten Fahrräder aufzuheben. □

Bayerische Flughäfen:

Zurück zu alter Stärke

2023 hat dem Albrecht Dürer Airport Nürnberg und dem Flughafen Memmingen Rekordzahlen beschert. Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten den Flughafen Nürnberg für ihre Reisen. Das waren knapp 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Und auf Deutschlands höchst gelegenen Verkehrsflughafen flogen noch nie so viele Passagiere ab und nach Memmingen wie vergangenes Jahr.

Der Airport Nürnberg liegt bei den Passagierzahlen nur noch geringfügig unter dem Niveau von 2019 und entwickelte sich deutlich besser als die deutschen Flughäfen im Durchschnitt. Das Passagieraufkommen erreichte rund 96 Prozent im Vergleich zu 2019, während die deutschen Flughäfen im Schnitt erst bei rund 80 Prozent liegen.

Kein innerdeutscher Verkehr

Während der Touristikverkehr nahezu konstant blieb, legte der Low Cost-Bereich um rund 35 Prozent zu. Der innerdeutsche Verkehr ist dabei (mit Ausnahme der Drehkreuzanbindung Frankfurt) nicht mehr existent. In diesem Segment wurden vor der Pandemie im Jahr 2019 noch rund 454.000 Passagiere (Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München) gezählt.

Die Auslastung über alle Verkehrssegmente lag 2023 bei rund 82 Prozent. Zum Vergleich: 2022 waren es noch rund 79 Prozent und 2019 rund 75 Prozent. Damit waren die Flugzeuge, die Nürnberg im Jahr 2023 starteten und landeten, so gut gebucht wie nie zuvor in der Geschichte des Airports.

Der Trend geht dabei auch zu immer längeren Flugstrecken. So lag etwa die durchschnittliche Streckenlänge im vergangenen Jahr bei rund 1.300 Kilometern, 2019 waren es noch rund 940 Kilometer und 2009 sogar nur rund 660 Kilometer. Gleichzeitig

wurden weniger Starts und Landungen durchgeführt und größere Flugzeuge eingesetzt: Mit rund 33.200 gewerblichen Flugbewegungen im Jahr 2023 wurde knapp 11 Prozent weniger geflogen als im Jahr 2019 mit rund 37.200 Starts und Landungen – und das bei annähernd gleichem Passagieraufkommen.

Erfolgsmodell

Der Flughafen Memmingen verzeichnete im abgelaufenen Jahr über 2,8 Millionen Passagiere, was einem Zuwachs von knapp 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Wachstumstreiber sind insbesondere die beiden großen Airline-Partner, die Fluggesellschaften Ryanair und Wizz Air, die ihr Angebot aufgrund der starken Nachfrage kontinuierlich

erweitern. Mittlerweile hat Ryanair drei Maschinen in Memmingen stationiert. Zuletzt ergänzten die Airlines während der Weihnachtsferien ihr Programm um 60 zusätzliche Flüge. „Das Erfolgsmodell Flughafen Memmingen hat sich zu einem Dauerbrenner entwickelt“, kommentierte Geschäftsführer Ralf Schmid das positive Ergebnis. Für 2024 rechnet er mit rund drei Millionen Passagieren.

Das rasante Wachstum verpflichtet jedoch auch dazu, weiter in die Infrastruktur des Airports zu investieren. „Um unseren Passagieren weiterhin ein angenehmes Airport-Erlebnis zu garantieren, werden wir unsere Infrastruktur den veränderten Anforderungen anpassen“, erläuterte Schmid. So werde das Terminal weiter ausgebaut. Das betreffe insbesondere den Bereich der Sicherheitskontrolle sowie die Abflug-Gates. „Während der Bauarbeiten wird es leider vereinzelt Engpässe im Terminal geben, die zu längeren Wartezeiten führen können.“

Erweitert werden zudem die



Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten im Jahr 2023 den Albrecht Dürer Airport Nürnberg für ihre Reisen.
Bild: Airport Nürnberg

Magnetschwebbahn:

Leuchtendes Beispiel für regionale Innovationskraft

Rats- und Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion Nürnberg unterstützen die Idee einer Magnetschwebbahn in Nürnberg

Eine schwebende Innovation aus dem Hause Max Bögl stößt auf großes Interesse: Von dem lautlos gleitenden und flächensparenden Transport System Bögl (TSB), einer Magnetschwebbahn, ließen sich die politischen Vertreter bei der Ratssitzung vor Ort überzeugen. Die Vertreter der Wirtschaft der Metropolregion machten sich bereits im Sommer ein Bild. Nun wurde die Bahn vom Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder vorgeschlagen als Verbindung zwischen Südklinikum, Messe und der neuen Technischen Universität Nürnberg, die zwischen U- und Straßenbahntrassen liegt. Das Transportsystem der Firmengruppe Max Bögl läuft derzeit im Testbetrieb auf dem Firmengelände im oberpfälzischen Sengenthal und auf einer 3,5 Kilometer langen Teststrecke in Chengdu in China. Das TSB ist bereit, in einem Pilotprojekt im öffentlichen Raum erprobt zu werden.

Das TSB ist ideal für dichtbebaute Flächen wie in Nürnberg und eine Chance für den Nahverkehr – leiser als eine Straßenbahn, günstiger als eine U-Bahn und sparsam im Energieverbrauch. In größerer Dimension wäre ein Einsatz bei Stadt-Umland-Bahnen – wie etwa von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach – denkbar. Mit der autonomen Fahrweise knüpft die Magnetschwebbahn an Innovationen in der Metropolregion an: den führerlosen U-Bahnen in Nürnberg und den autonomen Shuttles in Hof und Kronach.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg Peter Reiß ist überzeugt: „Gerade für die innerstädtischen Bereiche, in denen Flächenmangel und Lärmbelastung für die Bürger:innen zur Last werden können, kann ein System wie die Schwebbahn für spürbare Entlastung sorgen. Damit ist für die Lebensqualität in der Metropolregion auch in Zukunft gesorgt.“

Der Entwickler des Systems, die Firmengruppe Max Bögl aus Sen-

enthal ist ein für die Metropolregion Nürnberg typisches Unternehmen: in dritter Generation familiengeführt und mit Erfindergeist und Herzblut in die Zukunft blickend. Mittlerweile hat Max Bögl 6.500 Mitarbeiter an mehr als 40 Standorten weltweit, davon 3.000 in Sengenthal. Neben der Magnetschwebbahn, beweist das Unternehmen mit dem Bau der weltweit höch-

sten und leistungsfähigsten Windkraftanlagen und seinem modularen Wohnungsbausystem (max-modul) seine Innovationsfreude. Der Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzende Johann Bögl freut sich über eine mögliche Realisierung des Projekts in der Metropolregion. Bögl engagiert sich auch im Wirtschaftsvorstand der Metropolregion, denn ein Ziel des Unternehmens ist es, aktiv die Heimat zu gestalten.

Auch der Wirtschaftsvorsitzende Prof. Klaus L. Wübbenhorst freut sich über das Beispiel für die Stärke der Region mit 150 Weltmarktführern und Hidden Champions und einer Wirtschaftsleistung von 157 Milliarden Euro: „Wieder einmal zeigt sich die Innovationskraft in der Metropolregion Nürnberg. Wir sind stolz auf unsere starken und anpackenden Unternehmen, die Ihre Vision mit Tatkraft umsetzen.“ □



Die politischen Vertreter der Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg vor Ort.

Bild: Rudi Ott

Vorfeldflächen. Das Mietwagen- und Airport Service Center wurde überdacht, so dass ein geschützter Wartebereich für Passagiere, Abholer und Bringer entstanden ist. Das Gastronomie-Angebot im öffentlichen Bereich vor dem Terminal wurde ebenfalls ausgebaut.

Green Airport

Laufend werde darüber hinaus in das ehrgeizige Projekt Green Airport investiert, das bis zum Jahr 2030 den Betrieb eines klimaneutralen Airports ermöglichen soll. Der nächste Schritt ist der Ausbau der Photovoltaik.

Der Münchner Airport wickelte im vergangenen Jahr mehr Passagiere und Flugbewegungen als 2022 ab. Laut Flughafengesellschaft stiegen die Passagierzahlen um fünf Millionen auf insgesamt 37 Millionen Fluggäste. Mit dem aktuellen Fluggastaufkommen erreichte der Flughafen München rund 80 Prozent des Rekordaufkommens aus dem Vorkrisenjahr 2019. Die Anzahl der Flugbewegungen stieg gegenüber 2022 um sechs Prozent auf mehr als 300.000 Starts und Landungen. Die Sitzplatzauslastung erreichte einen Rekordwert und lag mit 81,3 Prozent erstmals seit Eröffnung des Flughafens über 80 Prozent.

Im Jahr 2023 lag der Schwerpunkt der Passagierentwicklung im Originärverkehr. Dieser stieg im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent. Die für den Drehkreuzverkehr wichtige Anzahl der Umsteiger wuchs ebenso zweistellig um 11 Prozent. Das Frachtaufkommen verzeichnete im Jahr 2023 einen Anstieg um sieben Prozent auf ca. 277.000 Tonnen. Nach Angaben von Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, erhole sich die Luftfahrtbranche am Standort München zunehmend. Diese positive Entwicklung sei ein Zeichen für den hohen Bedarf von Bevölkerung und Wirtschaft nach Flugreisen. DK

Landkreis München:

Rezertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Landratsamt München erhält erneut ADFC-Siegel in Silber für seine Bemühungen um die Fahrradmobilität

Das Landratsamt München darf sich erneut über das Silbersiegel des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) als Fahrradfreundlicher Arbeitgeber freuen. 2020 hat die Behörde das Siegel für den Standort Mariahilfplatz erstmalig erhalten, jetzt wurde es für weitere drei Jahre vergeben.

Das Landratsamt München legt großen Wert auf das Thema Fahrradmobilität, fördert damit auch die Mitarbeitergesundheit und leistet einen Beitrag zum Umweltschutz. Es gibt zahlreiche Angebote, die dafür sorgen, dass das Fahrradfahren für die Mitarbeitenden attraktiver wird.

Zahlreiche Maßnahmen

Auf Grundlage des Förderprogramms für Betriebliches Mobilitätsmanagement „mobil gewinnt“ (2018) hat das Landratsamt in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur betrieblichen Fahrradförderung ausgebaut sowie

Schienengüterverkehr und E-Busse:

Irritationen beim VDV

Wie der Branchenverband VDV mitteilt, drohe dem Schienengüterverkehr in Deutschland in Folge der Einsparungen im Bundeshaushalt 2024 ein Horrorszenario: Gleich mehrere Förderprogramme des Bundesverkehrsministeriums für den Schienengüterverkehr stehen demnach vor erheblichen Kürzungen. Vor allem die für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zentrale Trassenpreisförderung soll um nahezu die Hälfte gekürzt werden.

Laut VDV-Vizepräsident Joachim Berends darf der Schienengüterverkehr nicht zum Opfer der Haushaltsplanungen des Bundes werden. Jegliche Absenkung von Mitteln wie etwa bei der Trassenpreisförderung würde bei der hohen Preissensibilität im Transportmarkt sofort zu erheblichen Verlagerungen von der Schiene zur Straße führen. Die bislang erfolgreichen Bemühungen der Branche, nachhaltig mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern, würden ausgebremst.

Unglaublich mit Blick auf die Verkehrswende

„Wir brauchen Planungssicherheit und müssen uns auf finanzielle Zusagen verlassen können, denn diese planen wir bei unserer Angebotsgestaltung fest mit ein“, machte Berends deutlich. Für das laufende Jahr habe man die meisten Verhandlungen bereits geführt und die Verträge mit den Kunden längst abgeschlossen. „Nachträgliche Preissteigerungen, weil Fördermittel wegbrechen, können wir deshalb nicht weiterreichen, sondern bleiben darauf sitzen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, den Schienengüterverkehr auch weiterhin in vollem Umfang und wie geplant zu unterstützen. Nur so lassen sich die verkehrspolitischen Verlagerungsziele erreichen, alles andere wäre vollkommen unglaubwürdig mit Blick auf eine Verkehrswende.“

Mit Blick auf das Thema E-Bus-Förderung erklärte VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Wenn der Bund auf EU-Ebene mitbeschließt, bereits für 2030 nur noch klimaneutrale Stadtbusse zuzulassen sowie für die sonstigen Busflotten die CO₂-Emissionen um 45 Prozent zu senken, dann sind das Klimaschutzpolitische Entscheidungen, die wir mittragen. Gleichzeitig stehen diese Forderungen in einem ausgeprägten Widerspruch zur finanziellen Förderung des Bundes, die erkennbar eingestellt wurde.“

Gerade kleinere und mittlere Busunternehmen in Deutschland hätten so keine Chance, Flotten und Werkstätten umzurüsten, erläuterte Overkamp. Sie könnten auch keine Fahrpreise erhöhen oder alternative unternehmerische Entscheidungen treffen. Dies führe dazu, dass eigentlich ausgediente Dieselbusse in der Not der Verkehrsunternehmen viel länger fahren müssen und vor Ort der technische Anschluss verpasst werde. Deshalb sei der Einstieg in eine verlässliche Bundesförderung für E-Busse und ihre Infrastruktur unverzichtbar.

Nach Angaben des VDV sind die Kosten für die Umrüstung der Flotten, der notwendigen Infrastruktur wie Werkstätten, Lade- und Sicherheitsmanagement sowie für das notwendige, für die Hochvolttechnik geschulte Personal nicht auf kommunaler Ebene zu schultern. Setze sich das Europäische Parlament gemeinsam mit der EU-Kommission in den aktuell laufenden Trilogverhandlungen gegenüber den Mitgliedstaaten durch, dürfen ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Stadtbusse neu zugelassen werden. Diese Regelung sei Teil einer EU-Initiative mit dem Ziel, den Verkehrssektor nachhaltiger zu gestalten und die CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge zu reduzieren. Das EU-Parlament hatte sich dazu im Oktober 2023 positioniert und es werde erwartet, dass die Verordnung noch vor den Europawahlen verbindlich beschlossen wird.

Klimaneutralität fraglich

Für Überlandbusse soll im Rahmen der EU-Regelung ab 2030 gelten, dass die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 2019 um 45 Prozent reduziert werden müssen – als eine Maßnahme für das Erreichen der EU-Klimaneutralität bis 2050. Nach Overkamp Worten „bringen die von der EU geforderte Umstellung auf emissionsfreie Stadtbusse bis 2030 und die ambitionierten CO₂-Reduktionsziele für Überlandbusse für unsere Verkehrsunternehmen nicht nur die Notwendigkeit neuer Fahrzeuge, sondern auch erhebliche infrastrukturelle Herausforderungen mit sich: Die Investitionen in E-Busse, verbunden mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Anpassung von Betriebshöfen, Werkstätten und Netzanschlüssen, überschreiten bei Weitem die finanziellen Kapazitäten der Verkehrsunternehmen und Kommunen. Ohne signifikante finanzielle Unterstützung durch den Bund – konkret die Wiederaufnahme der Förderung, sowie die Finanzierung für die Umstellung auf E-Mobilität – sind diese wichtigen Schritte für das Erreichen der Klimaneutralität nicht umsetzbar.“ DK

Projektvollzug in Rekordzeit:

Feuerbestattung Traunstein wird jetzt klimaneutral betrieben

In Traunstein kann man nun auch seinen letzten Lebensweg ganz im Einklang mit der Natur gestalten. Als erste Feuerbestattungsanlage in Deutschland hat sich die von der EHG Dienstleistung GmbH (EHG) betriebene Feuerbestattung Traunstein (FB TS) daran gemacht klimaneutral zu werden. Und das in einem mehr als ehrgeizigen Projekt: Binnen weniger als zwei Jahren sollte die Umstellung auf Klimaneutralität gelingen – mit Maßnahmen, die eine tatsächliche Emissionsreduktion erreichen. „Es wäre ein Leichtes gewesen, allein mit dem Kauf von Ausgleichs-Zertifikaten sich das Prädikat ‚klimaneutral‘ zu geben. Wir wollen in unserem Betrieb aber echte Nachhaltigkeit leben“, erklärt Paul Engmann, Geschäftsführer der EHG. 22 Monate nach Projektbeginn hat er nun Vollzug gemeldet und will künftig auch andere Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität unterstützen.

Nicht nur im Leben, auch nach seinem Tod erzeugt ein Mensch Emissionen. In den vergangenen 20 Jahren hat die Humankremation deutschlandweit stark an Bedeutung gewonnen. Rund 75 Prozent aller Verstorbenen werden in der Bundesrepublik mittlerweile durch eine Feuerbestattung beigesetzt. Dass die Kremation nachhaltig erfolgt, ist bisher nur selten Teil der Bestattungsphilosophie. Diesen Umstand wollte die EHG mit ihrem „Projekt 2023 – Klimaneutraler Betrieb der Feuerbestattung Traunstein“ ändern. Mit Erfolg: Heute nimmt das Unternehmen mit der von ihr betriebenen Feuerbestattungsanlage in Traunstein bundesweit eine Vorbildrolle ein. „Der Betrieb in der Feuerbestattung Traunstein ermöglicht es nun, dass ein nachhaltig geführtes Leben auch einen würdigen Abschluss erhält“, sagt Paul Engmann. Damit das gelingt, gab es in den vergangenen 22 Monaten im Unternehmen keine Denkverbote. „Wir haben alles auf den Prüfstand gestellt, von der Energieversorgung über den Fuhrpark bis hin zu den Arbeitsprozessen. Am Ende konnten wir unser Ziel durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreichen, die ideal ineinandergreifen und so maximal wirken können“, sagt Engmann. Unterstützt und wissenschaftlich begleitet wurde die EHG von dem renommierten Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV) um den Rosenheimer Wissenschaftler Prof. Dr. Dominicus Bucker.

Die Maßnahmen

Mit ihrem Projekt konnte die EHG an einen hohen Standard anknüpfen: Bereits seit vielen Jahren war der energieeffiziente Betrieb der Anlage Alltag in der FB TS. Und auch die Abwärme wurde schon seit vielen Jahren zur Beheizung der eigenen Gebäude, des Wasserkreislaufs und der Friedhofsgebäude genutzt. Ca. 40.000 kWh Wärmeenergie werden jährlich an die Friedhofsgärtnerei, Bürogebäude und Aussegnungshalle ausgekoppelt. Dieses schon fortschrittliche Energiekonzept wurde weiter optimiert: Die Ofenlinien werden nunmehr ausschließlich mit Bio-Methan, einem nicht fossilen „Bio-Erdgas“, betrieben. Ebenfalls soll aus der restlichen Abwärme noch Strom über eine ORC-Anlage gewonnen werden. Diese soll in 2024 errichtet werden.

Auf dem Dach erzeugt eine neue Photovoltaikanlage jährlich rund 35.000 kWh Strom für den Eigenbedarf. Was die FB TS zusätzlich an Strom benötigt, bezieht sie von den Stadtwerken Traunstein in Form von grünem Strom, der zu 100 Prozent in Wasserkraftanlagen im Alpenraum erzeugt wird. Auch der Fuhrpark wird elektrifiziert, zwei vollelektrische Fahrzeuge wurden bereits angeschafft, ein strombetriebener Multilader folgt noch.

Mit diesen Maßnahmen konnten die Emissionen der FB TS deutlich reduziert werden. In Scope 1 (primäre Energieträger) konn-

ten die Emissionen von knapp 85 Tonnen CO₂ auf nur noch 22 Tonnen reduziert werden, in Scope 2 (sekundäre Energieträger) konnten 34 Tonnen CO₂ komplett eingespart werden. Scope 3 (vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette) wurde vor Projektbeginn noch nicht erfasst. Hier hat die Feuerbestattungsanlage im Jahr 2023 rund 122 Tonnen CO₂ emittiert. „Diese Werte zu erreichen ist ein sehr großer Erfolg. In Summe konnten wir die Emissionen um fast 96 Tonnen CO₂ reduzieren und emittieren jetzt je Einäscherung nur noch 2,94 kg statt 14,79 kg (Stand 2020). Bei den verbliebenen knapp 145 Tonnen sind wir an die Grenzen des derzeit Machbaren gelangt“, erklärt Paul Engmann. So war es

Landkreis München:

Förderung von Artenvielfalt in Stadt und Land

Wildbienenexperte spricht zum Auftakt des Biodiversitätsprojekts „NaturVielfalt Leben im Landkreis München“

In den kommenden sechs Jahren wird sich der Landkreis München intensiv der Förderung der Artenvielfalt widmen. Das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt „NaturVielfalt Leben im Landkreis München“ will dafür sensibilisieren, wie wichtig der Erhalt unserer Ökosysteme ist, und aufzeigen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Artenvielfalt geschützt und gefördert werden kann. Ende November fand eine erste große Veranstaltung für die Rathausspitzen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und die kommunalen Umweltämter statt. Den Impulsvortrag hielt der LMU-Privatdozent für Biologie und Wildbienenexperte Andreas Fleischmann von der Botanischen Staatssammlung München.

Landrat Christoph Göbel freute sich zur Eröffnung der Veranstaltung über das große Interesse der Kommunen, die tagtäglich mit dem hohen Siedlungsdruck in der Region konfrontiert sind. Zwar sei schon heute bei allen Bauprojekten die untere Naturschutzbehörde einbezogen und auch viele Kommunen nehmen sich dem Thema Biodiversität verstärkt an. „Mit dem groß angelegten Förderprojekt soll jetzt ein Rahmen geschaffen und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Kommunen, die Landwirtschaft, Bildungsträger und die breite Öffentlichkeit in ihren Bemühungen, die Artenvielfalt zu fördern, zu unterstützen“, so der Landrat. Es liege in unserem gemeinsamen Interesse, unsere Ökosysteme für künftige Generationen zu stabilisieren und lebendig zu halten. Der Biologe Fleischmann bekräftigte das Ansinnen des Landrats in seinem Vortrag und gab spannende wie auch besorgniserregende Einblicke in die Situation der Artenvielfalt.

So sind in Bayern etwa ein Drittel der 545 Wildbienenarten auf der roten Liste und bereits 400 Schmetterlingsarten sind dem Jahr 2000 verschwunden. „Wir stellen aber nicht nur einen Artenverlust, sondern viel schlimmer, einen Verlust in der Insekten-Biomasse aller flughfähigen Insekten fest, nämlich einen Rückgang von 75 Prozent der Biomasse innerhalb von 27 Jahren“, so der Experte. „Insekten sind aber die Nahrungsgrundlage für unzählige andere Tiergruppen wie z. B. Reptilien und Vögel. Das ist so, als wäre unser Kühlschrank

etwa bisher nicht möglich, einen elektrisch betriebenen Mehrsarg-Transporter anzuschaffen: „Trotz intensivster Bemühungen konnten wir noch kein Fahrzeug finden, das unsere Anforderungen an Kapazität und vor allem Reichweite entspricht“, erklärt der Geschäftsführer. Zudem hat das Unternehmen auf die Emissionen in Scope 3, wie etwa Anlieferungsfahrten von Bestattern, nur bedingt Einfluss.

So kam man nicht umhin, die letzten verbliebenen Emissionen zu kompensieren. Für den Ausgleich der verbliebenen Emissionen setzt die EHG regional auf den Chiemgauer Klimabonus-Fonds, mit dem die Installation von Balkonkraftwerken und umweltfreundliches Carsharing in der Region Chiemgau gefördert werden. Auf internationaler Ebene arbeitet die EHG mit Projekten des Gold-Standards zusammen und kompensiert hierbei nicht nur den Ausstoß von CO₂, sondern fördert gleichzeitig Maßnahmen gegen soziale Ungleichheiten. Sie investiert etwa in Sambia in das Projekt „Verbesserte Kochtöpfe für Menschen im ländlichen Sambia“ oder in Kambodscha in das Projekt „Wasserfilter für Menschen in Kambodscha“.

„Alle unsere Maßnahmen sind längst in unserem alltäglichen Betrieb angekommen – die Kremation läuft bereits klimaneutral“, freut sich Paul Engmann. Aktuell läuft noch das Zertifizierungsverfahren gemäß PAS 2060. „Die internationale anerkannte Spezifikation PAS 2060, als einziger Standard zur Erreichung der Klimaneutralität, gilt gegenwärtig als anspruchsvollste Methode, um die Neutralität des Treibhausgas-Ausstoßes glaubwürdig nachzuweisen, da hier unter anderem strenge Anforderungen an Transparenz, die Reduktion der Emissionen durch Maßnahmen und an die Ausgleichsprojekte gestellt werden. Wir rechnen damit, dass dieser Zertifizierungsprozess noch einige Wochen Zeit beanspruchen wird“, erklärt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann.

Nachahmer gesucht

Parallel zu diesem letzten administrativen Prozess startet die EHG bereits das nächste Projekt: Künftig möchten sie mit den innerhalb des Projektes gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen auch anderen Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität helfen. „Wir haben unter unseren Kunden eine große Offenheit für das Thema Nachhaltigkeit erlebt. Nachhaltigkeit ist und bleibt ein zentrales wirtschaftliches Thema, das auch vor unserer Branche nicht Halt macht“, sagt Engmann. □

Dokumentation des LfL:

Agrarumwelt-Maßnahmen im Grünland

Gut ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns ist Grünland. Es dient in erster Linie der Produktion von Futter und damit der Erzeugung von Milch und Fleisch. Daneben trägt es zum Schutz von Boden und Grundwasser bei, speichert in erheblichem Umfang organischen Kohlenstoff, ist ein wichtiger Lebensraum für Pflanzen und Tiere und prägt wesentlich das Landschaftsbild. Wie hat sich die Zusammensetzung der Pflanzenbestände im Grünland entwickelt, waren die Agrarumwelt-Maßnahmen zugunsten von Biodiversität und anderen natürlichen Ressourcen erfolgreich?

Das Grünlandmonitoring der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) hat Antworten. Es stützt sich auf drei Erhebungszeiträume. Auf die Erhebung im Zeitraum von 2002 bis 2008 auf über 6.000 Flächen folgte eine zweite Erhebung von 2009 bis 2012, nun ist die dritte Erhebung von 2018 bis 2020 ausgewertet. Diesmal legte man besonderes Augenmerk auf den direkten Vergleich von Grünland mit und ohne Agrarumweltmaßnahmen. Deshalb kamen neue Flächen hinzu und nicht alle in Periode 1 und 2 untersuchten Parzellen konnten ein drittes Mal unter die Lupe genommen werden. Insgesamt sind es aber immer noch 1.621 Aufnahmeflächen mit präzisen Vegetationsdaten, die in jedem der drei Erhebungszeiträume erfasst wurden.

Damit liegen einmalig umfangreiche und räumlich hochauflösende Daten zur Artenvielfalt und

Zusammensetzung der Grünlandvegetation Bayerns vor, dies unter verschiedensten Standortbedingungen und bei unterschiedlichen Nutzungsintensitäten. Um zusätzlich zu den Vegetationsdaten Informationen zu Details der Flächenbewirtschaftung zu erhalten, wurden mit 500 der am Grünlandmonitoring beteiligten Landwirte Interviews geführt.

Positiver Effekt

Insgesamt wurden auf den 2.752 Flächen der jüngsten Untersuchungsperiode 687 Pflanzenarten gefunden. Während im ersten und zweiten Durchgang der Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) den höchsten (mittleren) Ertragsanteil hatte, landete dieser im dritten Durchgang auf dem dritten Platz hinter Deutschem Weidelgras (*Lolium perenne*) und Bastard-Weidelgras (*Lolium x hybridum*).

Die durchschnittliche Artenzahl stieg im dritten Durchgang im Vergleich zum ersten und zweiten auf 21,6 Arten / 25 m² an (bezogen auf diejenigen Aufnahmeflächen, die in jedem Durchgang beprobt wurden). Auch der Anteil der artenreichen Flächen mit mindestens 25 Arten nahm von 25 Prozent im ersten Durchgang auf 30 Prozent der Flächen im dritten Durchgang zu.

Die Auswertung der Artenzusammensetzung der Grünlandbestände ergab im Mittel eine leichte Zunahme von licht- und wärmeliebenden Pflanzen und eine leichte Abnahme von Arten, die mit Nässe oder Kälte gut zurechtkommen.

Almen/Alpen besonders artenreich

Bei allen Agrarumweltmaßnahmen zeigte sich – wie schon beim ersten und zweiten Durchgang – ein positiver Effekt auf die Artenzahl. Besonders artenreich waren Flächen, die als Almen/Alpen gefördert wurden, Flächen mit einzelflächenbezogenen Maßnahmen und Flächen des Vertragsnaturschutzes.

Die Ursachen für die Erhöhung der Artenzahl im dritten Durchgang des Grünlandmonitoring dürften vor allem im Witterungsverlauf der Aufnahmejahre 2018 bis 2020 mit starker Hitze und ausgeprägten Trockenperioden liegen, aber auch in einer Verminderung der Bewirtschaftungsintensität. Darauf deutet der Rückgang der Tierbesatzdichten (GV/ha Hauptfütterfläche) hin. Die Zunahme in der Artenzahl war vor allem bei Beständen zu beobachten, die im ersten Aufnahmehinweis eher artenarm waren, während damals schon artenreiche Bestände geringere Zunahmen zeigten, gleichblieben oder gar rückläufig waren.

Weitere Informationen

Der neue Band der LfL-Schriftenreihe „Grünlandmonitoring Bayern – Entwicklung der Vegetation im Wirtschaftsgrünland 2002 – 2020: Pflanzenartenvielfalt, Bewirtschaftung und Agrarumweltmaßnahmen“ dokumentiert und erläutert die Ergebnisse umfassend: <https://www.lfl.bayern.de/publikationen/schriftenreihe/339501/index.php> □



Andreas Fleischmann gab im Ottobrunner Wolf-Ferrari-Haus Einblicke in die Situation der Artenvielfalt. Bild: LRA München

Blumenwiesen sind oft 50 Jahre oder älter“, so Fleischmann. Es sei daher der falsche Ansatz, artenreiche Wiesen zu überbauen und dafür zehn Kilometer weiter eine neue Wiese als Ausgleichsfläche anzulegen.

Einfache Maßnahmen

Der Wildbienenexperte beließ es aber nicht beim Aufzeigen der Fakten, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Artensterben führen. Er verdeutlichte auch, dass es sogar relativ einfache Mittel und Wege gibt, die biologische Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Beispielsweise ist eine maximal zweimalige Mahd pro Jahr und das Stehenlassen von Teilbereichen einer Wiese für das Überleben und Überwintern von vielen Pflanzen- und Insektenarten auf der Fläche bereits eine große Hilfe.

Dieser Ansatz gilt mit gewissen Abstrichen auch für das Straßenbegleitgrün. Nicht asphaltierte Feldwege bezeichnete Fleischmann dazu als unheimlich wertvoll für die überwiegend bodenbrütenden Wildbienenarten, da sie hier viele offene Bodenstellen vorfinden. Etwa 75 Prozent der Wildbienen brüten in offenen Bodenstellen. Neu geschaffene Parkplatzflächen sollten wo immer möglich ebenfalls nicht versiegelt werden, da sie so Lebensraum für Wildbienen bieten können und damit gleichzeitig die Versickerung von Niederschlagswasser ermöglichen.

Auch das Potenzial von Gärten ist für den Erhalt der biologischen Vielfalt von immenser Bedeutung, da die gesamte Fläche der Kleingärten größer als alle Naturschutzgebiete zusammen ist. Das Fazit des Wildbienenexperten:

60 Jahre Impulsgeber im bayerischen Garten- und Landschaftsbau

Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. wurde am 14. Dezember 1963 gegründet und begeht damit sein 60-jähriges Jubiläum. Aus einer kleinen Gruppe mit damals gerade 28 Unternehmern sind inzwischen 665 Mitglieder geworden, die das Gesicht der Metropolen, Städte und Gemeinden im Freistaat wesentlich mitprägen.

Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner kümmern sich um die professionelle Gestaltung und Pflege von Freianlagen jeglicher Art. Dazu gehören Flächen rund um Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie öffentliche Gebäude, Parks, Außenanlagen für den Wohnungs- und Siedlungsbau aber auch für Industrie- und Gewerbeunternehmen. Des Weiteren sind sie bei der Dach- und Fassadenbegrünung aktiv, legen Straßenbegleitgrün an und bauen Freizeitanlagen jeglicher Art, beispielsweise Sport- und Spielplätze. Zusammengefasst leistet der Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) einen wichtigen Beitrag für den Erhalt und den Ausbau der grün-blauen Infrastruktur in Städten und Kommunen.

Gestaltung von Lebensräumen

Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband repräsentiert der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) die Branche im Freistaat. Und das seit 60 Jahren. „Mein Dank geht an alle unsere Mitglieder. Ebenso an die ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmer im VGL Bayern, in Prüfungsausschüssen sowie zahlreichen anderen Gremien. Sie und viele weitere Beteiligte haben in den vergangenen Jahrzehnten durch ihr Engagement dem Verband zu dem verholfen, was er heute ist: Bedeutender Impulsgeber in einem der relevantesten Wirtschaftszweige in Bayern. Auch in Zukunft werden wir unsere gemeinsamen Anliegen zur Gestaltung von Le-

bensräumen für Mensch, Tier und Pflanze nach vorne bringen“, unterstreicht Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern. Die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Jubiläum finden im Rahmen der Mitgliederversammlung im Juni 2024 statt.

Historie

Vor der Gründung des VGL Bayern war der GaLaBau als „Fachgruppe Landschaft“ im Bayerischen Gärtnerei-Verband vertreten. In den Nachkriegsjahren konzentrierte man sich vor allem auf den Wiederaufbau. Was zählte, war die Versorgung der Bevölkerung. Wer einen Garten hatte, zog darin Obst und Gemüse und war weit davon entfernt, an Natursteinterrassen, blühende Staudenbeete und Teichlandschaften zu denken. Dann kamen die Wirtschaftswunderjahre und die Branche gewann stetig an Bedeutung.

Nachdem sich in einer Befragung unter den Landschaftsgärtnern die Mehrheit für eine eigenständige Interessensvertretung ausgesprochen hatte, wurde am 14. Dezember 1963 in Ingolstadt der Fachverband Bayerischer Landschaftsgärtner gegründet. Es war der erste selbstständige Verband der gewerblichen Landschaftsbauunternehmen in Westdeutschland der Nachkriegszeit. 1969 erfolgte die Umbenennung in Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern, 1978 in Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern. Die Geschäftsstelle, ursprünglich im Münchner Zentrum, anschließend im Stadtteil Pasing, befin-

det sich seit 1990 in Gräfelfing, am südwestlichen Stadtrand von München.

Branche wächst und gedeiht

Die Dienstleistungen des GaLaBaus werden seit Jahrzehnten von unterschiedlichen Auftraggebern verstärkt wahrgenommen. So lag der Umsatz in Bayern 2002 noch bei 524 Mio. Euro und kletterte auf knapp 1,4 Mrd. Euro in 2022. Dabei erwirtschaften die im Verband organisierten Mitglieder kontinuierlich den Löwenanteil und repräsentieren damit die leistungsfähigsten Fachfirmen im Freistaat.

Lag der Anteil des Privatgarten-Segments am Gesamtumsatz 2002 noch bei 40 Prozent, ist dieser inzwischen auf rund 60 Prozent angewachsen – gefolgt von der öffentlichen Hand, dem Wohnungsbau, Gewerbetreibenden und der Industrie sowie Generalunternehmern und Sonstigen.

Ausbildung auf hohem Niveau

Wie in vielen anderen Sektoren hat auch die grüne Branche mit einem Mangel an Fachkräften zu kämpfen. Erfreulicherweise beginnen seit geraumer Zeit bayernweit immer mehr junge Menschen eine Ausbildung zum Beruf „Gärtner/in“, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau. 2022 waren es beispielsweise 546 Frauen und Männer. Insgesamt befanden sich damals 1.556 Nachwuchskräfte in einem laufenden Auszubildendenverhältnis. Zwanzig Jahre zuvor waren es noch 992 Auszubildende.

Mit ihrem Berufsabschluss eröffnen sich für die Absolventinnen und Absolventen viele Karriere- und Perspektiven. Darüber hinaus ist die Ausbildungsbereitschaft der rund 800 bayerischen GaLaBau-Ausbildungsbetriebe ungebrochen. Damit einher gehen attraktive Lerninhalte, die die Unternehmen, Berufsschulen und die überbetriebliche Ausbildung offerieren, sowie hervorragende Jobaussichten nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss.

Weiterbildung als Garant für Qualität

Die Förderung der Aus- und Fortbildung hat für den VGL Bayern einen besonderen Stellenwert. 1991 erwarb der Verband als Hauptgesellschafter die DEULA Bayern GmbH (Deutsche Lehranstalt für Agrartechnik) am Standort Freising. Hauptauftrag des Berufsbildungszentrums ist die überbetriebliche Ausbildung in den Berufen „Gärtner/in“ und „Landwirt/in“. Abgerundet wird das Leistungsspektrum durch eine Fahrschule und viele Weiterbildungsangebote im Bereich der Golf- und Sportplatzpflege. Die Akademie Landschaftsbau Weihenstephan GmbH, eine Tochtergesellschaft der DEULA Bayern, bietet darüber hinaus seit 1995 zahlreiche Lehrgänge und Fachseminare mit Schwerpunkt GaLaBau. Ergänzt wird das Angebot durch die Landschaftsbau Service Bayern GmbH, ebenfalls eine Tochtergesellschaft des Verbandes und ansässig im „Haus der Landschaft“ in Gräfelfing, mit Schulungen, Kursen, Gruppen- und Studienreisen sowie Fachliteratur.

Zudem unterhält der VGL Bayern intensive Beziehungen zu Berufsschulen, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in Freising, der Staatlichen Meister- und Technikerschule für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim bei Würzburg und zur Fachschule

für Gartenbau am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn. Die Kooperationen haben auch hier die bestmögliche Qualifikation der Fachkräfte zum Ziel. Außerdem werden durch gemeinsame Vortragsveranstaltungen und Fachkongresse regelmäßig aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft sowie der neuste Stand der Technik vermittelt.

Mitgliederzahlen steigen

Parallel zum Branchenumsatz wuchs auch die Mitgliederzahl des VGL Bayern. Waren es bei der Gründung noch 28 Unternehmer, haben sich inzwischen 665 Mitglieder dem Verband angeschlossen. Dabei ist eine Mitgliedschaft auf gewerbliche Unternehmen beschränkt, erfolgt auf freiwilliger Basis und erfordert einen Fachkundenachweis sowie die Erbringung von Qualitätsnachweisen. Als professioneller Dienstleister geben sie sich mit dem geschützten Signum und dem Zusatz „Ihr Experte für Garten & Landschaft“ zu erkennen. Das Markenlogo bietet Kunden eine Orientierungshilfe bei der Auswahl von fachkundigen und leistungsfähigen Betrieben für die Erstellung und Pflege von landschaftsgärtnerischen Anlagen. 2022 waren bayernweit insgesamt 2.722 Firmen mit rund 18.000 Beschäftigten im GaLaBau tätig. Die überwiegend kleinen bis mittelständischen Unternehmen beschäftigen in der Regel jeweils zwischen drei und 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Der neue U535 mit Bauhofkollegen.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Noch mehr Leistung für den Mähzug

Auslieferung des Unimog U 535 an den Kreisbauhof Landsberg am Lech

Der Bauhof ist verantwortlich für alle Kreisstraßen und Straßengrundstücke im Landkreis und hat sich jetzt Verstärkung ins Team geholt. Der neue Unimog U535 ersetzt einen in die Jahre gekommenen U500. Ebenfalls zum Mähen und für den Winterdienst nutzt die Kommune zusätzlich einen U 530.

Der neue Unimog verfügt, dank dem OM 936 Motor über eine höhere Motorleistung mit 354 PS (260 kW). Das Getriebe ist leistungsstark und EasyDrive ermöglicht zwischen kraftstoffsparendem Fahren mit Schaltgetriebe und dem hydrostatischen Fahrtrieb zu wechseln. Die Fahrzeugsteuerung ist durch die Kom-

fortlenkung noch ergonomischer, da die benötigte Lenkkraft reduziert wird.

Da der Unimog zum Mähen mit Mulag Geräten eingesetzt wird, ist er bereits ab Werk speziell für diesen Einsatz ausgestattet. Zum Beispiel verfügt er über eine Mähtür und einen Mähsturz für die perfekte Sicht.



Anzinger Bauhofmitarbeiter bei der Übergabe.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Gemeinde Anzing rüstet auf

Kompakter Allrounder für den Ganzjahreseinsatz

Pünktlich zum Start in den Winter liefert die Henne Nutzfahrzeuge GmbH eine neue Flexigo von Aebi Schmidt an die Gemeinde Anzing. Die Kommune hat bereits einen Unimog von Henne und der kompakte Allrounder ist die perfekte Ergänzung. Im ganzjährigen Einsatz soll das komplette Potenzial der multifunktionalen Flexigo 150 ausgeschöpft werden.

Der Geräteträger wird zukünftig zur Grünflächenpflege eingesetzt und soll unter anderem den örtlichen Sportplatz mähen. Dafür hat die ausgelieferte Maschine extra Bereifung welche den Druck variieren kann. Der zusätzliche Hochdruckreiniger kann eingesetzt werden, um beispielsweise Ortschilder zu reinigen. Außerdem wird die Flexigo, mit entsprechenden Anbaugeräten ausgestattet, zum Kehren sowie zur Wildkrautbeseitigung genutzt.

Winterdienst ist dringlichste Aufgabe

Natürlich ist die dringlichste Aufgabe aktuell der Winterdienst. Henne hat daher direkt zur Auslieferung den Steuer von Bucher Municipal und einen Keil-Vario Pflug von Aebi Schmidt

auf den Geräteträger aufgebaut. Durch den verstellbaren Pflug kann entsprechend der örtlichen Gegebenheiten flexibel Schnee geräumt werden.

Reduzierte Kosten und Rüstzeiten

Die Flexibilität der Maschine entsteht besonders durch die geringen Umrüstzeiten. Außerdem kann der Saugbehälter der Flexigo bei verschiedenen Arbeiten eingesetzt werden. Damit wird Grünschnitt und Kehrgut aufgesaugt, ohne umzubauen. Das spart Zeit und Geld. Trotz ihrer Größe hat die Flexigo 150 eine beeindruckende Nutzlast von einer Tonne. Die wendige Maschine mit Knick-Gelenk kann aufgrund des geringen Gewichts mit einem Führerschein Klasse B gefahren werden.



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrtrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete den Markt Luhe-Wildenau. Der Markt besteht aus vierzehn Ortsteilen, hat rund 3.500 Einwohner und liegt im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab in der Oberpfalz.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 2020 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister von Luhe-Wildenau.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war Angestellter bei einer Regionalbank und dort im Bereich Marketing/Online-Management tätig.



Sebastian Hartl

Erster Bürgermeister
des Marktes Luhe-Wildenau

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es war mir schon immer wichtig, mich für die Interessen meiner Mitmenschen einzusetzen und unsere Heimatgemeinde mitzugestalten bzw. weiterzuentwickeln.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war von 2014 bis 2020 Marktgemeinderatsmitglied und konnte so erste Erfahrungen sammeln. Vor dem Amtsantritt habe ich mich zusätzlich vorbereitet und u.a. mehrere Seminare beim Bayerischen Selbstverwaltungskolleg und der Hanns-Seidel-Stiftung besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wie bei all' meinen Kolleginnen und Kollegen ging es von einer Krise in die nächste. Egal ob Pandemie oder Ukraine-Krieg – hier galt es auf kommunaler Ebene viel zu organisieren und pragmatische Lösungen zu finden. Zudem haben sich in den vergangenen Jahren viele Investitionen angestaut, die dringend angegangen werden müssen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Erweiterung Kinderhäuser, Umbau zur offenen Ganztagschule, Neubau Feuerwehrgarage, Breitbandausbau, Erweiterung Gewerbegebiet, Schaffung von Wohnraum, Ausbau erneuerbarer Energien, Städtebauförderung, energetische Sanierung kommunaler Gebäude ... Die Liste der Themen ist lang und vielseitig. Zudem arbeiten wir gerade an dem Projekt „Rent a Bauhof“, mit dem wir beim Wettbewerb Kommunal?Digital! punkten konnten.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Viele der oben genannten Themen werden uns auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen. Als nächstes steht die Sanierung unserer Kläranlage sowie der Neubau eines Hochbehälters an, was die bereits angespannte Haushaltslage zusätzlich belastet. Es heißt also, trotz Sparkurs den Markt Luhe-Wildenau weiterzuentwickeln.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mit 41 Jahren bezeichne ich mich gern noch selbst als jung und bin tatsächlich noch Mitglied im Netzwerk junger Bürgermeister*innen. Darauf zielt auch mein Ratschlag ab: Vernetzt Euch miteinander, fragt nach und wagt einen Blick über die Gemeindegrenze. Wir alle, egal wie groß die Kommune ist, haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Und für jedes Problem gibt es viele gute Lösungen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Information, Transparenz und Bürgernähe sind mir sehr wichtig. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen wir unter anderem auf Versammlungen, Begehungen, Bürgersprechstunden aber auch auf ein regelmäßig erscheinendes Marktblatt und eine Bürger-App.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sehr viel, denn die Digitalisierung macht auch vor der Kommunalpolitik nicht halt. Neben der Website des Marktes und der Bürger-App nutze ich persönlich Facebook & Instagram um über meine Arbeit als Bürgermeister zu informieren. Zudem erstelle ich regelmäßig Videos um über aktuelle Projekte und die Inhalte der Marktratsitzungen umfassend informieren zu können. Auch wenn wir bereits einige Instrumente im Einsatz haben, wird sich hier in den nächsten Jahren noch viel tun.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

#gemeinsambesser – Mein Motto damals im Wahlkampf und nun in meiner täglichen Arbeit. Es verbindet; im wahrsten Sinne des Wortes. Nur so kann unsere Gemeinde (zusammen-)wachsen. In allen Bereichen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als bürgernaher Bürgermeister, der den Markt Luhe-Wildenau auch in schwierigen Zeiten erfolgreich weiterentwickelt hat und der das Miteinander in der Gemeinde gestärkt hat. □

Regionaler Planungsverband München (RPV):

22 Vorranggebiete Windenergie vorgesehen

RPV unterbreitet Vorschläge für konkrete Vorrangflächen in der Region München

Der Regionale Planungsverband München (RPV) beschließt den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept zur Windenergienutzung in der Region München.

Die Sitzung fand in Oberhaching statt. Der RPV schlägt in diesem ersten Schritt 22 Vorranggebiete vor. Diese liegen über alle Landkreise verteilt und haben in Summe eine Fläche von knapp 127 Quadratkilometern, was 2,3 Prozent der Regionsfläche entspricht. Ziel ist es, ein ausgewogenes Gesamtkonzept für die Region zu erstellen. Mit dem Beschluss startet ein Vorabteilnahmeverfahren mit den RPV-Mitgliedern und Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Steuerungskonzepts Windenergie.

RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann und der Regionsbeauftragte der Regierung von Oberbayern Thomas Bläser stellten den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept Windenergie auf der Sitzung vor. Hauptbestandteil sind 22 Vorranggebiete Windenergie in der Region München. Auswahl und Zuschnitt der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erfolgen anhand verschiedener Abwägungskriterien, die öffentliche und private Belange berücksichtigen. Planungen und Wünsche der Verbandsmitglieder sind einfließen.

„Wir wollen ein regional schlüssiges und ausgewogenes Gesamtkonzept zur Windenergie erarbeiten. Es ist geprägt von der Leitidee, Windenergieanlagen auf zusammenhängenden Flächen zu konzentrieren, die sich mit Landschaften abwechseln, die keine Infrastrukturen für Windenergie aufweisen. Mit Blick auf das Landschaftsbild, die vorhandene Siedlungsdichte und die unterschiedliche Verteilung von potenziellen Suchflächen in unserer Region ist das eine sehr große Herausforderung“, erklärt Wißmann. „Dennoch ist es uns mit unserem Vorschlag gelungen, Vorranggebiete zu definieren, die über alle Landkreise verteilt sind – allerdings mit sehr unterschiedlichen Flächenpotenzialen“, führt Wißmann weiter aus.

Räumliches Konzept

Basis für den Vorabentwurf ist die Suchraumkulisse der Region München mit für Windenergie grundsätzlich geeigneten Flächen, die der RPV im September präsentierte. Diese Flächen sind ungleich über die Region ver-

teilt: im Norden sind es viele kleine, mit teils großen Lücken, insbesondere bedingt durch Flughäfen, militärische Belange und kleinteilige Siedlungsstrukturen; im Süden sind es überwiegend große Waldgebiete. Daher teilt der RPV die Flächen in einen nördlichen und einen südlichen Bereich.

Wichtig ist die Blickbeziehung in die Alpen

Im Süden werden Großstrukturen mit einem Abstand untereinander von mindestens 15 Kilometern ausgewiesen. Hier sind teilweise bereits Windenergieanlagen vorhanden. Von Westen nach Osten gibt es fünf große Ausweisungen mit insgesamt sechs Vorranggebieten: Denklinger Forst, Riederau (westlich vom Ammersee), Forstrieder Park und Berg (bilden ein Cluster), Hofoldingner Forst und Ebersberger Forst. „Wichtig ist die Blickbeziehung aus dem Stadtgebiet München und den angrenzenden Gemeinden in die Alpen. Wir möchten auf diesen fünf großen Flächen nicht klotzen, sondern die Windenergienutzung für Mensch und Natur verträglich gestalten. Daher sind auch dort nicht die gesamten Potenziale ausgewie-

Regiopolregion Mainfranken macht es vor:

Ressourcenschonendes Wirtschaften ist schon heute möglich

Verantwortungsvolle Lieferketten: Chancen und Herausforderungen für Unternehmen lautete das Thema des 9. Nachhaltigkeitssymposiums der Regiopolregion Mainfranken. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirft seine Schatten voraus und Unternehmen nicht nur in Mainfranken werden davon betroffen sein. Regionale Vorreiter berichteten über ihre nachhaltigen Geschäftsmodelle.

Beim 9. Nachhaltigkeitssymposium, das von der Region Mainfranken GmbH im Steigerwaldzentrum veranstaltet wurde, präsentierten regionale Vorzeigunternehmen ihre Wege des nachhaltigen Lieferkettenmanagements.

Traditionell tauschen sich im Steigerwaldzentrum im Landkreis Schweinfurt Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft einmal jährlich zu Nachhaltigkeitsthemen aus. In diesem Jahr stand das Thema der verantwortungsvollen Lieferketten im Fokus. Hochkarätige Referenten aus der Regiopolregion sowie eines internationalen Sportartikelherstellers waren geladen und gaben Einblicke in ihre Geschäftsmodelle.

Kommunikation ist das A und O

Bettina Roth, Leiterin Qualitätsmanagement & CSR Lieferkette beim Outdoor-Spezialisten VAUDE, erläuterte ausführlich die Firmenphilosophie des mittelständischen Familienunternehmens. Die Unternehmensstrategie orientiert sich stark an den 17 Nachhaltigkeitszielen der

sen,“ betont Wißmann. „Im Norden gestaltet sich die Umsetzung kleinteiliger, da die Suchräume stark zersplittert sind. Dörfer und Weiler prägen den Raum, und es gibt keine großen Waldgebiete“, so Wißmann weiter. Die Kleinstrukturen im Norden werden zu Clustern mit Abständen untereinander von möglichst mindestens fünf Kilometern gebündelt, bestehende Windparks inklusive. Durch die Cluster entstehen 16 Vorranggebiete.

Abwägungskriterien

Um Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Windenergie zu definieren, berücksichtigt der RPV in einem Abwägungsprozess verschiedene Kriterien, wie etwa das Landschaftsbild, die Ästhetik und die Wohnsituation der Menschen. Ziel ist, das Landschaftsbild behutsam weiterzuentwickeln und eine Zersiedelung der Landschaft und Umzingelung der Dörfer durch Windenergieanlagen zu vermeiden. Daher gilt es, Windenergie auf ausgewählte Flächen zu konzentrieren, Abstände und größere Freiräume zu wahren und Blickbeziehungen auf die Alpen und die Landschaft zu beachten.

Zudem fließen Aspekte der Energiegewinnung, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Schutz von Natur, Arten und Trinkwasser mit ein. Lokale Interessen, kommunale Planungen der Mitgliedskommunen und regionale Entwicklungsziele gehören ebenfalls dazu.

Ablauf und Zeitplan

Nach dem Beschluss des Vorabentwurfs zum Steuerungskonzept Windenergienutzung startet der RPV die informelle Vorabteilnahme mit den RPV-Mitgliedern, den an die Region München angrenzenden Regionalen Planungsverbänden und wichtigen Trägern öffentlicher Belange im ersten Quartal 2024. Innerhalb von acht Wochen können diese dann zu den im Vorabentwurf aufgezeigten Vorschlägen Stellung nehmen. RPV-Geschäftsführer und Regionsbeauftragter werden die Rückläu-

ferenten Nationen und sorgt dafür, dass die global aufgestellte Zuliefererkette bereits seit 15 Jahren im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes handelt. Durch die frühzeitige Konzentration auf Nachhaltigkeit – unter anderem durch ein eigenes geschaffenes Label – ist es VAUDE gelungen, einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

TWINDOW – ein innovatives Fenster aus dem Steigerwald

Mario und Frank Döpfner, Geschäftsführer der Firma Döpfner aus Gerolzhofen stellten ihre Innovation des TWINDOW vor. Damit gelingt es, Holzfenster noch langlebiger zu machen. Indem die Außenseiten des Rahmens gewechselt werden können, übertrifft dieses System ein konventionelles Kunststofffenster aus PVC unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten um ein Vielfaches.

Neben der Produktinnovation gaben Mario und Frank Döpfner Einblicke in ihre Lieferkette: sie setzen schon seit langer Zeit auf „Holz von hier“, konkret verzichten sie auf Tropenhölzer und Holz aus sibirischen Wäldern. Statt-

fe aus und erarbeiten einen neuen Entwurf. Mit dem Beschluss des Steuerungskonzepts, vorgesehen für das zweite Quartal 2024, beginnt das formale Beteiligungsverfahren mit bis zu zwei Anhörungen bis Ende 2025. Für Anfang 2026 hat der RPV den Beschluss zur Änderung des Regionalplans geplant; mit dessen verbindlicher Klärung erreicht er sein erstes Teilflächenziel von mindestens 1,1 Prozent der Regio-

Gesetzliche Regelung

Bis spätestens Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Windenergiegebiet gemäß Windenergiebedarfsflächengesetz (WindBG) festgelegt haben. Das sind knapp 61 Quadratkilometer. Bis spätestens Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen. Die Ausweisung regionaler Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie regelt der Freistaat Bayern im Landesentwicklungsprogramm (LEP). Dessen Novellierung trat am 1. Juni 2023 in Kraft und bildet für den RPV die rechtliche Grundlage, den Regionalplan für Windenergie fortzuschreiben.

Der Regionale Planungsverband München (RPV) ist der gesetzlich vorgesehene Zusammenschluss der Kommunen in der Planungsregion München: der 185 Gemeinden, acht Landkreise und der Landeshauptstadt München. Er ist Träger der Regionalplanung, beschließt über den Regionalplan sowie dessen Änderung und stimmt dabei die Interessen der Verbandsmitglieder ab. Die wichtigsten Themen sind: Siedlung und Freiraum, Verkehr sowie Wirtschaft. Die regionalen Interessen macht er bei raumwirksamen Projekten und Fachplanungen geltend. Auch bei Fortschreibungen des Landesentwicklungsprogramms wird er beteiligt. Weitere Informationen zum RPV sind zu finden unter www.region-muenchen.com. □

dessen beziehen sie ihre Rohstoffe aus dem bayerischen Wald, mit dem Vorteil, dass sie auch in Krisenzeiten resilient gegenüber Importen sind.

Die Lösung für IT-Hardware stammt aus Würzburg

Eine spannende Präsentation bot der Start-up-Gründer Fabian Kunzman mit seinem Vortrag, „Wie man Unternehmen dazu bringt zirkulär zu handeln – automatisierte Kreislaufwirtschaft für Elektrogeräte“. Circable verspricht den volldigitalisierten Prozess, um ausgedienter IT-Hardware ein zweites Leben einzuhauchen. Mittels der entwickelten Plattform gelingt es, Laptops, Smartphones und PC's wieder in den Kreislauf zu bringen und damit einen erheblichen Teil an Elektroschrott einzusparen. Darüber hinaus lässt sich die Lieferkette – zumindest für den zweiten Lebenszyklus – komplett nachvollziehen. Dank der Automatisierung ist dieses System auch für kleine und mittlere Unternehmen attraktiv.

CSR im Gespräch: 5 Jahre erfolgreiche Partnerschaft

Die abschließende Diskussion mit Dr. Sascha Genders, Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt, und Ludwig Paul, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Unterfranken, zeigte auf, dass man im Verbund – hier ist insbesondere das mainfränkische CSR-Netzwerk zu nennen – einen Teil zum regionalen nachhaltigen Wirtschaften leisten kann. Beide unterstrichen in ihrer Argumentation die Notwendigkeit und Relevanz von CSR in der heutigen Geschäftswelt und regten dazu an, über die bloße Einhaltung von Standards hinauszugehen, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft und die Umwelt auszuüben.

Kompetenzfeld Energie & Umwelt

Die Regiopolregion Mainfranken bietet mit dem Kompetenzfeld Energie & Umwelt, das sich aus zahlreichen Weltmarktführern, Hidden Champions und Forschungsinstituten zusammensetzt, enormes Potenzial, wenn es darum geht, ressourcenschonend zu handeln. Mit etwa 10.000 Beschäftigten in diesem Zukunftsfeld verfügt das Kompetenzfeld über exzellentes Know-How.

Weitere Informationen zur Region Mainfranken GmbH

Als Trägerplattform der Regiopolregion Mainfranken und Regionalentwicklungsgesellschaft der mainfränkischen Landkreise, der kreisfreien Städte Würzburg und Schweinfurt sowie der Wirtschaftskammern bündelt die Region Mainfranken GmbH die regionalen Kräfte in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zur Positionierung Mainfrankens im nationalen und internationalen Standortwettbewerb. Durch zielorientiertes Standortmarketing wird Mainfranken für potenzielle Fachkräfte, Investoren und Interessenten sichtbar.

Die Gesellschafter der Region Mainfranken GmbH sind neben den beiden kreisfreien Städten Würzburg und Schweinfurt die sieben mainfränkischen Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg sowie die IHK Würzburg-Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken. □



Gruppenfoto aller Urkundenträger. v.l.: Marco Stickel, Dieter Gornich, Regierungspräsident Florian Luderschmid, Karin Retsch, André Vogel, Werner Knoth, Azad Shekho, Angelika Geyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub
Bild: Stephanie Bleuse, Regierung von Oberfranken

Oberfränkischer Integrationspreis 2023:

Miteinander leben, voneinander lernen

Die Projekte „BRK-Deutsch-Lernhilfegruppe Redwitz an der Rodach“, „Begegnungscafé Dialog“, „Flüchtlingshilfe Thurnau“ und „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ sind in Bayreuth vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub und von Regierungspräsident Florian Luderschmid mit dem oberfränkischen Integrationspreis 2023 ausgezeichnet worden. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 7.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung.

Bei Arztterminen und Behörden-gängen erfolgt auf Wunsch auch eine Begleitung durch Laiendolmetscher. Darüber hinaus werden Deutschkurse bzw. Einzelunterricht für Analphabeten ebenso angeboten wie ein Nachhilfeunterricht für Kinder.

Engagement für die Kommune

Besondere Erwähnung bedarf Luderschmid zufolge auch die Tatsache, dass die Flüchtlinge ebenfalls ihren Beitrag zu einer gelingenden Integration geleistet haben. So wurden in einer gemeinsamen Aktion mit Einheimischen während der Corona-Pandemie in einer Schneiderwerkstatt insgesamt 10.000 Masken genäht und kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Die Flüchtlinge engagieren sich auch für die Kommune, in dem Spielgeräte für den Kindergarten gefertigt und Bierbänke wiederaufbereitet werden.

Weitere Herausforderungen durch Ukraine-Krieg

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine seien weitere Herausforderungen auf die Verantwortlichen zugekommen. Innerhalb kürzester Zeit seien mehr als 40 ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Gemeinde Redwitz untergebracht worden. Auch um diesen Personenkreis habe sich die Deutsch-Lernhilfegruppe Redwitz intensiv gekümmert. Insgesamt seien rund 600 Stunden ehrenamtliche Hilfe geleistet worden. Aktuell werde seit Anfang Juli zweimal wöchentlich für ca. 30 Asylsuchende aus Syrien, Russland und Belarus Deutschunterricht erteilt.

Kostenloser Fahrdienst

Ende 2018 wurde das „Begegnungscafé Dialog“ der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Burgkunstadt eröffnet. Verantwortlich für den Betrieb des Cafés sind zwölf Personen, die je zur Hälfte aus Einheimischen und Migranten bestehen. Das Café ist derzeit einmal wöchentlich geöffnet. Es kommen regelmäßig 40 Besucher, davon ca. 25 bis 30 Prozent aus der einheimischen Bevölkerung. Für nicht mobile Besucher wurde ein kostenloser Fahrdienst mit dem Gemeindebus eingerichtet.

Zu den zahlreichen Aktivitäten, die dort entfaltet werden, zählen u. a. Spielangebote, die Vermittlung wichtiger Informationen zur deutschen Kultur, und die Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Probleme. Ehrenamtliche Übersetzer und Flüchtlinge unterstützen bei der Abfassung von Bewerbungsschreiben.

GZ PINOS WELT



Wenn zwei das Gleiche tun, ist es oftmals nicht dasselbe. Ein schöner Kalenderspruch, dessen Richtigkeit sich dieser Tage zeigt, wenn man das Echo auf die Bauernproteste in einigen Medien und der Bundesregierung hört und dies mit den Reaktionen auf die ‚Klimaaktionen‘ derer, die sich als ‚Letzte Generation‘ bezeichnen, vergleicht.

Die Klimakleber und Kulturstättenbesucher der Letzten Generation gelten ja vielen Intellektuellen, Kunstschaffenden und Medienleuten als aufrechte Aktivist:innen, die in einem verzweifelten Kampf gegen die Erderwärmung zivilen Ungehorsam leisten, indem sie sich an Straßen kleben oder Kulturgüter mit oranger Farbe verunzieren. Die Bauern, die jetzt etwas mehr als eine Woche gegen die von der Bundesregierung gewohnt überfallartig verfügte Einkommenskürzung durch Streichung von fest eingeplanten Zuschüssen protestieren, werden da-

und damit auch für unser aller Wohlstand und Wohlergehen sorgen. Ja, unser Wohlergehen liegt in der Hand dieser typischen, aber nicht überall geschätzten Mittelschicht. Denn auch der Hafer, der in der milchartigen Flüssigkeit verarbeitet ist, mit dem Hipster ihren Kaffee zu pantschen pflegen, musste einmal von einem Bauern ausgesät, gepflegt und geerntet werden.

Kein Wunder, dass sich andere, die sich auch in der Kunst der Eigenverantwortung üben, mit dieser Koalition der Frühaufsteher identifizieren können. In Befragungen geben bis zu 80 Prozent an, Verständnis für den Bauernprotest zu haben. Sog. Klimaproteste akzeptiert dagegen nur eine Minderheit. Das mag einerseits daran liegen, weil die Bauern zwar Straßen blockieren, aber z.B. bei Notfalleinsätzen für Rettungswagen oder die Feuerwehr diese wieder räumen, während allein in Berlin je nach Zählweise zwei oder drei Unfallopfer verstarben, weil Rettungskräfte wegen Klimablockaden ausweglos im Stau standen.

Zudem sind die Ziele der Bauern, Handwerker und Spediteure klar nachvollziehbar: Weniger Belastung der eigenen Leistung, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. OK, der Klimawandel ist real, aber er wird nicht dadurch verhindert, dass die Deutschen sich in Erdlöcher zurückziehen, nur mehr zu Fuß gehen und allesamt Veganer werden, solange Indien, China und Südafrika wie blöde Kohle verbrennen, Brasilien den Amazonas abholzt und Russland einen alles andere als CO2-neutralen Angriffskrieg führt (um nur mal die antiwestlichen BRICS-Staaten zu beleuchten).

Im Ergebnis stehen die derzeitigen Protestbewegungen symbolisch auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satt haben, ständig von ersteren belehrt zu werden, wie man sich zu ernähren, zu kleiden, zu benehmen, wie man zu sprechen und welche Ansichten man zu vertreten habe.

Ist die Spaltung neu? Nein, Kanzler Schröder hat schon vor gut 15 Jahren in Vilshofen gesagt: „Ihr (Bauern) habt zu 85 Prozent CSU gewählt. Ändert das. Dann wird's besser für euch.“

Ihr Pino

Die Koalition der Frühaufsteher

gegen von vielen in eine rechte Schmutzdecke gedrängt, da durch sie etwas in diesem Land „ins Rutschen“ käme. Gegnerschaft zur Regierungspolitik als Tatbestand der Majestätsbeleidigung, der mit Stigmatisierung bestraft wird.

Interessant ist, dass das von den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande wohl etwas anders gesehen wird. Als die Traktoren und Schlepper bei uns in der Stadt ihre Kreise zogen (angekündigt und hoch diszipliniert), da standen die Leute am Straßenrand und winkten, obwohl der Lärm der Signalhörner schon extrem unangenehm war und der Verkehr natürlich behindert wurde. Doch es fuhren noch andere mit: Transportunternehmer etwa, die kalt durch die höheren CO2-Abgaben und neue Formen der LKW-Maut erwischt wurden. Handwerker, deren Tage mittlerweile immer öfter so ausschauen, dass nach acht Stunden Arbeit beim Kunden oder in der Werkstatt noch vier Stunden im Büro für irgendeinen Bürokratieklimbim abzusetzen sind.

Der Bürgermeister, der so freundlich ist, mich als Dank für meine bloße Anwesenheit auf Erden durchzufüttern, nennt das die „Koalition der Frühaufsteher“, nämlich derer, die sich für ihren Lebensunterhalt noch immer krummlegen

mit der Kommune fanden im Gemeindezentrum regelmäßige Treffen statt, an denen bis zu 30 ukrainische Kriegsflüchtlinge teilgenommen haben.

Hier wurden wichtige Hilfestellungen gegeben, um das Leben in einem neuen Land meistern zu können.

Im Vordergrund standen auch hier die Wohnungssuche und die Einschulung für die Kinder. Dank des Einsatzes des Helferkreises ist es gelungen, für alle ukrainischen Kriegsflüchtlinge privaten Wohnraum zu finden.

Landkreis München:

Migration gestalten, Teilhabe fördern, Zusammenhalt sichern

Austausch zwischen Ehrenamtskoordination und Helferkreisen

Anfang Dezember hat die Ehrenamtskoordination des Landratsamts München Vertreter der ehrenamtlichen Helferkreise im Landkreis München zu einer Fachtagung in die Evangelische Akademie in Tutzing eingeladen.

Das zentrale Thema war Migration, einschließlich ihrer Chancen und Herausforderungen. Die 86 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten durch Impulsvorträge, Podiumsgespräche und Workshops neue Ansätze und Ideen für ihre tägliche Arbeit. Die Tagung bot nicht nur ein informatives Tagesprogramm, sondern auch die Gelegenheit zur Besinnung, zum Kräften sammeln und zum besseren Kennenlernen untereinander.

Mit Starnberger Unterstützung

Fast alle Helferkreise der Gemeinden im Landkreis München

Einheimische und Migranten gemeinsam

Das Projekt „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ der VHS Hofer Land ermöglicht den Mitgliedern der Theatergruppe und ihrem Publikum eigene kulturelle Erfahrungen zu teilen, Vielfalt zu erleben und damit einen intensiven interkulturellen Austausch in Gang zu bringen. In dem Stück „Die Quelle“, das eigens von Marco Stickel vom Theater Hof geschrieben wurde, finden zwei junge Menschen aus

grundverschiedenen Welten gegen den Widerstand ihrer Familien zueinander, überwinden Vorurteile und die Angst vor Fremden.

Über einen Zeitraum von 15 Monaten trafen sich jeweils einmal wöchentlich Einheimische sowie Migrantinnen und Migranten, um das Stück einzuüben. Nach der erfolgreichen Premiere an der VHS Hofer Land fanden vier weitere Aufführungen, u.a. auf der Seebühne in Lichtenberg statt. Insgesamt verzeichnete man 350 Zuschauer. **DK**

ders wertvoll für die Ehrenamtlichen, die zwar durch ihre gemeinsame Aufgabe verbunden sind, aber je nach Gemeinde und Helferkreis unterschiedlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Die Fachtagung förderte den Austausch von Ideen, Impulsen und Anregungen für ihr Engagement.

Thomas Zimmermann, Ehrenamtskoordinator des Landkreises München und Veranstalter der Fachtagung, zog eine positive Bilanz: „Die Resonanz war durchweg fantastisch! Ich bin überzeugt, dass die zwei Tage in der Akademie für alle Beteiligten einen großen Gewinn darstellen und dazu beitragen, etwas Klarheit in den momentan lauten medialen Kontext rund um die Themen Asyl, Migration und Integration zu bringen.“ **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner, Chefin vom Dienst Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz (KPV) Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-12 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen: Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postfach 825, 82533 Geretsried

Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22 eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung: DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Nachwuchs für die Feuerwehr:

Stadt München geht neue Wege

München plant neue Ausbildungsgänge für den feuerwehrtechnischen Dienst. Das hat der Kreisverwaltungs Ausschuss des Stadtrats gemeinsam mit dem Bildungsausschuss beschlossen. In enger Kooperation mit der Münchner Berufsfeuerwehr soll das Referat für Bildung und Sport dafür zwei städtische Berufsfachschulen gründen. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu den derzeit in Erarbeitung befindlichen Satzungen. An der Berufsfachschule für das Feuerwehrhandwerk sollen sich zukünftig handwerklich-technische Einsatzkräfte qualifizieren können, an der Berufsfachschule für Leitstellenwesen sogenannte Leitstellen-Disponenten.

Die neu zu gründenden Berufsfachschulen stellen eine Ergänzung zu den bestehenden Ausbildungsangeboten der Münchner Berufsfeuerwehr dar. Wesentlicher Unterschied ist, dass der Zugang zu den Berufsfachschulen ohne vorherige Berufsausbildung möglich sein wird. Dadurch können Schüler unmittelbar nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung bei der Feuerwehr beginnen. Die Stadt München will damit das Feld potenzieller Nachwuchskräfte für den Feuerwehrdienst signifikant erweitern.

Bürgermeister Dominik Krause: „Die Münchner*innen können

sich auf ihre Feuerwehr verlassen, denn sie ist immer zur Stelle, wenn Hilfe benötigt wird. Allerdings greift der Fachkräftemangel in allen Bereichen um sich. Durch vorausschauendes Handeln sorgen wir dafür, dass unsere Berufsfeuerwehr personell weiterhin gut aufgestellt bleibt. Wir machen unsere Feuerwehr damit fit für die Zukunft. Die beiden neuen Berufsfachschulen sind eine wichtige Investition in die Sicherheit Münchens.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Der Dienst in der Feuerwehr ist ein Job für Macher*innen. Durch unsere neuen Ausbildungsange-

bote werden sich jetzt noch mehr junge Menschen dafür qualifizieren können. Gemeinsam mit der Branddirektion gehen wir neue Wege für ein sicheres München, darüber freue ich mich sehr.“

Fit für die Zukunft

Die für die Feuerwehr zuständige Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl: „Eine Stadt, die sicher ist, braucht eine gut ausgebildete Feuerwehr. Mit diesen spezialisierten Ausbildungsgängen öffnen wir nun die Tore der Feuerwachen für eine neue Generation von Fachkräften, die mit fundiertem Wissen und praktischen Fähigkeiten direkt in den Feuerwehrdienst einsteigen können. Das wird langfristig zur Sicherheit und zum Wohlergehen unserer Stadt beitragen.“

Münchner Feuerwehr hat hohen Personalbedarf

Die Münchner Feuerwehr ist deutschlandweit die größte kommunale Berufsfeuerwehr. Sie beschäftigt derzeit mehr als 1.700 feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamten. Auch die Integrierte Leitstelle (ILS) München gehört zu den bundesweit größten. Qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, ist in beiden Kernbereichen eine Herausforderung.

Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion: „Die tägliche Arbeit der Feuerwehr ist schon seit

jeher vom Zupacken geprägt. Bisher mussten daher die Feuerwehrleute einen technischen Ausbildungsberuf mitbringen. Mit einer spezialisierten Berufsausbildung können wir erstmals Schulabgänger*innen eine eigenständige Ausbildung zur Feuerwehr-Fachkraft anbieten. Gleichzeitig sind durch die fortschreitende Digitalisierung die Koordination und Steuerung unserer über 350.000 Einsätze pro Jahr nur noch durch Spezialist*innen zu leisten. Auch hier freue ich mich,

Berufsfachschulen für den Feuerwehrdienst

Geplant ist, die Auszubildenden der neuen Ausbildungsgänge als Dienstanfänger bei der Branddirektion zu beschäftigen. Für die Vermittlung der schulischen Inhalte werden die neu gegründeten Berufsfachschulen verantwortlich sein, für die praktischen

Inhalte die Branddirektion. Die neuen Berufsfachschulen werden dafür mehrheitlich mit Fachlehrern von anderen städtischen beruflichen Schulen zusammenarbeiten. Nach erfolgreichem Abschluss können sich die Schüler für die Beamtenlaufbahn bei der Stadt München bewerben, in den Vorbereitungsdienst berufen lassen oder eine angestellte Tätigkeit im öffentlichen Dienst wählen. Die neuen Ausbildungen sollen erstmals im Ausbildungsjahr 2025/26 starten. □



„Einen guten Rutsch ins Neue Jahr!“

Kaminkehrer und Landrat wünschen den Menschen im Landkreis Regen viel Gesundheit und Glück für 2024

Kaminkehrer gelten seit dem Mittelalter als Glücksboten zu Silvester und Neujahr. Am Landratsamt kam gleich ein ganzes Dutzend vorbei, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises viel Glück für 2024 zu bringen.

„Dieser jährliche Besuch der Kaminkehrer am Landratsamt ist nicht nur seit vielen Jahren Tradition, sondern einfach ein gutes Zeichen, mit dem das kommende Jahr unter einen guten Stern gestellt wird“, so Landrat Dr. Ronny Raith zu den Schornsteinfegern, die ihm noch zur Wahl gratulierten und mit einem kleinen Kaminkehrer aus Glas Glück und Erfolg im neuen Jahr wünschten. „Vergelt's Gott und schön, dass ihr da seid. Ihr seid uns als Glücksboten stets herzlich willkommen“, freute sich der Landrat.

Zwölf Glücksboten besuchten das Landratsamt Regen: V.l.: Michael Wisnet, Max Pinzl, Andreas Plötz, Werner Rankl jun., Werner Rankl sen., Wendelin Wisnet, Landrat Dr. Ronny Raith, Michael Bauer, Josef Pinzl, Thomas Schäfer, Manuel Ertl, Matthias Ebner und Alois Pinzl.

Foto: Iris Gehard / Landratsamt Regen

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3/2024, die am 1. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunaler Bau, Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze, Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalerschutz
- Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar
- Freizeitanlagen, Tourismus
- Kommunale Finanzthemen
- Wasser/Abwasser

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung /
Brunnenregenerierung

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfsstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen



Glasfaser / Glasfaserausbau



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und
Datenschutz

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale
Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hageistadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale
WärmerückgewinnungIhr Systempartner für
multifunktionale
Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Teichrettung

WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!

MIKROBIOM LAB
INNOVATION

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE